

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. September 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Flugblatt des Bundes der Landwirte über die Fleischnot.

Der Bund der Landwirte läßt in großen Massen ein „Aufklärung über den Vieh- und Fleischmarkt“ betiteltes Flugblatt verbreiten. An und für sich sind die darin aufgestellten Behauptungen und statistischen Märgen nicht neu; sie bieten in etwas verändertem Ausprägung nur Wiederholungen dessen, was die landwirtsch. Presse in den letzten beiden Monaten zur Verdeckung der Fleischnot erfunden und veröffentlicht hat. Insofern lohnt sich eine Kritik des Nachwerks kaum. Aus Arbeiterkreisen sind uns in den letzten Tagen jedoch so viele Exemplare dieses Flugblattes mit der Bitte einer Kritik der darin enthaltenen Ausführungen zugegangen, daß wir diesem Wunsche nachkommen wollen.

Das Flugblatt sucht im ersten Teile zu erweisen, daß die deutsche Landwirtschaft völlig den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken vermag. Es beginnt mit folgender Einführung:

„Wie in den Jahren 1898 und 1902, so ist auch jetzt wieder eine heftige Agitation entfaltet worden, die geeignet ist, durch unrichtige Darstellungen über die Lage des Vieh- und Fleischmarktes das Bürgerturn gegen die Landwirtschaft zu erregen. Wir sehen uns daher, wie schon im Jahre 1902, abermals gezwungen, durch dieses Flugblatt direkt an den Berechtigtesten der Bevölkerung zu appellieren. Wir erinnern zunächst daran, daß die heutige Agitation vollkommen denjenigen von 1898 und 1902 gleicht. Als diese Agitationen damals erfolglos blieben, weil die Regierung keinerlei Abmilderung des Seuchengrenzschutzes zuließ, fanden dennoch bald darauf die Schweinepreise im Großhandel am Berliner Markt von 55 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht (1898) auf 47 Pf. (1899) und von 59 Pf. (1902) auf 50 bzw. 49 Pf. (1903 und 1904). Genau so liegen die Dinge heute!

Die agitatorischen Behauptungen lauten:
Erstens: Die deutsche Fleischproduktion, besonders die Schweinezucht, habe mit der Bevölkerungszunahme nicht Schritt gehalten!

Wahr dagegen ist:
Nach der amtlichen Reichsstatistik ergab die Zählung vom 10. Januar 1873 auf 41,5 Millionen Bevölkerung einen Justschweinebestand von 7,1 Millionen gleich 170 Stück auf 1000 Köpfe der Bevölkerung. Dagegen die Zählung vom 1. Dezember 1904 bei 59,3 Millionen Bevölkerung einen Justschweinebestand von 18,9 Millionen gleich 320 Stück auf je 1000 Einwohner. Dazu tritt: Die heutigen Zuchtbestände bestehen aus frühreifen, schnellwüchsigen Rassen, die aus gleich großen Beständen in derselben Zeit die doppelte Menge an Fleisch liefern. Die Schweinefleischproduktion ist also vielfach stärker gestiegen wie die Bevölkerung. Die Rindviehproduktion ist von 1883 zu 1904 in der Zahl um 20 Proz. im Gesamtgewicht um 35 Proz. gestiegen, gegen nur 30 Proz. Zunahme der Bevölkerung im gleichen Zeitraum.“

Um die Preise niedriger erscheinen zu lassen, gibt das Flugblatt nur die Preisnotierungen für mindwertige Ware. Zudem aber haben die Verfasser Jahresdurchschnittsziffern angenommen, wodurch die hohen Viehpreissteigerungen im Herbst der Jahre 1898 und 1902 nicht zum Ausdruck kommen, sondern verdeckt werden. Betrachtet man die einzelnen Monate, so ergibt sich, daß z. B. im Durchschnitt des Monats August 1902 sich der Preis für vollfleischige Schweine am Berliner Schlachtviehmarkt auf 84,80 Mark pro Zentner, also 65 Pfennig pro Pfund, und für geringere fleischige Schweine auf 62 Pfennig pro Pfund stellte. Außerdem besorgen die Verfasser des Flugblattes den Stoff für den Schweinebestand die Viehzählungen von 1873 und 1904 zu vergleichen. Beim Rindviehbestand nur die Zahlen von 1883 und 1904. Diese Auswahl hat ihren guten Grund. Wird nämlich der Rindviehbestand des Jahres 1873 mit herangezogen, dann ergibt sich eine recht bedeutende Abnahme des Rindviehbestandes im Verhältnis zur deutschen Bevölkerungsziffer. 1873 kamen z. B. auf 1000 Einwohner in Deutschland 384, 1900 nur noch 230 Stück Rindvieh. Um diese Lücke zu verdecken, wird die Viehzählung von 1873 absichtlich übergangen und das Zahlenmaterial nicht mitgeteilt, sondern nur einfach behauptet, daß die Gesamtgewichtszunahme 35 Proz. beträgt.

Doch noch einen anderen Trick befolgen die Verfasser des Flugblattes. Sie vergessen absichtlich, daß in Deutschland auch Hammelfleisch gegessen wird — früher noch mehr als heute. Der Schafbestand Deutschlands hat aber enorm abgenommen. 1873 kamen auf 1000 Einwohner noch 600 Stück Schafvieh, 1900 nur noch 172 Stück. Zieht man diesen Ausfall sowie die Zunahme des Schlachtgewichts in Betracht, dann ergibt sich nach der Berechnung, die vor einigen Wochen die Zentrale für Viehverwertung selbst aufgestellt hat, daß sich, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, das Gesamtgewicht des deutschen Viehbestandes seit 20 Jahren nur um etwa 8 1/2 Proz. vergrößert hat. Es stieg nämlich das Gesamtgewicht, pro Kopf der Bevölkerung berechnet, von 80,00 auf 86,30 Kilogramm. Nur hat aber in diesen 20 Jahren Deutschland sich immer mehr kulturell entwickelt; es ist immer mehr aus einem Agrarstaat zu einem Industriestaat geworden. Damit findet aber überall, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, eine Steigerung des Fleischbedarfes statt. Immerhin kommt auch heute auf den Kopf der Bevölkerung nur erst ein Verbrauch von 1/2 Pfund Fleisch pro Tag (d. h. inkl. Knochen, Fett, Salz, Schmalz, Würstchen etc.).

Dann wendet sich das Flugblatt gegen die Forderung einer Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr aus den Nachbarländern.

„Die Zölle sind seit 25 Jahren nur einmal geändert, und zwar (1892) herabgesetzt worden. Die Wiedererhöhung durch die neuen Verträge von 1904 tritt erst am 1. März 1906 in Kraft. Die behauptete „Sperrung der Grenzen“ besteht nicht! Es darf lebendes Rindvieh unbegrenzt eingeführt werden aus Dänemark, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, und es

dürfen geschlachtete Rinder, Schweine, Schafe und zubereitetes Fleisch unbegrenzt eingeführt werden aus: Dänemark, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Niederlande, Vereinigte Staaten von Amerika. Die Einfuhr ist tatsächlich stark gestiegen. Sie betrug vom Anfang Januar bis Anfang August:

Lebendes Vieh	Fleisch und Schmalz
1904: 181 500 Stück	642 000 Doppel-Zentner
1905: 191 400 „	883 000 „

Die Preise dafür sind aber im Auslande im gleichen Verhältnis gestiegen wie im Inlande. Beispielsweise notierten am 14. August in Wien ersteklassige österreichische Schweine 120 Heller, die (nur zweitklassigen) italienischen Schweine 120 Heller. Das sind 54,8 bzw. 51,7 Pf. pro Pfund lebend, während an demselben Tage ersteklassige deutsche Schweine im Berliner Markt ebenfalls 54,8 Pf. pro Pfund Lebendgewicht notierten.“

Wenn das Flugblatt behauptet, eine „Sperrung der Grenzen“ bestehe nicht, so ist das nichts als Klunker. Allerdings darf Rindvieh aus Dänemark, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz eingeführt werden, aber nicht „unbegrenzt“. Es darf nur über bestimmte Zollämter unter bestimmten Bedingungen importiert werden, durch die der Bezug vom Auslande sehr erschwert wird. Dänisches Rindvieh kann z. B. nicht einfach über die Landesgrenze in Schleswig eingeführt werden. Die Einfuhr ist nur nach bestimmten Hauptplätzen unter allerlei erschwerenden Bedingungen gestattet, und ferner unterliegen die eingeführten Rinder einer zehntägigen Quarantäne und der Impfung mit Tuberkulin, wofür der Importeur die Kosten zu tragen hat.

Noch verlogener ist die Behauptung, frisches und zubereitetes Fleisch könne aus Dänemark, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, den Niederlanden und Vereinigten Staaten von Amerika unbegrenzt eingeführt werden. Frisches Fleisch darf nur in ganzen oder halben Tierkörpern, die mit Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren (bei Rindern auch dem Euter) verbunden sind, eingeführt werden. Pöfelfleisch aber darf nur importiert werden, wenn die einzelnen Stücke der Sendung mindestens über 8 Pfund wiegen. Sind außer Salz noch Vorwürze oder andere Konservierungsmittel zur Anwendung gelangt, ist die Einfuhr verboten. Ferner werden nicht zur Einfuhr zugelassen Fleisch in Wäskchen oder anderen ähnlichen Gefäßen, Würstchen, Gemenge irgendwelcher Art aus zerleinertem Fleisch usw. Dazu kommt noch, daß frisches und einfach zubereitetes Fleisch einem Vertragszoll von 15 bis 17 Mark pro Doppelzentner unterliegt, ein Zoll, der vom 1. März nächsten Jahres ab sich auf 27 bis 35 Mark erhöht. Wenn trotz aller dieser erschwerenden Belastungen die Fleischzufuhr im laufenden Jahre zugenommen hat, so beweist das nur, wie groß gegenwärtig die Fleischnot in Deutschland ist und wie wenig die deutsche Vieh- und Fleischzucht den Bedarf zu decken vermag.

Dah in Wien unter ganz besonderen Verhältnissen an einem Tage des Augustmonats der Schweinepreis fast den Preis des Berliner Marktes erreicht hat, beweist gar nichts. Es kommt darauf an, wie sich im Durchschnitt die Preise der Nachbarländer zu denen der großen deutschen Viehmärkte stellen, und in dieser Hinsicht haben wir wiederholt nachgewiesen, daß z. B. im Durchschnitt der letzten drei Jahre die Preise für Ochsen in Berlin um 25 Prozent höher als in Kopenhagen und um 20 Prozent höher als in Wien gewesen sind, und daß ferner gleichzeitig die Schweinepreise um 20 und 21 Prozent höher als in Kopenhagen und Rotterdam standen. Dieser haben die Leiter des Bundes der Landwirte diese Verhältnisse nicht als unrichtig zu erweisen vermocht. Tatsache ist dem auch, daß in Berlin die Fleischpreise weit höher sind, als z. B. in London, obgleich die englische Landwirtschaft nur 40 Prozent des englischen Fleischverbrauches liefert. Im Durchschnitt der letzten Monate kostete z. B. auf dem Central-Fleischmarkt in London (die Preise in den Läden sind etwas höher) bestes schottisches Rindfleisch pro deutsches Pfund 50 bis 62 Pf., Fleisch von amerikanischen in England geschlachteten Rindern 52 bis 57 Pf., amerikanisches gefülltes Rindfleisch vom Vorderviertel 29 bis 33 Pf.; ferner bestes englisches Hammelfleisch 62 bis 66 Pf., bestes Schweinefleisch 50 bis 55 Pf.

Im dritten Teil erörtert das Flugblatt die Verteuerung des Fleisches durch den Zwischenhandel:

„Nach der amtlichen Statistik“, heißt es, „entfallen nur 5 Proz. der Schweinebestände auf die Gutswirtschaften, dagegen 72 Proz. auf den Besitz der ländlichen Arbeiter und Rätner und 23 Proz. auf den bäuerlichen Besitz! Also bemüht der ländliche Arbeiter und Kleinbauer den städtischen Arbeiter und Bürger? — Nein! Denn: Im Jahre 1904 war der Einkaufspreis für fettes Schweine im Lande z. B. in der Mark Brandenburg auf den Viehstand von 88 Mark pro Zentner Lebendgewicht gesunken. Bei einem solchen Preise erleidet der ländliche Arbeiter und Bauer selbst bei reichlicher Futterernte Verlust. Nun ergab sich infolge anhaltender Dürre im Jahre 1904 in ganz Mitteleuropa eine Futtermiserie, besonders in den für die Schweinemast wichtigsten Kartoffeln. Deshalb mußten im Frühjahr und Sommer 1905 die Einkaufspreise für fettes Schweine im Lande steigen. Andererseits hätten die Arbeiter und Bauern ihre geringe Kartoffelernte lieber verkaufen und die Schweinemast unterlassen müssen. Dann hätten wir statt der Preissteigerung einen wirklichen Mangel an Produktion, eine tatsächliche Fleischnot erlebt. Diese an sich notwendige Preissteigerung im Lande war aber viel geringer, wie die Preissteigerung in den Städten. Im Lande ist der Einkaufspreis gegenüber 1904 gestiegen von durchschnittlich 88 Mark pro Zentner auf durchschnittlich 48 Mark im ersten Halbjahr 1905, also um 10 Pf. pro Pfund Lebendgewicht gleich 12 1/2 Pf. pro Pfund Fleischgewicht. Dagegen stieg die Zwischenhandelsdifferenz (zwischen dem draußen im Lande gezahlten Einkaufspreis) von früher 6 Pf. pro Pfund auf 15 Pf. und ebenfalls stieg in den letzten Jahren die Differenz zwischen diesen Großhandelspreisen am Zentralviehmarkt und den Fleischpreisen im Kleinhandel (Ladenpreise). Nach der amtlichen Statistik

stieg diese Differenz (der Kleinhandelszuschlag) von 10 Pf. pro Kilo (1889) auf 25 Pf. (1897), 30 Pf. (1901) und 34 Pf. in 1904.“

Die Behauptung, daß von den hohen Schweinepreisen auch der ländliche Arbeiter und Rätner Vorteil habe, haben wir schon vor einigen Tagen in dem Leitartikel der Nr. 207 des „Vorwärts“ erörtert und können uns deswegen kurz auf die dortigen Ausführungen beziehen.

Weiter führt das Flugblatt an, daß die Futtermittelpreise beträchtlich gestiegen seien, demnach sich auch die Viehaufzucht teurer stellt. Das ist richtig. Weshalb haben aber die Futtermittel den hohen Preisstand erreicht? Nicht nur weil im vorigen Jahre die Ernte unzulänglich ausgefallen ist, sondern weil durch hohe Zölle die Einfuhr von fremden Futtermitteln erschwert und beschränkt wird. Der Vertragszoll für Mais beträgt z. B. 1,60 Mark, für Futtergerste 2 Mark, für Hafer 2,80 Mark pro Doppelzentner. Wer ist aber in allererster Linie für diese Zölle, für die Verteuerung des Viehfutters eingetreten? Der Bund der Landwirte. Als bei den letzten Zollberatungen die Vertreter der Sozialdemokratie immer wieder auf die Gefahr der Erhöhung der Futtermittelzölle hinwiesen, da erklärten die Landwirte, diese Zölle wären nötig, damit nicht zu viele Landwirte sich der Viehzucht zuwenden, denn dann würde die Viehproduktion sich zu sehr vergrößern und das Schlachtvieh zu billig werden. Heute stellt man sich, als bebauere man, daß die Futtermittel einen so hohen Preisstand erreicht haben und die Viehaufzucht verteuern. Erbärmliche Heuchelei!

Die Angaben des Flugblattes über die Zwischenhandelsdifferenz zwischen den Einkaufspreisen im Lande und den Notierungen am Berliner Schlachtviehmarkt, sind absolut wertlos, denn die genannten Einkaufspreise beruhen nicht auf zuverlässigen amtlichen Ermittlungen, sondern auf agrarischen Schätzungen, die keinerlei Garantie für die Richtigkeit bieten. Sie sind umso weniger glaubwürdig, als auch die Angaben über die Preisdifferenz zwischen Schweinepreis und durchschnittlichem Schweinefleischpreis höchst tendenziös sind. Die Verfasser haben sich gerade jene Jahre herausgesucht, die sie für ihre Beweiszuwecke am besten gebrauchen können. Nun folgen aber, wie wir schon kürzlich in Nr. 188 des „Vorwärts“ vom 8. August in dem Artikel „Agrarier und Schlächter“ nachgewiesen haben, beim Aufsteigen der Fleischpreise nicht sofort den Schlachtviehpreisen, haben aber dafür andererseits die Tendenz, sich nach dem Falle der letzteren noch längere Zeit zu behaupten. Dadurch entstehen zeitweilig starke Preisunterschiede, die aber meist in den nächsten Jahren ihren Ausgleich finden. Deshalb kann man nur mehrjährige Perioden mit einander vergleichen. Geschieht dies aber, dann ergibt sich z. B., daß in den Jahren 1895 bis 1899 die Differenz zwischen Schweinepreis und Schweinefleischpreis 33 Pf. pro Kilogramm betragen hat, in den Jahren 1900 bis 1904 aber 35 Pf. Die Schlächter haben also tatsächlich in den letzten Jahren etwas mehr verdient, aber im Durchschnitt nur 1 Pf. pro Pfund.

Zum Schluß polemisiert das Flugblatt gegen die direkten städtischen Fleischsteuern, die zu hohen Abgaben für die Benutzung von Viehhöfen und Schlachtbäusern und gegen die neue Schlachtvieh- und Fleischschau. Wegen der städtischen Fleischsteuern und für die Ermäßigung der Schlachtbäuserabgaben ist auch die Sozialdemokratie stets eingetreten. Aber im ganzen haben diese Abgaben nur geringen Einfluß auf die Fleischzucht; die Hauptsache bleibt die Sperrung der Grenzen gegen die fremde Vieheinfuhr und ihre Verteuerung durch Zölle. Soll der Fleischzucht gehöhrt werden, so muß einerseits die Vieheinfuhr aus dem Auslande erleichtert, andererseits die deutsche Viehaufzucht vermehrt werden. Dazu aber sind erforderlich: Die Öffnung der Grenzen, und zwar nicht nur der schlesisch-russischen, sondern der gesamten Reichsgrenzen. Wegfall aller bestehenden, teilweise schon aus dem Jahre 1873 stammenden generellen Einfuhrverbote und ihre Ersetzung durch eine lediglich gesundheitspolizeiliche Kontrolle, Revision des die Fleischzufuhr teils ganz verbietenden, teils hindernden Fleischbeschaugesetzes von 1900, Abschaffung der Vieh- und Fleischzölle sowie der Futtermittelzölle.

Die Tataren des Zaren.

Die Völlerberhebung, die der Zarismus im Kaukasus treibt, hat zu neuen furchtbaren Ausbrüchen geführt. Die Tataren werden als Bluthunde des Zaren auf die revolutionäre Arbeiterbewegung losgelassen. Wir erhalten folgendes Privat-Telegramm:

Baku, 5. September. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Die gewaltige Tragedie hebt auf neue an. Der Nord röhrt, das Kaukasusgebiet mit Blut überströmend. Eine juristische Menge von Opfern. Werkstätten, Mienen, Wohnungen sind von den Tataren in Brand gesteckt worden. Die Kreaturen des Zaren erschrecken das Leben des Landes: die Arbeiterbewegung. Diese teuflische Politik meißelt das Proletariat nieder. Die Arbeiter leiden aufs äußerste.

Amliche Depeschen berichten über die Vorgänge im Kaukasus:

Tiflis, 5. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Stadt Schucha arteten zwischen Privatpersonen gefährliche Streitigkeiten am 29. August derart aus, daß die Bevölkerung zu den Waffen griff. Die verschiedenen Nationalitäten nahmen gegeneinander Stellung, und es entspann sich ein Gewerkschaftskampf. Die Tataren suchten den Zugang zum Armeniertel zu erzwingen, die Armenier ins Tatarentiertel einzudringen. Am nächsten

Zuge gelang es, eine Einigung zwischen Vertretern dieser Nationalitäten herzustellen, worauf durch Voten der Friede in der Stadt verhängt wurde; gleichwohl dauerte das Gewehrfeuer fort, auch breiteten sich mehrfach entstandene Brände beim herrschenden Winde aus. Am 2. September herrschte in der Stadt Ruhe, doch tobten in der Umgegend Kämpfe. Im ganzen sind etwa 200 Personen getötet und verwundet worden und 200 Häuser niedergebrannt.

Tiflis, 5. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Waku begannen gestern die Unruhen mit starkem Gewehrfeuer wieder, das abends infolge der Bemühungen des Gouverneurs nachließ. Es fand ein Kampf mit den Truppen statt, bei dem eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurden. Das Gewehrfeuer war sehr stark, besonders bei den Petroleumwerken Balaschanah, wo zudem ein großer Brand wütete. Nachts wurde versucht, die Petroleumwerke und die Stadt in Brand zu stecken. Das Feuer wurde aber bald erstickt. Heute sind einzelne Gewehrschüsse vernehmbar. Die Schwarze Stadt brennt. Die Brandursache ist unbekannt. Die Truppen gehen energisch vor. Während der drei Tage der Unruhen sind amtlich 52 Getötete und ebensoviel Verwundete gemeldet worden. Die letzten Tage hindurch strömten nach Tiflis zahlreiche Familien, die aus den Provinzen Elisabethpol und Waku flüchteten, wo Meschiken herrschen, wie auch aus der Umgegend von Tiflis, wo Grenztruppen der Tataren besetzt sind. Die von den Unruhen betroffene Bevölkerung leidet bittersten Not. Die von Agitatoren angeführten Tataren terrorisieren die Bevölkerung. Die Meldung, die Truppen hätten zur Unterdrückung der Unruhen in Waku Artillerie verwendet, wird aus amtlicher Quelle für unrichtig erklärt.

Tiflis, 5. September. Wie aus Waku gemeldet wird, veranstalteten dort die Geistlichkeit, die Volksvertreter und der Gouverneur einen Umzug in der Stadt, durch den es ihnen gelang, das Feuergefecht vorübergehend zum Schweigen zu bringen. Als jedoch wieder ein Haus in Brand gesteckt wurde, brachen die Unruhen von neuem aus. Armenier und Tataren schossen wieder aufeinander und mehrere Häuser gingen in Flammen auf. Als jedoch die Tataren in die Stadt eindringen, gelang es durch Veranstaltung einer feierlichen Prozession Beruhigung zu schaffen.

Petersburg, 6. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Nischni-Nowgorod wird der „Handels- und Industrie-Zeitung“ gemeldet, das dortige Vorkomitee habe den Finanzminister drähtlich um energische Maßnahmen gebeten, damit die Ereignisse in Waku nicht den ganzen Wolgahandel sowie die Fabrikindustrie lahmlegen.

Das Wahlrecht zur Duma.

Eine interessante Studie über die Frage, wer in Rußland Duma-Wahl spielen kann, enthält die gemäßig liberalen Moskauer Zeitung „Russkaja Wjedomosti“. Die Gesamtzahl der Wähler aller 51 Provinzen, auf die das Manifest Anwendung findet, beträgt höchstens 2 Millionen, bei einer Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1897, von über 94 Millionen. Dabei ist der Löwenanteil dem allerreichsten Teile des russischen Volkes zugeteilt worden: den Bauerngemeinden, die nahezu 1 500 000 Wähler stellen dürfen, während die ganze städtische Bevölkerung höchstens 240 000 Wähler zählen wird. Der selbständige Teil der Bauernschaft, die „Kleingrundbesitzer“ mit einem Besitz bis zehn Dessjatine, bleibt vom Wahlrecht so gut wie gänzlich ausgeschlossen; die nicht bäuerlichen Kleingrundbesitzer mit einem Besitz von 10 bis 100 Dessjatinen stellen zwi. 100- bis 170 000 Wähler, die Großgrundbesitzer 75 000 Wähler. In den Wahlmännerversammlungen, in denen die Wahl der Mitglieder der Duma vorgenommen werden soll, verteilen sich die Stimmen für alle 75 Provinzen folgendermaßen:

Grundbesitz . . .	1945	Stimmen = 83,4 Proz.
Bauerngemeinden	2421	= 41,5
Städte	1341	= 23,1

Die Wahlmänner der 23 Städte, die ihre Wahlen abgefordert vollziehen, sind in diese Rechnung nicht einbezogen. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind die Arbeiter, die Angestellten, die freien Berufe, die Beamtenchaft.

Der allgemeine Universitätsstreik.

Petersburg, 2. September. („Russische Korrespondenz.“) In den russischen Universitätskreisen steht man dem bevorstehenden Beginn des neuen Studienjahres — Anfangs September russischen Stils — mit großer Sorge entgegen. Die revolutionäre Bewegung, die das ganze russische Volk, besonders aber seine gebildeten Schichten, ergriffen hat, reflektiert sich naturgemäß am stärksten in der studierenden Jugend. Schon das letzte Studienjahr war beinahe vollständig von heftigen Studentenunruhen erfüllt und schließlich beschloßen die Studenten die Studien gänzlich einzustellen, bis die Regierung die dringendsten Reformen, wie Freiheit der Presse, des Wortes und der Vereinigung, gewähren werde. Die Regierung antwortete darauf mit den gewohnten Polizeimaßregeln. Alsdann beschloßen die Universitätslehrer sich den Studenten anzuschließen und keine Vorlesungen zu halten, so lange die Zustände so bleiben werden, wie sie waren. Im letzten Sommersemester waren daher fast alle russischen Hochschulen geschlossen. — Gegen diesen „Universitätsstreik“ beabsichtigt nun die Regierung, wie ich erfahre, auf das Drängen von Trepow, in drakonischer Weise vorzugehen. Den Professoren soll befohlen werden, unverzüglich die Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen; wer dem Befehle nicht nachkommt, soll sofort entlassen werden. Zugleich sollen die Studenten angefordert werden, in die Hochschulen zurückzukehren; wer ausbleibt, soll sofort relegiert werden. — Es ist aber zweifellos, daß ein großer Teil sowohl der Professoren, wie der Studenten, den Befehlen Trepows nicht folgen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September.

Der zarische Justizmord.

Wir erhalten von der Warschauer Organisation der Sozialdemokratie Polens und Litauens den folgenden Bericht über die Verhandlungen des Kriegsgerichts, der den Justizmord an den Genossen Martin Kasprzak und Gurymann verurteilt hat.

Warschau, 4. September. (Eig. Ber.) Am 30. August begann die zweite Gerichtsverhandlung in Sachen Kasprzak und Gurymann im Gebäude des Warschauer Festungsgefängnisses für politische „Verbrecher“, in der Pitabelle, im Saale des Artillerieoffiziersklubs. Der erste auffallende Umstand war die völlig neue Zusammenfassung des Kriegsgerichts. Den Vorsitz führte nun, statt wie im vergangenen Jahre der General Strelnikow, der Generalmajor Mischtschenko und die früheren Richter aus Gardeoffizieren waren durch vier Oberleutnants von der Warschauer Festungsgarnison ersetzt. Strelnikow hatte auf den Vorstoß verzichtet aus Furcht vor der Rache der Sozialdemokratie, die Gardeoffiziere aber, die, als zum hohen Adel gehörig, noch einige Unabhängigkeit im Urteilen kundgeben konnten, mußten für diese blutige Gerichtskomödie durch gefügige, fürs Variieren gedrehte Linientoffiziere ersetzt werden. — auf die Initiative Strelnikows und des Ex-Generalgouverneurs Maximowitsch hin. Als Staatsanwalt fungierte der Generalmajor Kudym. Die Verteidigung führten für Martin Kasprzak die Rechts-

anwälte Glas, Warschau und Stahl, Moskau, für Benedikt Gurymann Kijewski aus Warschau und Andrejewski aus Petersburg. Die Öffentlichkeit war gänzlich ausgeschlossen. Sogar dem 14-jährigen Sohn Kasprzaks wurde der Zutritt verweigert, ebenso dem Vater Gurymanns. Nur die Frau Kasprzaks und ein Bruder Gurymanns sowie die Verteidigung und die Zeugen fanden Einlaß in das streng bewachte Gebäude und den Saal des Kriegsgerichts.

Um 10 Uhr vormittags wurden die beiden Angeklagten hineingeführt. Kasprzak, der ein Mann im besten Alter ist (etwa 48 Jahre) und stets eine ganz aufrechte Haltung hatte, trat ein oder wurde vielmehr hineingehoben als ein gebrechlicher Greis; sein Haar ist fast ganz weiß, er bewegt sich mit feindsüchtiger Miene und wird zu jedem Schritt durch einen Stoß seiner überwachenden Gendarmen gezwungen. Er ließ sich schwer auf die Anklagebank herab und sah die ganze Zeit der Verhandlungen über unbeweglich, stumm, ohne die geringste Regung im Gesicht; auch beantwortete er die an ihn gerichteten Fragen nicht. Daß er aber alles aufmerksam verfolgte, sollte, wie wir später sehen werden, eine kurze Szene am Schlusse der Verhandlungen zeigen, die das ganze furchtbare Drama dieses Justizmordes in ergreifender Form beleuchtet hatte. — Der andere Angeklagte, der 24-jährige Ingenieur Gurymann, trat ein, bleich vor Erregung, doch gefaßt, in einfacher und stolzer Haltung, die er bis zum Schluß bewahrte und die selbst auf das Gericht einen starken Eindruck nicht verfehlte hat. Die Verteidigung Kasprzaks war diesmal auch anders besetzt wie das erstemal. Der bisherige Verteidiger, ein bürgerlicher Warschauer Rechtsanwalt Pattel, war von der Sache fast im letzten Augenblick zurückgetreten.

Gleich bei der Eröffnung der Verhandlung formulierte der Rechtsanwalt Stahl eine Reihe wichtiger Anträge, vor allem befristete die Zuständigkeit des Gerichts angesichts seiner Neuzusammensetzung, die es den Richtern unmöglich mache, die Eindrücke der ersten Verhandlung zu bewahren und in Betracht zu ziehen. Alsdann forderte die Verteidigung, daß Sachverständige zur Verhandlung herbeigezogen werden, die über den Wert der bis herigen psychiatrischen Beobachtung und Expertise in bezug auf den Gesundheitszustand Kasprzaks auszusagen sollten. Diese Expertise bildet nämlich an sich schon ein merkwürdiges Dokument der zarischen Justiz. In der ersten Verhandlung des Kriegsgerichts am 3. August 1904 hatte der Sachverständige Doktor Pletniew die Vermutung ausgesprochen, daß Kasprzak geistig abnorm sei, angesichts dessen wurde er auch einer psychiatrischen Beobachtung unterzogen. Zu diesem Zwecke wurde er für sechs Monate in das Warschauer Militärspital Ujazdow gebracht. Hier wurde er aber nicht etwa die ganze Zeit durch dieselben Ärzte beobachtet, sondern alle Augenblicke durch andere, wie sie gerade gemäß ihren Amisstellungen versetzt wurden. Wie schwierig ein Urteil aus diesen Beobachtungen war, beweist der Umstand, daß nach fünf Monaten der Expertise der Spitalarzt Tschlow erklärte, nicht imstande zu sein, eine Diagnose zu stellen und zu entscheiden, ob er simuliere oder nicht. Die Beobachtung, bei der es sich um ein Menschenleben handelte, wurde mit so verbrochener Nachlässigkeit ausgeführt, daß z. B. die Sachverständigen, die sich an den Gehäusen des Generalgouverneurs um Daten aus dem Vorleben Kasprzaks gewendet hatten, nichts ermitteln konnten. Der erwähnte Tschlow beklagte sich ausdrücklich, daß er von vier dahingehenden Fragen, die er beantwortet haben wollte, auf drei die bündige Antwort „unbekannt“ und auf die vierte eine direkt falsche Angabe zur Antwort bekommen hätte. Es wurde auch z. B. den Ärzten mitgeteilt, Kasprzak sei unverheiratet! Da aber die Ärzte bei einer solchen Gestaltung der Expertise mit dem gewünschten Gutachten zögerten, so wurden schließlich im letzten sechs Monate zwei ganz neue Sachverständige herangezogen, die für die vorgesehene Rolle besser taugten und keine Schwierigkeiten mehr machten. Dabei machte sich das Gericht einer direkten Befehlsverletzung schuldig. Laut Gesetz nämlich müssen die Ärzte, die vom Gericht zur Expertise herangezogen werden, von dem Gouvernementsamt und dem Gouvernementsphysikus delegiert werden. Statt dessen wurde ein einfacher Polizeinspektor herbeigezogen, der noch zwei auf dem Gebiete der Psychiatrie ganz unbekannt und zum Teil direkt zweifelhaft Subjekte zu Hilfe nahm — jene polnischen Ärzte Tarcjanowski und Fabian, die das ihnen vorgelegte Gutachten über die Simulation Kasprzaks auf Grund einer „Beobachtung“ von einem Monat! — ohne weiteres unterschrieben!

Dieses so zustandgekommene „Gutachten“ wurde nun vom Militärgericht als maßgebende und ausreichende Grundlage der Verhandlung erkannt. Nicht genug. Das Gericht hatte noch vorher beschloßen, zu der zweiten Verhandlung weder die Sachverständigen, die das Gutachten ausgearbeitet hatten, zur Verhandlung zu laden, damit sie ihr Gutachten erläutern und begründen, noch auch Sachverständige der Verteidigung und überhaupt jegliche Nachprüfung der Expertise zuzulassen! Gegen eine so unerhörte Rechtsverletzung hatte die Verteidigung schon vor der Verhandlung rechtzeitig beim Appellationsgericht Beschwerde eingelegt, und nach allen Prinzipien der Prozedur durfte die Verhandlung jedenfalls nicht eröffnet werden, bis der höhere Gerichtshof die Beschwerde der Verteidigung beantwortet hatte. Doch für die zarische „Justiz“ existieren dergleichen Sturpel nicht, man ging auf das Ziel gerade und ohne jede Scham los. Die Beschwerde blieb noch unbeantwortet und war erst auf dem Rechswege, die Verhandlung wurde nichtdestoweniger eröffnet und das famose „Gutachten“ zur Grundlage genommen, wobei alle erneuten Anträge der Verteidigung auf Vorladung von Sachverständigen, sogar auf Kosten der Verteidigung, rundweg abgelehnt wurden. Und bei der Gerichtsverhandlung, in der ein Mensch als „Simulant“ dem Galgen überantwortet werden sollte, war kein einziger Psychiater erschienen, der über den Wert des Gutachtens hätte aussagen können! Dergleichen prozeduralisch unerhört war die Ablehnung der Anträge der Verteidigung, die Verhandlung zu vertagen angesichts des Nichterscheins einiger Entlastungszeugen, die vom Gericht zugelassen waren, denen aber das Gericht die Vorladungen einfach gar nicht zugestellt hatte! Die Verteidigung erklärte darauf wörtlich, daß das Gericht durch diese Reihe von Willkürakten sich offenbar anheide, einen Akt der Rechtsbeugung und nicht der Rechtsprechung, „eine nicht dazugehörige barbarische Grausamkeit zu üben und sich in ein blindes Werkzeug der Gewaltpolitik der Regierung zu verwandeln“. Doch es half nichts. Das Gericht hatte augenscheinlich einen direkten Befehl, schnell mit dem sozialdemokratischen Prozeß „ein Ende“ zu machen und sich um keinen Preis auf irgend eine Verzögerung einzulassen; so trat es denn ungeniert die elementarsten Regeln jeder Rechtsprechung mit Füßen. Wohlgenut erklärte der Staatsanwalt in den Couloirs des Gerichts, daß letzteres „ganz bestimmt die Bestimmung“ in bezug auf den Prozeß von der Regierung (wörtlich: „so gut als wie vom Kaiser selbst“, d. h. also jedenfalls vom Petersburger „Diktator“ Trepow) erhalten habe. Somit war der Ausgang der blutigen Gerichtskomödie, das Urteil, im voraus diktiert und die Verhandlung nur als eine lästige Formalität betrachtet. Wir werden im folgenden sehen, zu welchen unerhörten Verbrechen gegen eine einigermaßen loyale Handhabung der Prozedur die furchtbare Gerichtsfarce noch weiter geführt hat.

Selbst in der blutigen Geschichte der absolutistischen Justiz wird der Prozeß gegen Kasprzak und Gurymann als ein unergründliches Denkmahl der Schande hervortragen.

Deutsches Reich.

Zur Fleischnot. Auf das Drängen der Einwohnerschaft Deutscher Reichsstädte, wegen der Fleischteuerung bei ihren Regierungen vorstellig zu werden und die Öffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr zu fordern. Aus München erhalten wir folgendes Telegramm:

München, 6. September. Nach ziemlich lebhafter Debatte beschloß heute der Magistrat, bei der königlichen Regierung einen Antrag auf Öffnung sämtlicher Grenzen zu stellen, damit der herrschenden Fleischnot gesteuert werden könne. Außerdem soll die Regierung dahin wirken, daß für die Dauer des Notstandes Zollvergünstigungen auf die Fleisch- und Vieheinfuhr, eventuell sogar völlige Aufhebung der Zollgäbe eintritt.

Soldatentheater. Im „Militärwochenblatt“ wird geklagt, daß vielfach in kleinen Garnisonen die Soldaten keine Gelegenheit haben, „gute Theaterstücke“ zu sehen. Dem Uebel soll abgeholfen werden:

„Da ist denn der Gedanke, ein „Deutsches Garnisontheater“ ins Leben zu rufen, vielleicht nabeliegend. Aufgabe dieses Theaterunternehmens soll es sein, im Laufe jedes Jahres, beginnend im September oder Oktober, etwa 300 Vorstellungen zu veranstalten und mit diesen möglichst hundert Garnisonorte aufzusuchen. Bei einem Durchschnittsbetrag von nur 600 bis 800 Personen würden gegen 250 000, also rund eine Viertel Million Angehörige der Armee in diesen Vorstellungen geistige Unterhaltung und patriotische Erregung finden. Die Eintrittspreise sollen so beziffert werden, daß sich im allgemeinen die reservierten Plätze der Offiziere auf 1 Mark, die nummerierten der Unteroffiziere auf 50 Pfennig und die der Mannschaften auf 30 Pfennig stellen würden. Gewiß werden sich ja wohl auch in den meisten Garnisonen Mittel finden, einem Teile der Soldaten den Besuch einzutreffrei oder zu einem auf ein Minimum reduzierten Preis zu ermöglichen. Angekündigt ist immer wechselnden Schauplätzen ist die Einstudierung und Ausstattung nur weniger, aber in jedem Sinne guter Stücke nötig, aus denen eine engere Wahl zu treffen den jeweiligen maßgebenden Stellen überlassen bleibt.“

Man kann sich vorstellen, welche literarischen Genüsse da unter Jenux der „maßgebenden Stelle“ den Soldaten verordnet werden würden. Dem deutschen Kronprinzen wurde es schwer betragt, daß ihm der Zufall in Bayerns „Japfenstreich“ geführt hat. Mit welchen „patriotischen Erregungen“ wird da der „gemeine Mann“ gesättigt werden! —

Ueber die Beschäftigung der Sträflinge werden, entsprechend einem bei Beratung des Etats der Reichsjustizverwaltung gefaßtem Beschlusse des Reichstages, der „Rein. Westf. Ztg.“ zufolge, in Zukunft alljährlich dem Reichstag eingehende statistische Mitteilungen vorgelegt werden. Daran wird die Beschäftigung für den eigenen Bedarf der Anstalt, die Beschäftigung für Herstellung von Waren zum Verkauf auf eigene Rechnung, die Beschäftigung gegen Lohn für dritte und zwar sowohl auf gewerblichem Gebiete unter Verwendung der Industriegruppen, als auch in der Landwirtschaft, der tägliche Durchschnittslohn der Sträflinge, und der Gesamtwert der von ihnen hergestellten Produkte zahlenmäßig ersichtlich sein. —

Ueber das Eisenbahnunglück bei Spremberg beabsichtigen die drei Abgeordneten des Wahlkreises Götlich-Lauban im preussischen Abgeordnetenhaus sogleich nach dessen Zusammentritt eine Interpellation einzubringen.

„Unterlagen.“ Unter dieser Stichmarke brachte der „Gann. Courier“ folgende Notiz, die sich heute auch die „Nordd. Allg. Zeitung“ zu eigen macht:

„Bekanntlich hat Präsident Roosevelt in seiner Antwort auf den Glückwunsch Kaiser Wilhelms mit den wärmsten Worten des Anteils gedacht, den der Kaiser an der Förderung des Friedenswerkes in jedem Stadium der Verhandlungen gehabt hat. Je tendenziöser die sozialdemokratische Presse diesen Sachverhalt entstellte, je gefälliger sie den Anschein erweckte, als ob der Kaiser, zuletzt persönlich bei der Zweikaiser-Begegnung von Björkö, den Jaren zur Fortsetzung des Krieges habe bestimmen wollen, um so mehr war es eine Pflicht elementaren Anstandes, den Vorlaut der Antwort Roosevelts den sozialdemokratischen Lesern nicht vorzunehmen. Aber weder der „Vorwärts“ noch die „Münchener Post“ haben, soweit wir sehen, diesen Wahrheitsmut und dieses Anstandsgefühl gehabt: die Antwort des Präsidenten Roosevelt, die als das Zeugnis des erwählten Oberhauptes einer freien großen Republik gegen jene sozialdemokratischen Entstellungen besonders schwer ins Gewicht fiel, wurde von ihnen einfach unterschlagen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ scheint den „Vorwärts“ danach seltsamerweise für ihresgleichen zu halten. Wir müssen aber die uns zugemerkte Ehreung ebenso höflich wie bestimmt zurückweisen: der „Vorwärts“ ist kein Hofanzeiger. Als politisches Blatt ist er zwar verpflichtet, auch von der Privatkorrespondenz gekrönter oder ungekrönter Staatsoberhäupter Notiz zu nehmen, sofern sie irgendwelche politische Bedeutung hat. Höflichkeitsbezeugungen aber wie dem Glückwunsch des Präsidenten Roosevelt an Wilhelm II. ist beim besten Willen keine politische Bedeutung beizumessen. Etwas anderes war es mit der Kaiserbegegnung von Björkö, die bei dem schwedisch-norwegischen Konflikt und der ostasiatischen Kriegslage politische Bedeutung mindestens haben konnte. Bekanntlich hat ja selbst die russische offizielle Presse behauptet, daß bei der Begegnung die schwebenden politischen Fragen eine wichtige Rolle gespielt hätten. Nun möchte die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit dem „Gann. Courier“ das Höflichkeits-Telegramm Roosevelts offenbar so gedeutet sehen, als ob Wilhelm II. neben Roosevelt den Frieden mitvermittelt habe. Die Telegramme Wilhelms II. an den Jaren und den Mikado enthalten darauf aber nicht den geringsten Hinweis; im Gegenteil enthält das Telegramm an den Mikado die Stelle, daß Japan ohne jede Beeinflussung dritter aus eigener „weiser Mäßigung“ den Frieden geschlossen habe.

Drollig ist es übrigens, daß das deutsche offizielle Blatt das Telegramm Roosevelts deshalb für besonders beachtenswert erklärt, weil es die Ausrufung des gewählten Oberhauptes einer freien Republik sei. Wenn damit den Rundgebungen ganz oder halbholofutistischer Herrscher ein geringeres Maß der Bedeutung zuerkannt werden soll, so haben wir dagegen ja nichts einzuwenden. Die hohe Einschätzung von persönlichen Komplimenten und diplomatischen Phrasen des Präsidenten einer Geld- und Massenrepublik können wir natürlich trotzdem nicht mitmachen. —

Huoland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Erfolg der ungarischen Staatsbahnarbeiter.

Von der heißen Situation, in der sich das gegenwärtige Ministerium befindet, haben die Staatsbahnarbeiter profitiert. Eine Landesversammlung von Werksstättenarbeitern, die von fast allen Reparaturwerkstätten und Heizhäusern besetzt war, tagte vor einigen Monaten in Budapest. Die Beschlüsse werden dem Handelsminister als Denkschrift übermittelt; unter normalen Verhältnissen wäre diese Denkschrift, wie so viele andere, in dem Archiv verstaubt, wie die Dinge aber liegen, hat das Ministerium Rejervoch es für gut befunden, den Wünschen der Eisenbahner Rechnung zu tragen. Es ist also dieser Tage eine umfangreiche Verordnung erschienen, durch welche auf administrativem Wege folgende Reformen zur Einführung gelangen: Jenen Angehörigen, die bisher keine wöchentliche Ruhepause hatten, soll eine solche tünlichst gewährt werden; fleißige und gute Arbeiter mit längerer Dienstzeit erhalten jährlich einen achtägigen Urlaub bei Fortzug des Lohnes. Die geforderten Sanitätsmaßregeln zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter werden vollständig bewilligt. Bezüglich der humanen Behandlung der Arbeiter werden die Direktionen zum strengsten Vorgehen gegen

send Organe angezogen, die hiergegen verstoßen. Der Minister gestattete ferner, daß sich die Eisenbahnarbeiter zu einem Landesverband der ungarischen Eisenbahner organisieren. Die Forderung um Arbeitslohnsteigerungen soll geprüft und möglichst berücksichtigt werden. Eisenbahnarbeiter nach zurückgelegter dreijähriger Dienstzeit sollen in Zukunft nur aus denselben Gründen entlassen werden können, die bei der Entlassung von Eisenbahnbeamten gelten. Bei Betriebsreduktionen sind ferner in Zukunft keine Arbeiter zu entlassen, sondern die Arbeitszeit ist entsprechend zu reduzieren. In bezug auf die Pensionen sind mehrere, in der Denkschrift enthaltene Wünsche erfüllt. — Abgesehen davon, daß einige Anordnungen ziemlich dehnbare Begriffe enthalten, enthält die Verordnung nicht unerhebliche Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand. Der preussische Eisenbahnminister Ludde kann sich, namentlich bezüglich der Erlaubnis zur Schaffung einer Organisation, ein Beispiel an seinem ungarischen Kollegen nehmen. —

Sam Wahlrechtskampf in Ungarn. Die Sozialdemokraten läßt, so meldet die „Frankf. Ztg.“, sich im Interesse des allgemeinen Wahlrechts zu großen Stungebungen am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments. Es wird für die Dauer der Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Einstellung der Arbeit geplant, damit alle Arbeiter am 15. September vor dem Parlament erscheinen können. Die Bauunternehmer haben gestern bereits freiwillig ihren Arbeitern hierzu die Einwilligung erteilt. —

Frankreich.

Der Pariser Friedenler-Kongreß.

Paris, 4. September. (Fig. Ver.) An den Friedenler-Kongreß darf man nicht etwa den Maßstab eines internationalen sozialistischen Kongresses legen. Es ist eher eine von Leuten aus vielen Ländern besuchte Volksversammlung, als ein Parlament von Vertretern wirklicher, organisierter Kräfte. Es sind wohl unter den 2000 Kongreßteilnehmern etliche hundert Vertreter von regelrecht konstituierten Verbänden anwesend, aber die Mehrzahl sind Personen, die sich als Individuen eine Eintrittskarte verschafft und sich so das Recht erworben haben, ohne Verantwortung und Verbindlichkeit ihre Meinungen vorzutragen. Unter solchen Umständen ist natürlich von einer Prüfung von Mandaten nicht die Rede und auch die Autorität ist nicht da, die die Verhandlungen in einer sicheren Bahn halten könnte.

Die Nachteile dieser Regellosigkeit haben sich schon im Laufe des heutigen Tages gezeigt. Die Vormittagsversammlung verlief noch würdig. Sie wurde mit außerordentlich künstlerischen Darbietungen, an denen sich Künstler vom Théâtre français, das Orchester der Sozialistische Cooperative von Soignies und die Gesangssektion des Brüsseler Volkshauses beteiligten, eröffnet. Nachdem der Schlusschor, das „Lied an die Freude“ in der Beethoven'schen Vertonung mit einem französischen Text des sozialistischen Dichters Maurice Douchor vorgetragen war, stimmte die Meisenzorg des Trocadero die Internationale an, in deren brausenden Töne die Versammelten einhielten. Hierauf wurden die Begrüßungsreden gehalten, die sich bis in die Nachmittagszeit hineinzogen. Besonders auffällig fand die Rede des Reichstagsabgeordneten Genossen Hoffmann, der auf das Bündnis der Herrschenden in Deutschland mit dem Merkantilismus hinwies und ihnen die Verbrüderung der freien Völker entgegenstellte. Donnernder Applaus erscholl, als er rief: „Das deutsche Volk kennt keine Feindschaft gegen das französische“. Der Redner schloß mit einem „Hoch“ auf die französisch-deutsche Alliance, die sich dank der Einigkeit der arbeitenden Klasse der beiden Völker verwirklichen muß.

Es sprachen in der Folge etliche Redner verschiedenster Nationen, sogar ein Repräsentant von den Antillen und ein Chinese. In Allgemeinheit war in diesen Ansprachen kein Mangel. Es ist wohl bezeichnend, daß so ziemlich alle Sprecher, auch bürgerliche Professoren, Politiker und Journalisten ihre Verbeugung vor der sozialen Revolution machten. Im großen und ganzen war es der wortreiche Freimaurer-Jargon mit seiner Selbstgenügsamkeit, der diese Paradesitzung beherrschte. Von den angekündigten Berühmtheiten fehlte Hädel, der ja wohl auch von dem vorjährigen römischen Kongreß nicht die besten Erinnerungen mitgebracht hat, und Anatole France, der eine Einleitungsrede hätte halten sollen. Der greise Wertheim hat ein Begrüßungsschreiben geleitet.

Am Nachmittag kam es zu einem großen Tumult. Die Anarchisten, von denen ein paar Duzend sich mit Kongreßplakaten ausgestattet haben und die schon am Vormittag sich mit lärmenden Zwischenrufen herborgeten hatten, stürmten unter dem Vorwande, daß man einem der Ihrigen das Wort nicht erteilt hätte, um 5 Uhr die Tribüne, rissen dem Präsidenten Alémane die Papiere vom Tische und etablierten sich als Herren des Kongresses. Die Sitzung wurde unter allgemeiner Erregung aufgehoben. Alémane erklärte, er tue da nicht mehr mit und während sich der Saal leerte, konstituierten die Anarchisten ein Gericht über das Präsidium. Unter diesen Umständen werden wohl auch die folgenden Sitzungen nicht erbaulicher verlaufen. —

Spanien.

Die Arbeitslosigkeit in Spanien. Der kommende Winter dürfte für die spanische Bevölkerung großes Elend im Gefolge haben, denn schon jetzt ist die Arbeitslosigkeit eine sehr große. In Andalusien leidet die arme Bevölkerung buchstäblich Hunger und an zahlreichen Orten ist es, wie dem „Socialista“ berichtet wird, bereits zu Hungerrevolten gekommen. So organisierten die Landarbeiter von Maxinalda einen Umzug durch die Straßen und verlangten, daß der Bürgermeister den Hungernden Arbeit gebe. Dieser ließ sich nicht sprechen, sondern rief die Wache herbei, um die Manifestanten zu zerstreuen. Die Menge schwoll immer mehr an und eine Katastrophe konnte nur dadurch verhindert werden, daß der Bürgermeister nachgab, eine Deputation empfing und versprach, sofort bei dem Gouverneur und dem Minister der öffentlichen Arbeiten Schritte wegen Arbeitsbeschaffung zu tun. Ähnliche Berichte über Verzweiflungszustände hungernder Arbeiter kommen aus allen Gegenden. Und wenn die Behörden fortfahren, den Notleidenden des Proletariats unbeteiligt zu lassen, dürften Ausschreitungen kaum zu vermeiden sein, denn der Hunger, verbunden mit dem heißen südlichen Blut, macht schließlich zu allem fähig. —

Zum Bombenattentat. Das „Wolffsche Bureau“ meldet aus Barcelona: Da die Nachforschungen der Polizei und die gerichtliche Untersuchung nicht auf die Spur des Urhebers des Bombenattentats geführt haben, fordert die Militärbehörde die Alten des Verfahrens ein. Es herrscht Panik, zahlreiche Fremde verlassen die Stadt. Die Zeitung La Lucha ist infolge eines Artikels, in dem sie das Attentat zu rechtfertigen versucht, beschlagnahmt worden.

Türkei.

Die Grenzunruhen an der türkischen Grenze reihen nicht ab. So wird heute wieder aus Konstantinopel gemeldet: Am 29. August hat in Vence, Bezirk Romanova, Wilajet Ilesliab, eine mohamedanische Bande 9 Christen getötet und 3 verwundet. Am 29. August fand in Morfote, 2 Stunden von Ilesliab, ein Kampf mit einer bulgarischen Bande statt, wobei ein Gendarm, ein Komitatstschib und eine Frau bulgarischer Nationalität getötet wurden. Die Bande flüchtete. Während des Kampfes ließ der Truppenkommandant die Häuser mit Petroleum begießen, 10 Häuser sind verbrannt; auch Plünderungen und Mißhandlungen haben stattgefunden. Der Schaden wird auf 8500 Pfund geschätzt. —

Amerika.

Roosvelt, der ehrliche Walker. Die Amerikaner sind wieder mal entzückt von ihrem Präsidenten, dem die Welt einen so großen Anteil an dem Friedenswerte einräumt. In der kapitalistischen Presse wird die große humane Gesinnung des Präsidenten gepriesen, die allein ihn bestimmt habe, als Vermittler für den Frieden aufzutreten. Dem erfolgreichen Manne gegenüber spart man nicht mit dem Lobe, und das Vertrauen auf seinen Erfolg war während der langen Friedensverhandlungen unerschütterlich geblieben bei den großen amerikanischen Zeitungen. In der sozialistischen Presse wird man die Motive Roosevelts anders als mit seiner humanen Gesinnung zu

erklären. So weist das „Philadelphia Tageblatt“ darauf hin, daß auf Japan ein starker Druck ausgeübt wurde gerade an dem Punkte, den die kapitalistischen Großmächte für den wichtigsten hielten: Japan durfte nicht durch eine ungeheure Kriegsschädigung in den Stand gesetzt werden, sich finanziell vom Auslande unabhängig zu machen und seine Machtmittel so zu vergrößern, daß es in Ostasien als der gefährlichste Konkurrent für amerikanisches und europäisches Kapital auftreten konnte. Ohne Kriegsschädigung war Japan noch auf lange Zeit hinaus in eine finanziell bedrängte Lage geblieben. Da die ganze Friedensfrage sich schließlich nur um diesen Punkt drehte, wo Rußland obendrein noch „seine Ehre“ in Gefahr erklärte, so gab Japan dem ungestümen Drängen Roosevelts nach, der Frieden wurde erklärt und die kapitalistische Presse spendete dem Friedensstifter reiches Lob. Nur in Japan ist man etwas unzufrieden und kann sich des Gefühls nicht erwehren, zu guterletzt noch über's Ohr gehauen worden zu sein von dem ehrlichen Walker Roosevelt. —

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages

erfolgte gestern nach einer Meldung des „Wolffschen Bureaus“ aus Portsmouth unter tiefem Schweigen. Hierauf streckte Witte über den Tisch hin den Arm aus und ergriff Komuras Hand und seine Kollegen folgten unerschrocken seinem Beispiel. Während Rußen und Japaner über den Tisch hin ihre Hände fest verschlungen hielten brach Baron Rosen zuerst das Schweigen, indem er in Wittes Namen die japanischen Bevollmächtigten als wahre, vollendete Gentleman feierte und die Hoffnung aussprach, daß hinfort feste freundliche Beziehungen zwischen beiden Reichen bestehen möchten. Baron Komura antwortete für die Japaner in ähnlichem Sinne. Die russischen Bevollmächtigten zogen sich sodann nach ihrem Geschäftsbeschluss zurück und blieben dort zehn Minuten allein. Dann kehrten sie zurück und nahmen am Büfett das Frühstück, wobei man auf die gegenseitige Gesundheit trank. Professor von Wartens, der infolge Unwohlseins dem feierlichen Akt im Konferenzsaal nicht beiwohnte, sagte im Laufe eines Interviews, der Friedensvertrag zeige unbestreitbar, daß Rußland zurzeit alle Gedanken an eine großartige Weltpolitik in der Richtung auf die entlegenen ungewissen Gebiete des fernen Ostens aufgegeben habe. Er sei persönlich überzeugt, daß Rußland nicht der Vergangenheit nachhängen, sondern alle seine Kräfte sammeln werde für einen neuen großen Kampf, nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Felde fruchtbringender Arbeit und sozialen sowie politischen Fortschritts. —

Portsmouth, 6. September. Baron Komura sowie die übrigen japanischen Mitglieder der Konferenz sind gestern abend nach Boston abgereist, die russischen Mitglieder heute vormittag nach New York. —

London, 6. September. („Bureau Laffan.“) Zur Unterzeichnung des Friedensvertrages sagt „Daily Telegraph“: Der russisch-japanische Vertrag müsse einen hervorragenden Platz unter den epochenmachenden Friedensverträgen der ganzen Weltgeschichte einnehmen. Er sei übrigens der einzige Vertrag, der einen Triumph des Ostens über den Westen bezeichne. — „Standard“ ist der Ansicht, dem Vertrage fehle das Element der Endgültigkeit außer in bezug auf Korea. Er sei indessen eine vollständige Ergänzung des neuen englisch-japanischen Vertrages. — „Morning Post“ sagt, der Vertrag erlaube beiden Nationen, ihre natürliche Politik fortzusetzen. — „Daily Mail“ versichert, der Vertrag gebe Japan alles, wofür es gekämpft habe und verfassensbildliche die Tatsache, daß Rußland aufgehört habe, eine ostasiatische Macht zu sein. — „Daily Chronicle“ glaubt, der moralische wie der materielle Gewinn Japans sei sehr groß. — „Daily News“ kommen zu dem Schluss, die Lage in der Mandchurie sei durch den Vertrag nicht genügend klargestellt. —

Verstärkte Scharmügel.

Petersburg, 6. September. General Vinetitsch sandte dem Kaiser folgendes, vom 5. September datiertes Telegramm: Am 4. September versuchten die Japaner längs der Mandarinenstraße vorzudringen und begannen Verschanzungen zu errichten, wichen aber nach einigen Schüssen von unserer Seite zurück. In Korea ergriffen die Japaner am 3. September morgens 5 Uhr die Offensivbewegung gegen die Linie Scherien—Nansan—Sägu in einer Stärke von einigen Bataillonen und Schwadronen mit Artillerie. Anfangs wurden die Hauptkräfte der Japaner gegen den linken Flügel und die Stellung bei Nansan gerichtet. Um 11 Uhr vormittags besetzten mehrere andere japanische Bataillone mit Artillerie den Zwischenraum zwischen Nansan und Sägu-Ulabu. —

Demonstrationen in Tokio.

Tokio, 6. September. Die Teilnehmer an einer gestern hier abgehaltenen Versammlung protestierten gegen die Friedensbedingungen, griffen das Bureau des Regierungsblattes Tokumin an, beschädigten es und begingen weitere Ausschreitungen. Mehrere Personen wurden verletzt, mehrere verhaftet. Der Vorfall hat keine ernsthafte Bedeutung. —

Aus Industrie und Handel.

Walzwerksprofite. Die „Rhein. Westf. Ztg.“, das Organ der Bergwerks- und Hüttenbesitzer des Ruhrreviers, beschäftigt sich in einem längeren sachmännischen Artikel mit der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der gemischten Eisenerze (d. h. der Werke, die zugleich Hochofen, Stahlwerks- und Walzwerksbetriebe umfassen), über die sogenannten „reinen“ Walzwerke, die nur Walzeisenprodukte herstellen und das hierzu nötige Halbzeug (Kohlschlack) von den Stahlwerken kaufen müssen. Das Blatt findet natürlich als Vertreter der Kartelle und der großen Hüttenbesitzer, daß die Klagen über die Preispolitik des Stahlwertverbandes unberechtigt sind. Die Schuld an der angeblich ungünstigen Lage der reinen Walzwerke liegt seiner Ansicht nach vielmehr daran, daß die Walzwerke sich noch nicht kartellisiert haben, so daß noch immer die besser situierten Werke die kleineren, weniger günstig gestellten, zu unerbittlichen Verdrängen, und ferner an den niedrigeren Produktionskosten der gemischten Werke. Doch diese Ausführungen sind nebensächlich; weit interessanter sind die Angaben, die das Blatt über die bei der Herstellung von Stabeisen erzielten Gewinne macht. Es sagt nämlich: „Erhebt aus dem oben Gesagten, daß der Verdienst in Halbzeug nicht so großartig ist, daß die Werke daraus ihre guten Dividenden verteilen können, wie mehrfach von den Walzwerksbesitzern betont wurde, so darf andererseits der Gewinn an Stabeisen ohne weiteres als bedeutend höher angenommen werden. Nimmt man an, daß der Thomasroßblock dem Werk 68,75 M. zu stehen kommt, so bleiben bei einem Stabeisenpreis von 110 M. rund 42 M. für die Umwandlung des Blocks in Stäbe, also für Walzlohn. Wenn die reinen Werke diesen Walzlohn mit 25—30 M. angeben, als Satz, bei dem sie etwas verdienen können, so ist er beim gemischten Werk sicher geringer, sagen wir also 20 M., so daß 22 M. als Verdienst zu rechnen sind. Es ist klar, daß hierbei so viel verdient ist, daß der Verkaufspreis ruhig 5 M. und mehr geringer sein kann. Die gemischten Werke können also ruhig 5—10 M. billiger verkaufen, wie die reinen Werke, und verdienen doch noch mehr. Die Preisunterbietungen in Stabeisen bewegen sich aber gewöhnlich zwischen 5—10 M. und werden namentlich von solchen Werken angehandelt, die ihre Erzeugung darin steigern und Kundenschaft heranziehen wollen. Die Preisvergünstigungen sind dazu das beste Mittel. Sind nun Preisunterbietungen, soweit sie von dem normalen Marktpreis abweichen, im allgemeinen im kaufmännischen Leben auch verpönt, so kann man sie doch so lange nicht unehrenhaft und unkaufmännisch nennen, als sie nicht unter die Selbstkosten herabgehen und Verlust bringen. Da das nach den obigen Zahlen nicht der Fall ist, so fällt

der Vorwurf, der nach dieser Richtung erhoben wird, in sich zusammen. Der Uebelstand wird beseitigt, sobald das Produkt standardisiert ist, und daß das bis jetzt nicht geschehen ist, daran sind, wie sich neuerdings immer mehr herausstellt, die Walzwerke ebenso sehr schuld, wie die Stabeisenwerke.“

Danach arbeiten also die Stabeisen herstellenden Werke zur Zeit mit einem Aufschlag oder, wie die „Rhein. Westf. Ztg.“ sagt, „Verdienst“ von ungefähr 100 Proz. Ein recht ansehnlicher Profit, zu dem bei den gemischten Werken noch der bei der Produktion von rohen Thomasblöden erzielte Gewinn hinzukommt, der sich je nach den Umständen ebenfalls auf 25—30 M. beläuft. Trotz dieses recht ansehnlichen Unternehmergewinns sagt die von den Hütten- und Walzwerksbesitzern inspirierte Presse ständig über die Unzulänglichkeit der Preise und räsonniert über die Unverschämtheit der Arbeiter, die sich anschiden, die jegige überragende Gestaltung des Eisenmarktes zu Lohnsteigerungsforderungen auszunutzen.

Der Hürder Bergwerks- und Hüttenverein hat trotz des Bergarbeiterstreiks im Frühjahr in seinem letzten mit dem 30. Juni beendeten Geschäftsjahr einen beträchtlichen Gewinn erzielt. In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1904/05 vorgelegt. Er weist einen Bruttogewinn von 6 407 675 M. gegen 5 701 885 M. im Vorjahre auf. Hiervon sollen 3 029 859 M. (gegen 2 890 261 M. im Vorjahre) zu Abschreibungen verwendet werden.

Der am 14. September stattfindenden Generalversammlung wird vorgezogen werden, nach Dotierung des gesetzlichen Reservefonds und Deckung der statuten- und vertragsmäßigen Liantien eine Dividende von 10 Proz. auf die Prioritätsaktien und eine solche von 2 Proz. auf die Stammaktien zu verteilen und den Rest von 323 791 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Ein neues großes Ausbeutungsfeld. In einem Artikel des New Yorker Finanzblattes „The Wall Street Summary“ wird Kanada als dasjenige Land bezeichnet, welches durch seine Entwicklung in naher Zukunft die Aufmerksamkeit und das Staunen der ganzen Welt erregen wird. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wird die neue Ueberlandbahn gebaut, die Grand Trunk Pacific Railroad, die den ganzen Kontinent durchschneidet, von der Küste des Atlantik bis nach der Küste des Pacific-Ozeans führend. Die Kosten der Bahn werden auf 150 bis 200 Millionen Dollar geschätzt. Sie öffnet dem Anbau ungeheure Strecken fruchtbarer, jungfräulichen Bodens, besonders für Weizenproduktion geeignet. Kanada produziert jetzt ein Sechstel des Weizens, der in Nordamerika hervorgebracht wird. Es ist einleuchtend, daß dieser Bahnbau in vieler Beziehung die Entwicklung des Landes beeinflussen wird. Neben der Fruchtbarkeit des Bodens werden die Mineralische im Schoß der Erde und der Reichtum der Wälder großen Gewinn versprechen. Die Hauptlinie der Bahn ist 4000 englische Meilen lang, aber es besteht die Absicht seitens der Regierung von Kanada, zahlreiche Zweigbahnen zu errichten, um der Erschließung und Entwicklung des Landes in jeder Weise Vorschub zu leisten. Die Annahme ist wohl begründet, daß der Boden ungeheure Schätze birgt an Edelmetallen, Kohle, Eis, Eisen, Kupfer usw., aber diese Schätze sind für die Ausbeutung praktisch unzugänglich ohne die Bahnanlage. — In Kanada selbst setzt man die größten Hoffnungen auf die neue Bahn.

Gewerkschaftliches.

Die Niederlage der Scharfmacher!

Dresden, 6. September. (Fig. Ver.) Mit einem glänzenden und schnellen Erfolge der organisierten Arbeiterschaft hat die von der Rähmashinen- und Fahrradfabrik Seidel und Raumann (Aktiengesellschaft) mit Unterstützung des Verbandes der Metallindustriellen eingeleitete terroristische Aktion gendel. Um die eines Lohnabzugs wegen streikenden 120 Schleifer dieses Betriebes zu veranlassen, bedingungslos zur Arbeit zurückzuführen und die übrigen Arbeiter einzuschüchtern, wurden die 2000 Arbeiter der Firma rücksichtslos ausgesperrt, aufs Pflaster geworfen und Vermittlungsversuche des Metallarbeiter-Verbandes in provozierender Weise zurückgewiesen. Man hat sich aber gründlich getäuscht. Die Arbeiterschaft von Seidel und Raumann hat dieser Firma einmal gezeigt, daß organisierte Arbeiter nicht mehr so mit sich umspringen lassen als früher, wo nur ein kleiner Bruchteil der Organisation angehörte und daß daher die Zeiten vorbei sind, wo Arbeiter vor den Leuten und dem Uebermut der Direktion mit der geballten Faust in der Tasche zu Kreuze trochen. Mit seltener Einmütigkeit und Kampfeslust nahmen die Arbeiter im Vertrauen auf ihre Organisation den ihnen aufgezungenen Kampf auf.

Als die Firma die Wirkung ihrer Schneidigkeit erkannte und sah, wie die Dinge lagen, zog sie bald andere Register auf. Schon am anderen Tage erklärte sich dieselbe Generaldirektion, die erst jeden Vermittlungsversuch prolig zurückgewiesen hatte, zu Verhandlungen mit dem Arbeiterausschusse, der für sie sonst gar nicht existierte, dessen Vorstehen sie aber gelegentlich mahregelte, bereit. Der Arbeiterausschuß kam und fand eine — Deputation des Verbandes der Metallindustriellen vor, die angab, die Vermittlerrolle übernehmen zu wollen. Die Arbeiter erklärten, mit den Vertretern des Industriellen-Verbandes nur dann verhandeln zu wollen, wenn auch Vertreter ihrer Gewerkschaftsverbände zu den Verhandlungen zugezogen würden. Darauf kam die Antwort der Generaldirektion: So lange wir atmen, kommt kein Vertreter des Verbandes hierher. Darauf lehnte der Arbeiterausschuß jede Verhandlung mit Vertretern des Unternehmerverbandes ab. Es erklärte sich dann die Direktion selbst zu Unterhandlungen bereit.

Die von der Organisation der Arbeiter formulierten Forderungen lauteten: Aufhebung aller Abzüge bei den Schleifern, Einstellung aller Arbeiter an die alten Plätze. Die Firma erklärte sich bereit, die Lohnabzüge rückgängig zu machen bis auf die für die Verknüpfungen. Letztere sollten außerhalb der Fabrik angefertigt werden. Auch die Einstellung aller Arbeiter innerhalb einiger Tage wurde zugesagt. Dagegen wurde eine schriftliche Festlegung der Vereinbarungen abgelehnt. Eine Versammlung der ausgesperrten beharrte auf einer bestimmten Formulierung der Vereinbarung, genaue Feststellung der Lage, an welchen die einzelnen Abteilungen die Arbeit wieder aufnehmen sollten und Beseitigung eines Referes, den jeder unorganisierte Arbeiter zwecks Bezugs einer Unterstützung durch die Firma während der Aussperrung unterzeichnen sollte. Außerdem noch Auffklärung einiger dunkler Punkte in Vereinbarung. Diese Forderungen sind bei einer zweiten Verhandlung unter einigen unwesentlichen Einschränkungen auch gewährt worden. Unklare Punkte der früheren Vereinbarung wurden genauer festgelegt und auch die Arbeitergruppe bestimmt, die bereits am Donnerstag die Arbeit wieder aufnehmen sollte, während andere, die der Vortarbeit der Schleifer bedürfen, nach ein bis zwei Tagen wieder anfangen sollen. Die Direktion hat zugesichert, daß jeder Arbeiter, auch die streikender Schleifer, wieder an seinen alten Platz kommen sollte. Auf die Frage, was mit den arbeitswilligen Schleifern würde, hat die Direktion erklärt: Die alten Schleifer sollen den Arbeitswilligen erklären: „Lieber Freund, hier ist mein Platz, geh weg.“ Das übrige werde die Firma regeln. Die Referse sollen nur den Arbeitern vorgelegt werden, die als Unorganisierte eine Unterstützung von der Firma direkt fordern.

Diese Zugeständnisse wurden von den ausgesperrten akzeptiert und einstimmig beschlossen, die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurde aber durch einstimmige Annahme einer Resolution erklärt, daß jeder Arbeiter, der eine Unterstützung von der Firma auf Grund des Referes fordere, als Verräter betrachtet werde. Donnerstag früh wird die Arbeit wieder aufgenommen.

Dieser Ausgang der Bewegung bedeutet einen schönen Erfolg der Arbeiter, und sie haben ihn allein ihrer Organisation zu verdanken. Erst als die Millionenfirma die Macht der Organisation gefühlt hat, gab sie nach. Ohne ihre Organisation wären die Arbeiter rasch zu Paaren getrieben worden. Die Generaldirektion hat zwar Unterhandlungen mit den Vertretern der Organisation abgelehnt, sie hat aber nicht hindern können, daß diese Vertreter in Wirklichkeit die Arbeiterforderungen bestimmten und die ganze Bewegung muster-gültig leiteten. Ja, diese Generaldirektion, die erst so wegwerfend über die Organisation der Arbeiter urteilte, hat sich genötigt gesehen, Fühlung mit den verhassten Organisationsleitern zu suchen. Der Generaldirektor Förster erschien zwar nicht selbst im Bureau des Bauvorstehers vom Metallarbeiter-Verband, er schickte aber seine „rechte Hand“, den Beamten Lösch, der um die Erlaubnis nachsuchte, in der Versammlung etwaige Aufklärungen oder Ergänzungen über die gepflogenen Unterhandlungen im Auftrag des Generaldirektors geben zu dürfen. Das wurde gestattet und der Vertreter der Firma bewährte sich auch als vorsichtiger Vermittler. Hat sich sonach auch die Direktion bis zuletzt geweigert, mit den Vertretern der Gewerkschaftsverbände zu unterhandeln, so hat sie doch vor der Macht der Organisation kapituliert, zwar nicht bedingungslos, eine Kapitulation aber ist es. Und diese Organisationen stehen jetzt neu gekräftigt da. Während erst nur 75 Proz. der Arbeiter von Seidel und Raumann organisiert waren, sind es jetzt 90 Proz. Und natürlich wird dieser Erfolg wesentlich dazu beitragen, die gewerkschaftlichen Organisationen zu fördern und zu stärken. Die Macht der Organisation hat sich selten so leuchtend offenbart, wie in diesem so schnell und erfolgreich beendeten Kampfe.

Berlin und Umgegend.

Tarifvertrag in der Marmorindustrie.

Die Marmorarbeiter waren am Dienstagabend im Englischen Garten versammelt, um den Bericht der Lohnkommission über das Resultat der Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Gewerbeamt entgegenzunehmen. Die Sitzungen haben Freitag vergangener Woche und am letzten Montag stattgefunden unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz. Die von den Unternehmern erzielten Zugeständnisse sind in folgendem zusammenzufassen: Der Minimal-Stundenlohn der Steinmehnen beträgt auf der Werkstelle 67½ Pf. und auf Bau 72½ Pf. Schleifer, welche drei Jahre schleißen, erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf. auf der Werkstelle und 55 Pf. auf Bau. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pf. gezahlt, Nacharbeit 50 Proz. und Sonntagsarbeit 100 Proz. Zuschlag. Bei Montage werden außer Fahrgehalt 3 M. pro Tag vergütet. Der Zuschlag für Akkordfäße beträgt 8 bis 10 Proz. Zum Teil ist noch eine neue Klassifizierung der einzelnen Steingattungen zugunsten höherer Löhne zugestanden worden. Die neunstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Der Tarif hat zwei Jahre Gültigkeit, vom 1. September 1905 bis 1. September 1907. — Ueber die Annahme oder Ablehnung der Zugeständnisse entspann sich eine lange Diskussion. Von vielen Rednern wurden die Zugeständnisse als zu geringe bezeichnet und erklärt, man wolle lieber eine Zeittang ohne Tarifvereinbarung arbeiten und eine günstigere Zeit abwarten, um dann erneut Forderungen zu stellen. Diesen trat die Kommission entgegen und mahnte, die Zugeständnisse anzunehmen. Es sei doch immerhin manches erreicht worden und nicht außer acht zu lassen, daß endlich die Grundpreise im Afford für Steinmehnen, die seit 12 Jahren unändert bestanden, eine Erhöhung erfahren haben, zumal etwa 80 Proz. der Arbeiter im Afford arbeiten. Schließlich wurde ein Antrag auf Annahme der Zugeständnisse mit 121 gegen 28 Stimmen angenommen.

Drohende Aussperrung der Kohlenarbeiter.

Die organisierten Kohlenarbeiter sind in eine partielle Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und einen Einheitslohn von 4 M. pro Tag an Stelle der bisher ungleichen Löhne, die den Höchstlohn von 3,75 M. erreichten. Einige Firmen, die eingesehen hatten, daß die Forderung der Arbeiter in Anbetracht der verlangten Arbeitsleistung nur zu berechtigt ist, bewilligten das Verlangte auch ohne weiteres. Auf den Kohlenplätzen der Firmen Josef Fischer und A. Schulze aber mißten die Arbeiter gestern in den Streik treten. Diese Arbeitsniederlegung veranlaßte nun den Arbeitgeberverband der Kohlenhandlungen, Stellung zu den Forderungen der Arbeiter zu nehmen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Streikenden anzudrohen, daß wenn bis zum Sonnabend die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufgenommen würde, dann auf sämtlichen Kohlenplätzen die Arbeiter auszusperren. Gleichzeitig ist den Firmen, die bereits bewilligt hatten, anheimgegeben worden, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe die Bewilligung wieder zurückzuziehen. Bei einer event. Aussperrung würden rund 600 Arbeiter in Betracht kommen, die im Transportarbeiter-Verband organisiert sind.

Die Einführung des neuen Kohlepreistarifs hat sich in der großen Mehrzahl der Betriebe allgemein ohne Schwierigkeiten vollzogen. Nur ein Dutzend kleinerer Firmen, die nur wenig Leute beschäftigen, haben, teilweise aus mißverständlicher Auffassung einiger neuer Bestimmungen, die Anerkennung des Tarifs verweigert. Für die Branche selbst ist diese Weigerung jedoch nur von untergeordneter Bedeutung. Ueber mehrere derartige Betriebe wie J. Schmidt, Charlottenburg; S. Timm, Köpenickerstraße; W. Ehler, Charlottenburg; G. Schäfer, Rothenowstraße; Kunze u. Cie., Schönberg; Hirschfeld, Rixdorf; Pätz u. Cie., Rixdorf, und P. Gräß, Pankow, hat der Metallarbeiter-Verband die Sperre verhängt. Die Bauten, auf denen diese Firmen die Rohrlegerarbeiten ausführen, sind erst dann als freigegeben zu betrachten, wenn dies im „Vortwärts“ bekanntgemacht ist.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Die Differenzen bei der Firma Schäfer, Rothenowstraße, sind erledigt. Demnach sind die folgenden Betriebe frei: Waldensstr. 17, Petersburgerstr. 57a, Liebenowstraße 8 und Effenerstr. 14. Weihensee: Wilhelm- und Wöhlerstraße. Ede. Rixdorf: Weißestr. 92. Ortsverwaltung Berlin.

Die Rutscher und Lagerarbeiter der Firma Alb. Weidorf u. Sohn, Wallstr. 29/27, haben gestern vormittag sämtlich die Arbeit niedergelegt. Sie hatten eine Lohnerhöhung gefordert, weil ihnen bisher nur Wochenlöhne von 24 bis 27 M. gezahlt wurden, während in anderen Betrieben die Wehlfutcher bereits einen Lohn von 30 M. haben. Ganz besonderes Gewicht legen die Streikenden auch auf eine bessere Behandlung. Verhandlungen mit einem Verbandsvertreter lehnte der Firmenchef mit der Motivierung ab, daß er Herr im eigenen Hause sein wolle.

Die Arbeitsniederlegung bei der Firma A. Lugin u. Co. (Puder und Pulverträger der Gips- und Zementindustrie) ist eine allgemeine. Im ganzen stellten 200 Arbeiter die Arbeit ein, von denen sich gestern 161 zur Kontrolle stellten. Bei der Firma arbeiten nur noch acht Mann, die auf vier Bauten verteilt sind.

Deutsches Reich.

Die Tischler in Göttingen haben nach fünf Wochen dauerndem Streik eine sechsprozentige Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit errungen.

Der Streik der Bildhauer und Stukkateure in München wurde nach 16 wöchentlichem Dauer durch Tarifvereinbarungen vor dem

Einigungsamt beendet. Der Vertrag hat seine Gültigkeit bis zum 31. März 1908. Die Vereinbarungen lauten: achtstündige Arbeitszeit für Bildhauer und 8½ stündige Arbeitszeit für Stukkateure, unter Wegfall der Nachmittagsruhezeit; die Verkürzung der Arbeitszeit tritt sofort mit Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft; die Stundenlöhne für Bildhauer wurden auf 81 Pf. festgesetzt, werden am 1. April 1908 und 1. April 1907 um je 2 Pf. erhöht; die Löhne der Bau-Stukkateure wurden auf 76 Pf., die der Werkstatt-Stukkateure auf 66 Pf. festgesetzt und werden am 1. April 1908 und 1907 um je 2 Pf. erhöht.

Ausland.

Streikunruhen in der Schweiz.

Infolge eines in Korschach ausgebrochenen Streiks der Siederei-Arbeiter veranstaltete die Arbeiterkassette eine Kundgebung, an der 2000 Personen teilnahmen. Die Manifestanten demoleierten nach der Meldung des offiziellen Wolffischen Bureaus angeblich durch Steinwürfe die Siederei und ein Gasthaus, in dem sich zugereiste französische Arbeiter (wohl Streikbrecher?) aufhielten. In der Nacht wurde von Stank Gallen eine Landwehrkompagnie nach Korschach beordert.

Die Hafenarbeiter von Helsingfors sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Die Neuangestellten aufgeführt, gegen den Chef intrigiert zu haben, soll der Grund gewesen sein, weshalb die Firma Julius Hermann in der Alhovastraße einen Reisenden, der 13 Monate für sie tätig gewesen war, plötzlich das Betreten ihrer Geschäftsolale untersagte. Laut Vertrag war ihm ein Einkommen von 100 M. pro Monat garantiert worden. Er hatte es aber für die Monate Juni und Juli nicht erhalten, weshalb er die Firma auf Zahlung von 200 M. verklagte. Der Vertreter der Beklagten wandte ein, daß es sich hier nicht um festes Gehalt handele; die Summe sei stets von der Provision in Abzug gebracht worden; auch habe der Kläger in den 13 Monaten 2000 M., also weit mehr als das garantierte Einkommen erhalten. Ein schon fälliger Provisionsanspruch des Klägers bestehe nicht. Die Entlassung des Klägers sei wegen Untreue erfolgt. — Das Gericht fällt ein Teilarbeit. Die Beklagte Firma soll dem Kläger die 100 M. für Juni ohne weiteres zahlen. Ueber den Anspruch auch für Juli soll in einem neuen Termin noch Beweisaufnahme über den Vorwurf der Untreue entschieden werden. — In einer anderen Klage gegen dieselbe Firma, über die ebenfalls am Montag verhandelt wurde, kam es zu einem Vergleich, wonach der betreffende Reisende statt verlangter 1075 M. 140 M. erhalten soll. Doch behielt sich der Vertreter der Firma das Recht des Widerrufs vor.

„Ist es nicht jauchlich, daß Sie den Eid leisten wollen? Ueberlegen Sie sich das doch lieber noch einmal recht gründlich.“ — „Ich weiß gar nicht, was ich machen soll. Es, Herr Rat, gestatten Sie doch, daß ich erst mein Personal frage.“ — Der untröstlich scheinende Inhaber der Firma P. Cornelius in der Bräuderstraße wandte sich an seine im Saale anwesenden Angestellten. Wehmütig lehnte er zurück und sagte: „Mein Personal weiß auch keinen Rat.“ Und der Kläger leistete den Eid, daß er am 7. Juni zu dem Beklagten nicht gefahrt habe. „Ich kündige auf den nächsten ersten“, sondern: „Ich kündige auf den ersten August“. Demgemäß hatte er Anspruch auf die vereinbarte Kündigungsfrist von einem Monat und der Beklagte wurde verurteilt, ihm die verlangten 150 M. zu zahlen. Vorher schon hatte er sich nach langem Zureden bereit gefunden, dem Kläger im Zeugnis zu besätigen, daß er nicht nur als Kontorist sondern auch als Reisender bei ihm tätig gewesen.

Daß ein Konfessionär auch einrichtet, ist für viele Geschäfte eine bekannte Tatsache. Wollte der Kläger das nicht, so hätte er sich von vornherein gegen diese seiner Meinung nach unwürdige Arbeit sichern müssen. So erklärte das Gericht in der Klage eines Konfessionärs, der zu seinem Chef gesagt hatte: „Ich richte nicht ein“. Er habe außerdem, so erklärt der Beklagte, gefaulenzt, was vom Kläger bestritten wurde, und sei dann großen Ungehorsams wegen entlassen worden. — Mit der erwähnten Begründung wies das Gericht seine Klage auf Gehaltsentschädigung ab.

Alles nach Schema F. zu erledigen, hatte nach der Behauptung des Vertreters der Firma „Elektrometallurgie“ in der Gollmannstraße ein Kontorist, der zweimal 14 Tage zur Probe und zuletzt zur Aushilfe bei 2,25 Mark Tagelohn mit täglicher Kündigung angestellt war. Seine Arbeit sei nur Schreibarbeit gewesen. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Kläger selbständig Fakturen ausgestellt und andere kaufmännische Arbeiten verrichtet hatte. Das Gericht verurteilte die Beklagte Firma, dem Kläger das der gesetzlichen Kündigungsfrist entsprechende Gehalt von 107,50 M. zu zahlen. Der Einwand des Beklagten, er habe ihn nur zur Aushilfe eingestellt, sei eben nur eine „Aushilfe“, bemerkte der Vorsitzende. Tägliche Kündigung sei unzulässig.

Ob Gehaltsabhängige für unberechtigtes Kreditgeben gesetzlich zulässig sind, über diese Frage wurde in der Klage einer Verkäuferin gegen die Handlung- und Krawattenfirma Alfred Weidmann nicht entschieden. Gleichwohl verurteilte das Gericht die Beklagte, der Klägerin die von ihrem letzten 60 M. Monatsgehalt abgezogenen 18,25 M. zu zahlen, weil sie von der Frau des Chefs den Auftrag erhalten hatte, die Waren auch ohne Verzählung abzugeben. Uebrigens hätte sich diese Sache leicht ohne Urteil erledigen lassen, wenn der als Zeuge erschienene gute Kunde, der sich Finanzmakler Paul Zahn nannte, sich bereit erklärt hätte, zu zahlen oder die empfangenen Waren zurückzugeben. Aber auf keines von beiden wollte er sich verpflichten.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (Hauptstelle Berlin) hielt am 4. September in den Industriehallen, Wehlfutcher, eine außerordentliche Schöharbeiter-Versammlung ab, die namentlich dem weiteren Ausbau der Organisation dienen sollte. Der Gauleiter Hammacher kennzeichnete in seinem Referat treffend die Juyipung der Massengegenstände, indem er besonders der großen Aussperrungen der letzten Zeit kritisch gedachte und dann auf die Gründung des neuen Schuhmacherverbandes der Schuhmachermeister verwies. Dieser Verband für das Schuhmacher-Kleinergewerbe mache es seinen Mitgliedern gleich den anderen Arbeitervereinigungen der Unternehmern, zur Pflicht, eine gegenseitige Unterstützung bei andauerndem Streik und Boykott zu leisten. Die Schöharbeiter würden also von jetzt ab auch mit einer anderen, schärferen Gestaltung zukünftiger Kämpfe um Verbesserungen oder zur Abwehr von Verschlechterungen zu rechnen haben. Die Gesamtheit der organisierten Schuhmachermeister aus der handwerksmäßigen Schuhproduktion werde ihnen gegenüberstehen. Ein Schuhmacher habe in der „Deutschen Schuhmacherzeitung“ schon angedeutet, wie man Streikende beziehungsweise Leute, welche in den letzten vier Wochen vor Eintritt eines Ausstandes oder vor der Verhängung einer Sperre im fraglichen Gebiete arbeitslos, von allen anderen, nicht direkt betroffenen Betrieben fernhalten könne. Jeder Arbeitgeber des Schuhmachergewerbes solle danach verpflichtet werden, solche Leute nicht einzustellen oder alsbald wieder zu entlassen, und um sie herauszufinden, solle jeder Meister verpflichtet werden, bei Entlassungen stets Arbeitsbescheinigungen auszustellen und bei Engagements keine einzustellen, der nicht die letzte Arbeitsbescheinigung vorweisen könne. — Nun, es sei ja noch nicht so weit, auf jeden Fall müßten aber die Arbeiter der Schöharbeiter sich rüsten, auch im Frieden, um zur rechten Zeit gewappnet dazustehen. Daß vollständig vernachlässigte Vertrauensmännerchystem müße

vor allem neu aufleben. Gerade in einer Branche, wo die Heimarbeit besteht, sei es am allerwichtigsten, sich über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu orientieren und eine gut funktionierende Vertrauensmänner-Körperschaft zu haben. — Redner ging darauf noch näher ein und seine Anregungen fanden auch, wie der Beifall und die Ausführungen der nachfolgenden Redner bewiesen, die volle Billigung der Versammlung. — Dann wurden noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt.

Die Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, in der wieder einmal Vorgänge zur Sprache kamen, die in dem ungeliebten und törichtesten Streit zwischen der Sektion und der Freien Vereinigung der Fliesenleger ihre Ursache hatten. Nach dem, was der Vorsitzende Preiske und die direkt Beteiligten ausführten, haben Mitglieder der Freien Vereinigung, darunter ihr zweiter Vorsitzender, zwei Sektionsmitglieder aus der Arbeit gedrängt, weil sie sich weigerten, jener Organisation beizutreten. Der Beschluß, in dieser Weise gegen die „Sektionisten“ vorzugehen, ist, wie behauptet wurde, einstimmig von den übrigen Fliesenlegern der betreffenden Firma gefaßt worden. Einer der aus der Arbeit Gedrängten ist bereits zehn Jahre Mitglied des Maurerverbandes und ebenso lange politisch organisiert. Sehr ungenoll der Chef dem Verlangen der Vereinigungsmitglieder nachgegeben haben; er soll erklärt haben, wegen der vielen dringenden Aufträge läße er sich genötigt, in den sauren Apfel zu beißen. Er hat dann den beiden bei einer anderen Firma Arbeit nachgewiesen. Selbstverständlich wurde das Vorgehen der Vereinigungsmitglieder auf das Schärfste von der Versammlung verurteilt. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. — Ein Mitglied der Freien Vereinigung, dem ohne weiteres gestattet wurde, als Gast an der Versammlung teilzunehmen, machte keinen Versuch, das Verhalten seiner Organisation zu rechtfertigen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Revolution in Rußland.

Baku, 6. September. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) In Balachany fanden in vergangener Nacht heftige Straßenkämpfe statt; unter den Getöteten befinden sich viele Russen und einige Deutsche. In Balachany und Bibi-Eybad stehen die Häuser in hellen Flammen. Die Reservoirs von Rothschild sind niedergebrannt. Das Zeughaus wird von Tataren besetzt.

Tiflis, 6. September. (B. Z. B.) Der Gouverneur von Elisabethpol berichtet, daß die Einwohner des Dorfes Mintend von herumziehenden Tataren niedergemacht worden wären. Auch andere Dörfer würden von ihnen belagert. Der Gouverneur erbat die Entsendung von Truppen, um die Ruhe wiederherzustellen.

Berlin.

Berlin, 6. September. (B. Z. B.) Ein Telegramm aus Binnul meldet: Reiter Joseph Fiedler, geboren am 25. 8. 82 zu Kalksch, am 26. August d. J. auf Patrouille südlich Kosos gefallen. Reiter Johannes Wehm, geboren am 23. 6. 81 zu Weßswine, am 28. August d. J. bei Omaruru durch Unglücksfall von Zug überfahren worden und sofort gestorben. Reiter Gustav Schulz, geboren am 11. 6. 84 zu Gloggen, am 3. September d. J. im Feldlazarett 12 Lüderichbucht an Herzschwäche nach Typhus gestorben.

Kündigung der organisierten Textilarbeiter.

Reichenbach (Schlesien), 6. September. (B. Z. B.) Die hiesigen Webereibesitzer haben beschlossen, sämtlichen hiesigen organisierten Textilarbeitern zu kündigen.

Verlängerung des österreichisch-schweizerischen Handelsvertrages.

Bern, 6. September. (B. Z. B.) Mittels heute nachmittag erfolgten Notenaustausches zwischen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn wurde die Verlängerung der Wirkungen des 1895 abgeschlossenen Handelsvertrages bis zum 31. Dezember 1905 verbindlich. Hinsichtlich neuer Vertragsverhandlungen ist nichts entschieden; der Schweizer Bundesrat gewärtigt die Vorschläge der österreichisch-ungarischen Regierung.

Ausstand der Gasarbeiter.

Budapest, 6. September. (B. Z. B.) In den hiesigen Gaswerken ist heute morgen plötzlich ein Streik ausgebrochen. Die Arbeiter erklärten um 8 Uhr morgens, vom heutigen Tage ab die Arbeit einzustellen und nicht früher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt seien. Für den heutigen Tag ist vorgesorgt, daß die Beleuchtung der Stadt keine Unterbrechung erfährt.

Budapest, 6. September. (B. Z. B.) Der Ausstand der Gasarbeiter ist beendet, da ihre Forderungen bewilligt worden sind.

Budapest, 6. September. (Meldung des Wiener N. N. Telegraphen-Korr.-Bureaus.) Wie verlautet, herrscht in den Regierungskreisen die Absicht, das Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Das Regierungsgeschäft „Magyar Nemzet“ schreibt: Die Regierung tritt mit der Lösung bedeutender wirtschaftlicher und sozialer Probleme vor die Nation, um diese auf solche Weise für ihre Politik zu gewinnen. Die Regierung wünscht die Verantwortung vor einem neuen, lebenskräftigen, sich nicht in Ungeklärtheiten bewegenden Abgeordnetenhause zu tragen.

Die Stimmung in Japan.

Kagasaki, 6. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Nachricht vom Friedensschluß wurde hier ohne besondere Freude aufgenommen. In den Hauptplätzen der Insel Kin Schin ist die allgemeine Empfindung das Bedauern, daß Japan der Früchte seiner Siege beraubt worden sei. Enttäuschung wird besonders darüber ausgedrückt, daß man keine dauernde Sicherheit gegen russische Angriffe durchgesetzt habe. Der diplomatische Mißerfolg Japans wird dem Umstand zugeschrieben, daß die Verhandlungen verfrüht eingeleitet worden seien.

London, 6. September. (B. Z. B.) Nach einer später bei Plojbs eingegangenen Meldung aus Port Said ist es noch nicht gelungen, das Feuer an Bord des „Chatham“ zu löschen. Der Schiffsverkehr im Kanal ist noch immer eingestillt.

Die Cholera.

Bromberg, 6. September. (B. Z. B.) Bei einem Arbeiter in Pudwilowo und einem Arbeiter in Wochiedowo (Kreis Schubin), die unter choleraähnlichen Erscheinungen erkrankt waren, ist Cholera festgestellt worden.

Hamburg, 6. September. (B. Z. B.) Amlich wird mitgeteilt: Bei einem an Raboisen wohnhaften, kürzlich aus der sittenpolizeilichen Kontrolle entlassenen Frauensimmer, welches wegen Verdachtsfalls in das Eppendorfer Krankenhaus überführt worden war, hat die bakteriologische Untersuchung ergeben, daß es sich um Cholera handelte. Sämtliche Personen, mit welchen die Erkrankte während der letzten Tage in Berührung gekommen war, sind unter ärztliche Kontrolle gestellt, die Wohnung ist desinfiziert und alle Vorkehrungsmassnahmen sind getroffen worden. Die Ermittlungen über den Zusammenhang mit den bereits gemeldeten Erkrankungen sind noch nicht abgeschlossen; weitere verdächtige Erkrankungen sind nicht vorgekommen.

Die Fortsetzung einer unmöglichen Diskussion.

Von R. Kautsky (Schluß)

5. Persönliche Literatentreibungen.

Die ethische Denkweise ist im „Vorwärts“ sehr stark geübt, aber sie beherrscht ihn nicht ausschließlich. Neben dem ethischen finden wir auch das ökonomisch-materialistische Denken in ihm stark vertreten, indes nicht so stark, daß es das erstere überwiege, dem „Vorwärts“ seinen Charakter gäbe.

Nicht minder unerfreulich als dieser Gegensatz innerhalb der Redaktion ist aber der Gegensatz, der seit dem Vorberichten der ethischen Denkweise in unserem Zentralorgan zwischen diesem und einem Teil unserer Parteigenossen erwachsen ist, gerade solchen Parteigenossen, die sich die Verbreitung und Vertiefung des ökonomisch-wissenschaftlichen Denkens in unserer Partei besonders angelegen sein lassen.

Da der Gegensatz der beiden Denkrichtungen kein gelegentlicher, sondern ein ständiger ist, erzeugt er auch immer wieder Fraktionen, so sehr beide Teile dieses Zustandes müde sein mögen und nach Ruhe verlangen.

Der „Vorwärts“ möchte diese Fraktionen mit seinen Kritikern gern als sinn- und zwecklos Werk bloßer Ranzüre und zwar speziell nur der „Leipziger Volkszeitung“ erscheinen lassen.

Aber außerhalb dieses Blattes empfinden zahlreiche Parteigenossen, denen die ökonomisch-materialistische Auffassung und die dieser entsprechende Schulung des Proletariats besonders am Herzen liegt, ganz in der gleichen Weise die Unzulänglichkeit des „Vorwärts“.

Da der „Vorwärts“ auch mir persönliche Kampfstöße vorgeworfen hat, seien hier meine Relationen mit ihm seit einem Jahre kurz zusammengefaßt. Sie geben ein Bild der sachlichen Verzerrung unserer Differenzen.

Die Neuerungen Babels auf dem Amsterdamer Kongreß über die Republik hatten auch mich zu einigen Neuerungen darüber veranlaßt. Darob wurde ich von Kurt Eisner im „Vorwärts“ angegriffen. Ich empfand das als einen vom Baun gedrohenen Streit mit mir, aber selbstverständlich fiel es mir nicht ein, darüber zu klagen.

Zur Verherrlichung der französischen Bourgeoispolitik brachte Eisner im Laufe der Diskussion die unglücklichsten Dinge über die trefflichen Rührer Frankreichs, seine „antikapitalistische“ Steuer-gesetzgebung und dergleichen vor.

Das veranlaßte mich, in der „Neuen Zeit“ das Wesen der französischen Bourgeoisrepublik und ihren arbeiterfeindlichen Charakter in sieben ausführlichen Artikeln zu kennzeichnen. Ich vermied es fast vollständig, dabei nochmals auf die Eisnerschen Anschauungen einzugehen, weil mir der persönliche Streit zuwider war, und beschränkte mich darauf, ein ausgedehntes Tatsachenmaterial vorzuführen.

Aber Eisner begnügte sich nicht damit, die französische Bourgeoisrepublik zu verherrlichen. Er, der allen „persönlichen Literatentreibern“ so abhold ist, griff in seinen Artikeln ohne jede vorhergegangene Provokation unseren verdienten Parteiveteran Jules Guesde auf das Schärfste an. Er behauptete, daß dessen „Taktik in jedem Punkte der deutschen Taktik widerstreift“.

Über Eisner begnügte sich nicht damit, die französische Bourgeoisrepublik zu verherrlichen. Er, der allen „persönlichen Literatentreibern“ so abhold ist, griff in seinen Artikeln ohne jede vorhergegangene Provokation unseren verdienten Parteiveteran Jules Guesde auf das Schärfste an. Er behauptete, daß dessen „Taktik in jedem Punkte der deutschen Taktik widerstreift“.

Wenige Wochen später war die Einigkeit in Frankreich perfekt, perfekt mit demselben und durch denselben Guesde, den Eisner so lebhaft als Hindernis aller Einigung bezeichnete, und ohne daß dieser auch nur ein Wort von jenem Programm zurückgezogen hätte, von dem Eisner so entschieden behauptete, es mache die Einigung in Frankreich unmöglich.

Siehe! noch nie haben die Tatsachen einen unbedingten Angriff, wie den Eisners auf Guesde, so rasch in seiner vollen Richtigkeit enthüllt wie damals. Soviel über diese „Literatentreibung“.

Und nun unsere nächste. Die französische Regierung hatte ihre Offiziere auf ihre politischen Gefinnungen hin beispeln lassen, und das war von den Merkmalen herabgebrocht und an die große Glode gehängt worden. Selbst ein großer Teil der eigenen Anhänger der Regierung fand ihr Epithelium wenig anständig und beschränkte sich auf ihren Heraklomonarchistischen Anlässen das Recht, sich darüber zu entrüsten, da es deren eigene Methoden seien, die da angewendet würden.

„Vorwärts“ dagegen mußte auch hier sich für die bürgerlich-republikanische Regierung einsetzen, rechtferndlich ihr Vorgehen, erklärte es für unbedingt notwendig zur Rettung der Republik. Er schloß aus den Kammerdebatten, die eine Mehrheit für die Regierung brachten, daß die „militärische Reaktion eine entscheidende Niederlage erlitten habe“, der Sturm auf den Kriegsminister abgeschlagen sei und das Ministerium fester stehe als je.

Wir erschien diese Auffassung sehr zweifelhaft. Die Enthüllungen waren so skandalös, daß sie das Ministerium trotz eines Augenblicksieges auch tiefste Erschütterung mühten. Die Auffassung des „Vorwärts“, wenn sie unwiderprochen blieb, erschien mir aber auch gefährlich, weil sie einmal, auch in Deutschland, gegen uns selbst gerichtet werden konnte.

angegriffen, weil diese sich geweigert hatten, eine Konferenz einiger oppositionellen — teilweise liberalen — Organisationen in Paris zu beschicken. Er hielt die Teilnahme an dieser Konferenz für notwendig, um ein Stück „Erziehungswerk an den bürgerlichen Elementen“ zu vollziehen. Endlich im März warf er, allerdings nur indirekt, den russischen Sozialdemokraten vor, daß sie nicht bereit seien, sich mit den Sozialrevolutionären zu vereinen.

Diese ständigen Angriffe konnten kein anderes Ergebnis haben, als unsere russischen Genossen in den Augen des deutschen Proletariats zu distrahieren. Dabei waren sie sachlich völlig ungerechtfertigt. Die Pariser Konferenz, die dem „Vorwärts“ so imponierte, blieb völlig bedeutungslos und zeitigte nicht die geringste Aktion. Nebenbei bemerkt: Heute schwärmen verschiedene der bürgerlichen Teilnehmer an dieser „revolutionären“ Konferenz für eine „starke Regierung“, manche davon organisieren sogar, wie mir mitgeteilt wird, gelbe Gewerkschaften und rufen die Polizei zur Niederschlagung der proletarischen Revolution auf.

Zur Rechtfertigung der russischen Sozialdemokratie hielt ich es damals für notwendig, die deutschen Genossen über die Sachlage aufzuklären, und veröffentlichte meine Artikel darüber in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der „Neuen Zeit“.

Dazu gefüllten sich endlich unsere Differenzen wegen des Massenstreiks. Vom 22. bis 28. Mai hatte der Gewerkschaftskongreß statt und in der Parteipresse eine reiche Diskussion über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft und den Massenstreik entfaltete. Diese Diskussion hatte schon im wesentlichen ihr Ende erreicht, als erst unser Zentralorgan auf dem Plane erschien mit seinem Leitartikel vom 8. Juni, der es sich zur Hauptaufgabe stellte, die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik und die Fernhaltung der Politik von den gewerkschaftlichen Organisationen zu rechtfertigen — im Gegensatz zu der Auffassung der großen Mehrheit der übrigen Parteipresse.

Die Diskussion fand eine Fortsetzung durch die Besprechung dieser Broschüre im „Vorwärts“ und meine Antwort darauf in der „Neuen Zeit“.

Man sieht, um welche „Kleinigkeiten“ sich unsere „persönlichen Literatentreibungen ohne jeden Sinn und Zweck“ drehen: um die französische Einigung, unsere Stellung zur Bourgeoisrepublik, die Mittel, die Republik zu retten, die russische Revolution, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, den Massenstreik — lauter Fragen, die von der ganzen internationalen Sozialdemokratie aufs eifrigste diskutiert werden. Und ich verfuhr dabei nicht persönliche Schreulichen, sondern Anschauungen, die ich mit tochten und ersten Parteitreibern gemeinsam hatte.

Ich sprach hier nur von mir, aber schon diese paar, mir besonders naheliegenden Beispiele zeigen, daß der „Vorwärts“ auch in Kampf geriet mit den Marxisten Frankreichs, Rußlands, wie er denn auch tatsächlich im Gegensatz steht zu allen entscheidenden marxistischen Elementen der internationalen Sozialdemokratie und nicht bloß zu denen von Leipzig.

Je länger dieser Zustand dauert, der sich historisch, unmerklich, gebildet hat, um so mehr häufen sich natürlich die Reibungen zwischen den gegensätzlichen Elementen, um so größer wird ihre gegenseitige Irritation, die dann nur zu leicht bei geeigneten und mitunter auch ungeeigneten Anlässen explodiert und sich in mehr oder weniger heftigen Tönen Luft macht, die sicher für den Zuhörer, sehr oft auch für den Beteiligten höchst unerquicklich sind.

Kein Zweifel, das sind Zustände, die, wenn sie fortauern, die Partei schädigen müssen. Sie werden aber nicht dadurch beseitigt, daß die Parteigenossen nun ihrerseits in moralische Entrüstung verfallen, nach dem Karnickel suchen, das angefangen hat, und es gehörig abzulanzeln. Möge diese Entrüstung die eine oder die andere Seite treffen, sie wäre in jedem Falle verfehlt und würde die Zustände nicht ändern.

Wir haben gesehen, daß die Wurzel der Unzulänglichkeit des „Vorwärts“ in dem Überwiegen des ethisch-ästhetischen Gefühlsozialismus innerhalb seiner Redaktion zu suchen ist. Diese erzeugt Gegensätze in seinem Innern und damit Mangel an Einheitslichkeit. Wir haben aber auch gesehen, daß das Überwiegen der ethischen Elemente ihn nicht nur daran hindert, seinen Aufgaben der sozialistischen Aufklärung und der geistigen Fortentwicklung der Partei gerecht zu werden, sondern auch die Grundursache seines Gegensatzes zu einer Reihe der wichtigsten Elemente der internationalen Sozialdemokratie geworden ist.

Wollte man ihn zur vollen Höhe seiner Aufgabe erheben, ihn zu einem allseitig besuchenden, auf allen Gebieten führenden Organ gehalten, dann müßte man trachten, in seiner Redaktion volle Einheitslichkeit herzustellen.

Aber viel wäre schon gewonnen, wenn es gelänge, das ökonomisch-wissenschaftliche Element in dieser Redaktion so zu stärken, daß es imstande ist, den inneren Parteifraktionen und der sozialistisch-ökonomischen Aufklärung zu dem ihnen gebührenden Rechte zu verhelfen.

Wenn die ethische Methode im „Vorwärts“ nicht mehr dominierte, würde die Grundursache des dauernden sachlichen Gegensatzes verschwinden, der zwischen ihm und einer Reihe der eifrigsten und wichtigsten Parteigruppen besteht, damit aber auch die Irritation zwischen ihnen, die so peinlich geworden ist. Gelegentliche sachliche Differenzen würde es auch dann noch geben, müßte es geben — die inneren Parteifraktionen werden nicht aussterben. Aber die gegenseitige Reizbarkeit, das gegenseitige Mißtrauen wird aufhören und damit der schlechte Ton, der nicht die Ursache, sondern die Folge der ständigen Reibereien ist.

Weiter zu gehen und bestimmte Vorschläge zu machen, steht mir nicht zu. Ich glaube meine Pflicht erfüllt zu haben, wenn ich den Parteigenossen darlegte, wo nach meinem Ermessen die Gründe der ewigen Kämpfe mit dem „Vorwärts“ und um den „Vorwärts“ zu suchen sind. Das Recht zu diesen Ausführungen glaube ich schon daraus abzuleiten, daß ich selbst in diese Kämpfe verwickelt bin und von ihnen den Parteigenossen Rechenschaft zu geben habe. Ich halte es aber auch für meine Pflicht, darüber zu reden als Parteigenosse, der, wie jeder andere Parteigenosse, das lebhafteste Interesse daran hat, daß unser Zentralorgan den großen Aufgaben, die ihm seine Stellung auferlegt, auch gerecht zu werden vermöge. In dieser meiner Pflichterfüllung lasse ich mich auch dadurch nicht beirren, daß das Zentralorgan selbst mich darob auf das „niedrige Niveau persönlicher Reibereien“ verweist.

Weltanschauung und Taktik des Proletariats.

In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins für den sechsten Kreis stand das vorstehend genannte Thema auf der Tagesordnung. Referent war Dr. Friedeberg, Korreferent Reichsstadthalter Ledebour. Die Versammlung tagte im Germaniaaal in der Chausseestraße. Der Saal war von einer dichtgedrängten Menge vollständig gefüllt. Viele fanden keinen Einlaß mehr.

Als der Vorsitzende Freythal nach Eröffnung der Versammlung die Tagesordnung bekannt gab und hinzufügte: „Referent ist Dr. Friedeberg“, wurde aus der Versammlung gerufen: „Genosse Friedeberg“.

Der Referent Dr. Friedeberg erhielt das Wort. Er begann mit der Anrede: „Genossen!“ (Aufe: „Rein, Sie sind kein Genosse!“) — Der Vorsitzende Freythal erfuhr um Ruhe. — Friedeberg (mit starker Betonung): „Parteigenossen!“ (Lebhafte Bravo-Aufe.) Gestatten Sie mir zunächst einige persönliche Bemerkungen. Ich bin zum Referat aufgefordert worden, ohne daß mir von der Bestellung eines Korreferenten Kenntnis gegeben wurde. Erst aus dem Versammlungsinerat habe ich erfahren, daß ein Korreferent aufgestellt ist. Ich hätte wohl erwarten dürfen, daß mir Mitteilung davon gemacht worden wäre. Ueber eine Zufahrt, die mir heute zuzuging, die mir Mitteilung macht über den Verlauf, den die heutige Versammlung nehmen soll, will ich vorläufig nichts sagen. Protestieren muß ich aber dagegen, daß ich in zwei Anzeigen dieser Versammlung als „Dr. Friedeberg“ ohne die übliche Bezeichnung „Genosse“ genannt bin. In der heutigen Anzeige heißt es: „Referent Dr. Friedeberg, Korreferent: Genosse Ledebour“. Das kann mir geschehen sein, um Stimmung gegen mich zu machen. Ich protestiere dagegen, daß mir die Bezeichnung „Genosse“ verweigert wird, ohne daß irgend eine Partei-Instanz mich als ausgeschlossenen erklärt hat. Der dritte Wahlkreis, in dem ich organisiert bin, hat entschieden, daß gegen mich kein Anlaß zum Ausschluß vorliegt. So lange der Kreis, dem ich angehöre, mir die Zugehörigkeit zur Partei nicht abgesprochen hat, haben Sie mich als Genossen zu achten. (Lebhafte Beifall und vereinzelter Widerspruch.)

Hierauf ging der Referent zur Erörterung seines Themas über. Sein Gedankengang war etwa folgender: Der Befreiungskampf des Proletariats steht jetzt einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, die früher nicht vorhanden waren. Es muß deshalb untersucht werden, ob die Waffen, mit denen wir bisher kämpften, noch genügen, um unser Endziel zu erreichen, und ob wir uns nicht nach neuen Waffen umsehen müssen.

Die Theorie unserer Partei baut sich auf den Säulen des Marxismus, der in der materialistischen Geschichtsauffassung gipfelt. Der entscheidende Satz derselben ist der:

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“

Dieser Satz enthält eine große Wahrheit, aber ganz richtig war er nie. Er wird um so unrichtiger, je weiter die Entwicklung fortschreitet. Neben den wirtschaftlichen Faktoren sind es vor allem psychologische Momente, welche für die Handlungen der Menschen bestimmend sind. Natur und wirtschaftliche Verhältnisse treten in Beziehung zum Innenleben des Menschen und dieses hat die Tendenz, sich immer mehr frei zu machen von den äußeren Verhältnissen. — Notwendiger wie die Umwandlung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist heute die psychologische Einwirkung auf die Menschen, weil wir dadurch schneller vorwärts kommen. In der ersten Zeit des Klassenkampfes waren die psychologischen Tendenzen am stärksten vertreten. Wir wandten uns gegen alles, was die Herrschaft des Kapitalismus stützt. Wegen die Gerechtigkeit, die dem Schatz des Eigentums dient, gegen die Ungleichheit, welche die Ausbeutung der Massen durch die Überlegenheit einzelner ermöglicht, gegen Religion und Nationalität, welche gleichfalls den Interessen der herrschenden Klasse dienen. In den ersten Jahrzehnten des proletarischen Klassenkampfes war dieser ein rein psychologischer, die ganze Persönlichkeit kam in diesem Kampfe zur Geltung und wir haben dadurch große Erfolge erreicht. Die Sozialdemokratie, die Hauptträgerin des Klassenkampfes hat die psychologischen Momente verloren. (Widerspruch.) Denken Sie über meine Ansichten, wie Sie wollen, aber seien Sie versichert, daß ich sie aufspreche zum Nutzen des Proletariats. (Bravo.)

Die Sozialdemokratie ist im Laufe der Zeit abgewichen von den Ideen des Sozialismus. Die dogmatische Auffassung des Marxismus, daß wir Macht und Einfluß bekommen müssen, hat uns veranlaßt, den ursprünglichen Kampfmoden zu verfallen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie ist der Anarchismus der Träger der sozialistischen Idee geworden. Die Furcht, die man in der Arbeiterbewegung vor dem Wort „Anarchismus“ hat, muß schwinden. Sozialdemokratie und Anarchismus stehen beide auf dem Boden des Klassenkampfes, sie beide sind bestimmt, das Proletariat zu befreien. Der Anarchismus ist unser Endziel, die Sozialdemokratie ist der Weg zu demselben. Der Anarchismus kann erst kommen, wenn die Ideen der Sozialdemokratie durchgeföhrt sind. — Die psychologische Umwandlung des Menschen ist der härteste Faktor im Klassenkampf.

Marx sagt, der Befreiungskampf des Proletariats muß notwendig ein politischer sein. — Damit hat sich Marx selbst widersprochen, denn wenn es wahr ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Struktur der Gesellschaft bestimmen, dann muß der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete doch der wirksamste sein. — Meine Meinung ist die: Neben der psychologischen Entwicklung muß unser Kampf ein wirtschaftlicher sein. Man kann nicht auf politischem Gebiet den wirtschaftlichen Kampf führen.

Im Anfange der proletarischen Bewegung, als wir, eine von allen Kampfsmitteln entblöhte Klasse, nicht die Wahl der Kampfsmittel hatten, war uns der Parlamentarismus ein willkommener Kampfsmittel. Aber durch die parlamentarische Betätigung haben wir ja an den Gelegenheiten mitgearbeitet, welche dem Schutze der heutigen Gesellschaft dienen. Wir haben dadurch die heutige Gesellschaft in ihrer Macht stützen helfen. (Widerspruch.) Sie werden sagen, wenn wir die Macht haben, dann zerbrechen wir diese Gesetze. Dem ist nicht so. Wenn wir den Menschen an die Gesetze des Klassenkampfes binden, dann nehmen wir ihm die Möglichkeit sich zu befreien. — Diejenigen, welche den Klassenkampf hinübergespielt haben auf den Boden des Parlamentarismus, haben dem Klassenkampf schweren Schaden zugefügt. Unter dem Sozialistengesetz waren wir auf dem Boden der Ungefehltheit gedrängt. Das war unser natürliches Kampffeld und wir haben da die größten Erfolge erreicht.

Unser Kampf gegen Religion, Nationalität und Militarismus hat durch die parlamentarische Betätigung Schaden gelitten. Die Kirche ist eine feste Stütze der Klassenherrschaft. Woher soll aber der Antrieb zum Kampf gegen die Kirche kommen, wenn in unserem Programm der Satz steht: „Religion ist Privatfache“. — Auch auf anderen Gebieten weicht die Sozialdemokratie von den Ideen des Sozialismus ab. Was ist aus der internationalen revolutionären Sozialdemokratie geworden. Das Revolutionäre hat man schon lange lassen, man ist auch daran, das Internationale fallen zu lassen. Natürlich, wenn man teilnimmt an der Selbgebung eines Landes, dann hat man auch ein gewisses Verantwortungsgesühl. So hat sich mit der Beteiligung am Parlamentarismus auch unsere Auffassung über Nationalität oder Internationalität geändert. Man nimmt den Kolonialforderungen gegenüber nicht mehr die absolut ablehnende Haltung ein. Das hat sich bei der ersten Forderung der Hererkredite gezeigt. — Einer unserer hervorragenden Vertreter ist für Aenderung der Uniformen eingetreten; er hat also am Militärwesen positiv mitgearbeitet, anstatt eine strikt ablehnende Haltung einzunehmen. Derselbe hervorragende Vertreter hat auch gesagt, wenn die Gefahr besteht, daß uns auch nur ein Feind deutschen Landes entrisen werde, würde er selbst die Flinte auf seinen alten Rücken nehmen, um gegen den Feind zu marschieren. Ein anderer hervorragender Vertreter der Sozialdemokratie hat zu einem Internationaler des französischen Blattes „Matin“ gesagt: Wir sind patriotische Sozialdemokraten, und wenn der Krieg erklärt wird, weigert sich niemand von uns, an die Grenze zu marschieren. (Ledebour: Wer war denn das? Fr.: Ledebour: Singer.) Derselbe Interviewer hat an Frau Ledebour (Aufe: Frau Ledebour!) die Frage gerichtet, was die deutschen Sozialdemokraten tun würden, wenn der West von Elsaß-Lothringen Deutschland

stellig gemacht würde, und er hat die Antwort erhalten: „Ihre Pflicht würden sie tun; denn sie sind Deutsche.“

Alle Gewerkschaften, welche ein siegreiches Ziel in unserem Lande verfolgen könnten, werden von der Bourgeoisie am Proletariat fortgesetzt verübt. (Lebhafte Beifall.) Wir haben keine Veranlassung, gegen den auswärtigen Feind zu ziehen. Dieser lassen wir uns im Lande von den Kruppischen Kanonen niederdrücken, die ja auch im Auslande gegen uns gerichtet werden. (Starker Beifall.) Unser Klassenkampf beruht darauf, daß wir der Regierung jede Heeresfolge verweigern, solange sie nicht gleiches Recht für alle Staatsbürger gewährt.

Der Parlamentarismus war einst notwendig für uns. Heute, wo wir viele andere Mittel haben, um dem Proletariat zum Siege zu verhelfen, brauchen wir ihn nicht mehr. Er hat uns dahin geführt, daß die Erziehung und die psychologische Einwirkung auf die Massen hintangeführt wird. Bei der Wahltagation kommt es uns nur noch auf die Gewinnung der Stimmen an, aber nicht auf die Gewinnung von Klassenkämpfern. — Man sagt, die Kleinarbeit sei an den Parlamentarismus gebunden. Das ist nicht so. Die Kleinarbeit hat anfangs bei der eigenen Person, in der eigenen Familie mit der Erziehung zum Sozialismus. (Beifall.) In dieser Beziehung aber läßt die Kleinarbeit in der Sozialdemokratie viel zu wünschen übrig. — Auch in der Werkstatt hat die Kleinarbeit eingezogen. Diese Kleinarbeit ist unabhängig vom Parlamentarismus. Durch den Parlamentarismus haben wir die besten Kräfte der Arbeit an uns selbst, der Arbeit an der Vertiefung des Klassenkampfes entzogen. Diese Arbeit ist heute wichtiger als je.

Aber wir brauchen auch den wirtschaftlichen Kampf. Deshalb trete ich für den Anarcho-Sozialismus ein. Ich will nicht, wie die Anarchisten, nur die psychologische Einwirkung, sondern auch den wirtschaftlichen Kampf, und dazu bedürfen wir der Organisationen und der langjährigen Schulung jedes einzelnen.

Der hohe Stand der Gewerkschaftsbewegung ist dem Klassengefühl zu danken, womit die Sozialdemokratie früher durchdrängt war. Wenn die Gewerkschaften den Klassenkampf verlernen, so sagen sie den Ast ab, auf dem sie sitzen. Nur in einer Hinsicht ist das Proletariat der heutigen Gesellschaft unentbehrlich: In der Produktion, in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Wenn sich die Gewerkschaften neutral erklären und vom Klassenkampf nichts wissen wollen, so nehmen sie dem Proletariat die beste Waffe. Es ist die Gefahr vorhanden, daß unsere Gewerkschaften, wie es in England schon der Fall ist, aus einem Förderungsmittel des Klassenkampfes ein Hemmnis desselben werden. — Was an Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter erreicht ist, das ist vielleicht weniger den Gewerkschaften als dem wirtschaftlichen Aufschwung zu danken. Wir sind mit dem Kapitalismus aufgewachsen; aber in dem Verhältnis der Klassen zueinander hat sich nichts geändert. Die Ungleichheit in der Entwicklungsmöglichkeit der Menschen ist dieselbe geblieben.

Beil wir den Klassenkampf in die Breite, aber nicht in die Tiefe getrieben, haben wir die Machtmittel der Herrschenden gefährdet, aber nicht erschüttert. Der Klassenkampf kann nur geführt werden unter Einwirkung der ganzen Persönlichkeit. Die Klasse wird siegen, die am stärksten für ihre Interessen eintritt. Für seine idealen Güter tritt das Proletariat nicht mit der Energie ein, wie die angeblich altersschwache Bourgeoisie für die ihren. Angehörige der Bourgeoisie geben ihr Leben hin für Ehrbegriffe, die abseits liegen von wirtschaftlichen Interessen. Das tun die Proletarier nicht. Wäre es anders, dann könnte es nicht vorkommen, daß ein Soldat Verhandlungen erduldet und seine feine Lebensweise ein Ende macht, anstatt den niederknien, der ihn gepeinigt hat. (Beifall.) — Den Kruppischen Arbeitern wurde seinerzeit von Parteimitgliedern geraten, die Kaiseradresse zu unterschreiben, um wirtschaftlichen Nachteilen zu entgehen. Ist das Parteieleben, Erziehung zur Mannhaftigkeit? In der Hinsicht haben wir von der Bourgeoisie noch viel zu lernen. Haben wir nicht erlebt, daß sich Proletarier ihr Wahlrecht nehmen ließen, ohne etwas dagegen zu tun? Will man nicht den Waiseergeraden aufgeben um materieller Dinge wegen? Das ist keine Erziehung zum Klassenkampf!

Der Kampf, den wir noch zu bestehen haben, ist ein fürchterlicher. Das Proletariat hat sich mit aller Macht darauf zu rüsten. Es ist jetzt Aufgabe des Proletariats, die Idee des Generalstreiks mit aller Kraft zu propagieren. Der Generalstreik ist nicht identisch mit dem politischen Massenstreik. Unter Generalstreik ist zu verstehen der Streik der arbeitenden proletarischen Klasse — nicht als Berufsangehörige, sondern als Klasse — mit dem ausgesprochenen Zweck, einen derartigen Einfluß auf die Organisation des Eigentums, die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit zu bekommen, daß die kapitalistische Ausbeutung, die Bevormundung irgend eines Einzelnen unmöglich ist. Welche Eingriffe im gegebenen Moment dazu möglich sind, hängt von den Umständen des betreffenden sozialen Systems ab. — Durch einen solchen Streik wird nicht der Zukunftspunkt erreicht, wohl aber die Bedingungen, unter denen er herbeigeführt werden kann. — Der politische Massenstreik bringt alle Gefahren und alle Nachteile des Generalstreiks, er hat aber nicht den Erfolg desselben und kann auch nur unter besonderen Verhältnissen stattfinden.

Aufgabe des Proletariats ist es, Männer zu erziehen, die bereit sind, ihr ganzes Leben ihrer Idee zu weihen. Unsere ganze Taktik muß nach links gedrängt werden, nicht nach rechts. Alles, was dazu getan wird, kommt gelegen, um Klassenkämpfer zu erziehen und den Klassenkampf zu fördern. (Sehr starker Beifall.)

Lebedour, der nunmehr als Korreferent das Wort erhielt, machte ungefähr folgende Ausführungen: Was ich auch gegen Friedeberts Anschauungen zu sagen habe, ich erkenne an, daß er den guten Willen hat, den proletarischen Emanzipationskampf zu fördern, daß ihn ideale Motive leiten, und ich traue ihm auch zu, daß er bereit ist, seine ganze Persönlichkeit für seine Ideen einzusetzen, wie ich es für selbstverständlich halte, daß auch jeder von uns das Gleiche für seine Anschauung tun wird. (Sehr gut.) Zu bekämpfen habe ich, daß Friedeberg aus Unmut über gewisse Erscheinungen in unserer Bewegung, die vielen von uns unangenehm sind, die ganze sozialdemokratische Bewegung über den Haufen wirft, um eine andere, den Anarcho-Sozialismus an deren Stelle zu setzen. Darauf liegen Friedeberts ganze Ausführungen hinaus.

In dem entscheidenden Punkt hat Friedeberg den Gedanken der materialistischen Geschichtsauffassung nicht verstanden. Er hat die materialistische Geschichtsauffassung in Gegenwart gebracht und ergänzt durch die Berücksichtigung psychologischer Momente, die für jeden Menschen in seinem Handeln mitbestimmend sind außer den wirtschaftlichen Verhältnissen. — Marx hat aber niemals die psychologischen Momente verkannt oder ihr Vorhandensein geleugnet. Marx hat ausgesprochen, daß der Klassenkampf geführt werden muß als eine feilsche Aktion des einzelnen. — Das Mißverständnis, welches Friedeberg unterlaufen, finden wir bei allen Marx-Kritikern aus bürgerlichen und auch aus unseren Reihen, so bei Bernstein. — Niemals hat Marx gesagt, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind allein bestimmend. Marx selbst hat ja seine ganze Persönlichkeit eingesetzt, um als Mensch das durchzuführen, was er als Forscher erkannt hat. — Wenn Friedeberg sagt, die Lehre von Marx führt Euch irre (Friedeberg: Das habe ich nicht gesagt.) Aber bitte, wenn Friedeberg nicht der Meinung ist, daß uns die Lehre von Marx irreführt hat, wozu dann das ganze Gerede. — Man braucht nur zu sagen: Veräugle Dich so wie Karl Marx; er hat durch seine ganze Lebensführung die Nichtigkeit seiner Lehre bewiesen.

Als ein psychologisches Moment im Klassenkampf führte Friedeberg an, die Herrschenden machen sich den Glauben und Aberglauben der Masse heute noch in demselben Maße zunutze wie in früheren Zeiten. Das trifft nicht zu. Glaube und Aberglaube ist in der Kulturmenscheit mehr und mehr geschwunden. Aus Glauben und Aberglauben zieht der Kapitalismus weniger Nutzen als die Herrschenden früherer Zeiten, aber er nutzt die Organisation der Gläubigen, die Kirche, in seinem Interesse aus. Dagegen sind wir von jeder aufgetreten. Unser Programm ist: Religion ist Privatsache, bedeutet: Was der einzelne glaubt, geht die Partei nichts an. Aber wir bekämpfen den Einfluß, den die Kirche im öffentlichen Leben ausübt und verlangen deshalb Trennung der Kirche vom Staat. — Wer an die Lehren der Kirche

nicht glaubt, der soll aus der Kirche austreten. Aber die Aufklärungsarbeit in dieser Hinsicht gehört nicht zu den Aufgaben der Partei; sie ist Sache jedes einzelnen. Sollten wir die Bekämpfung der Kirche von Partei wegen betreiben, dann würden wir genau wie das Zentrum politische und kirchliche Angelegenheiten miteinander verquiden; wir wären dann wie das Zentrum eine konfessionelle oder richtiger eine antikonfessionelle Partei, und die politische Wirksamkeit der Partei würde dadurch beeinträchtigt werden.

Friedeberg hält es für einen Widerspruch, daß Marx, der den wirtschaftlichen Verhältnissen den größten Einfluß auf die gesellschaftliche Struktur zuschreibt, sagt, der proletarische Befreiungskampf müsse notwendig ein politischer sein. — Diese Auffassung Friedeberts ist die unserer Revisionisten. — Marx meint, wenn auch im kapitalistischen Betriebe Kräfte tätig sind, die den Betrieb sozialisieren, so bleibt trotzdem, so lange das kapitalistische Regime besteht, die Ausbeutung der Arbeiter bestehen auf Grund des juristischen und politischen Ueberbaues der heutigen Gesellschaft. Diesen Ueberbau zu beseitigen, den bereits der Form nach sozialisierten Betrieb rechtlich zum Gemeineigentum zu machen, das ist die Aufgabe der politischen Bewegung. In diesem Sinne ist der proletarische Befreiungskampf ein politischer. Um ihn mit Erfolg zu führen, brauchen wir politische Macht. — Wir treten in das Parlament ein, nicht, um den Kapitalismus zu stützen, sondern um zu arbeiten an der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft. Alle unsere Arbeit in den Parlamenten dient diesem Ziel; nicht zum wenigsten die Aufklärung, die wir durch parlamentarische Betätigung sowie bei den Wahlen betreiben. — Ob wir noch im Reichstage sitzen werden, wenn wir erst die Mehrheit des Volkes hinter uns haben, das ist ja die Frage. Wenn einmal der Versuch gemacht wird, uns von der Beteiligung am Parlament auszuschließen, dann haben wir allerdings nach Mitteln zu suchen, um den Kapitalismus auf andere Weise zu bekämpfen. So lange wir aber noch die Möglichkeit haben, in den Reichstag hineinzukommen, müssen wir dort den Kampf führen.

Friedeberg will den politischen Kampf ersetzen durch den Generalstreik. (Friedeberg: Durch psychologische Beeinflussung!) Wenn Sie die ausüben wollen, dann müssen Sie dahin gehen, wo das möglich ist. Die parlamentarische Tätigkeit bietet doch die Möglichkeit, die Menschen psychologisch zu beeinflussen. Wenn erst die Mehrheit der Menschen in unserem Sinne psychologisch beeinflusst ist, dann brauchen wir auch den Generalstreik nicht mehr, um unsere Ziele zu erreichen. (Großer Beifall.)

Wenn auch hier und da Mißgriffe mit dem Parlamentarismus gemacht worden sind, so dürfen wir doch nicht deswegen die ganze Sache verwerfen. Die Beschränkung der Rede- und Pressefreiheit wird von unseren Gegnern auch damit begründet, daß diese Freiheit mißbraucht werden könnte.

Wenn Friedeberg meint, unsere Internationalität sei zurückgetreten, wir seien mehr national geworden, so verwechselt er Internationalität mit Regierung der Nationalität. Wir haben bei aller internationalen Gesinnung die Nationalität niemals verneint. Eine solche Verneinung würde zur Folge haben, daß man jede Unterdrückung einer Nationalität begünstigt und die ärgsten Stützen der Klassenherrschaft stützt. — Die Sozialdemokratie ist nicht der Feind der Nationalität. Man darf aber Nationalität nicht mit Chauvinismus verwechseln, wie Friedeberg tut. — Was die angeblichen Äußerungen Singers gegenüber einem Interviewer des „Matin“ betrifft, so hätte Friedeberg, als das im „Matin“ stand, den Genossen Singer, mit dem er damals in der Stadtverordneten-Versammlung saß, fragen sollen, ob er das wirklich gesagt hat, falls Friedeberg es für möglich hielt, daß sich Singer so geäußert haben könnte. Ich habe an die Nichtigkeit dieser Äußerung nie geglaubt und habe den Genossen Singer damals gefragt, wie es komme, daß ihn der Interviewer solchen Unsinn in den Mund legt. Singer bemerkte darauf, er habe dem Manne überhaupt nichts gesagt. — Ob Frau Liebschütz die betreffende Äußerung gemacht hat, weiß man nicht. Vermutlich ist es ihr ebenso gegangen wie dem Genossen Singer. Wie dem aber auch sein mag, das ändert doch nichts an der Haltung der deutschen Sozialdemokratie. — Wenn unser Verhalten hinsichtlich der Herenkredite falsch gewesen sein sollte, so wäre das höchstens eine Entgleisung, die nicht gegen den Parlamentarismus an sich spricht. Mag man aber unsere damalige Haltung denken, wie man will; eine Anerkennung der Kolonialpolitik war sie nicht. Uns leitete nur der humanitäre Gesichtspunkt, daß Deutsche, darunter Frauen und Kinder in Gefahr waren, daß die Regierung, die dafür verantwortlich war, die Gefahr beseitigen und also auch die Mittel dazu erhalten mußte. Der humanitäre Grundgedanke war richtig, ob auch die Form, in der er zum Ausdruck kam, darüber läßt sich streiten. Die Kolonialpolitik haben wir stets bekämpft. — Als Webel sagte, er würde, wenn das deutsche Volk angegriffen wird, selber zur Verteidigung am Kampfe teilnehmen, so lag damals die Möglichkeit eines Angriffes durch Ausland in Verbindung mit Frankreich vor. Wo die Möglichkeit der Unterjochung des deutschen Volkes durch den Zarismus. Wenn wie Friedeberts Rezept befolgen, im Klassenkampf unter keinen Umständen gegen auswärtige Feinde zu kämpfen, so müßten wir der Unterjochung des deutschen Volkes durch die Schergen des Zarismus mit verschränktem Arme zusehen. (Friedeberg: Die Bourgeoisie hat dabei mehr zu verlieren wie wir!) — Wir haben auch zu verlieren. Die ganze kulturelle Entwicklung geht zurück, wenn uns der Zarismus unterjochen würde. In solchem Falle können wir dem ausbrechenden Kampfe nicht untätig zusehen. (Friedeberg: Nur als Pressionsmittel gegen die Bourgeoisie.) Diese Einschätzung haben Sie vorhin nicht gemacht. Uebrigens droht man nicht mit einem Mittel, welches man nicht anwenden will. Soll also die Verweigerung des Kampfes nur eine Drohung sein, dann würden Sie also unter den von mir bezeichneten Umständen am Kampfe teilnehmen. — Das psychologische Moment ist es, was die Nationen veranlaßt, sich gegen die Unterdrückung durch fremde Despoten zu wehren. In Ausland wird der gegenwärtige Kampf da am leidenschaftlichsten geführt, wo zu der ökonomischen und politischen noch die nationale Unterdrückung hinzukommt. — Unter keinen Umständen darf das deutsche Proletariat einem Angriffe des Zarismus auf uns mit verschränktem Arme gegenübersehen. Die leere Drohung einer Kampferweigerung vertritt sich nicht mit dem höchsten Gut, den Friedeberg propagiert.

Nun zur Gewerkschaftsfrage. Wir sind, wie ich annehmen kann, alle darin einig, daß die Gewerkschaftsbewegung durchdringt sein muß von revolutionärem sozialistischem Geist. Darin stimmen wir Friedeberg zu. Auch die Zentralisierung der Gewerkschaften liegt nicht im Interesse des Proletariats. Ich habe sie seit Jahren bekämpft. Es ist aber nicht so, wie Friedeberg sagt, daß sich die Gewerkschaften mit der Zentralisierung zugleich gegen den Klassenkampf erklärt haben. (Aufe: Doch, Kempfers.) Friedeberg: Telegramm der Buchdrucker an Posadowsky.) Wir sind Äußerungen von Gewerkschaftlern, die sich gegen den Klassenkampf richten, nicht bekannt geworden. Sollten aber solche vorgekommen sein, dann handelt es sich um Entgleisungen einzelner, für die man die gesamten zentralisierten Gewerkschaften nicht verantwortlich machen kann.

Die persönliche Aufklärung, für die Friedeberg eintritt, halte ich für eine selbstverständliche Pflicht jedes Parteigenossen. Wenn wir alle unsere Tätigkeit durch die Propaganda für den Generalstreik ersetzen, dann würden wir den Einfluß auf weite Schichten des Volkes verlieren. Das ist auch ein von Friedeberg nicht beachtetes psychologisches Moment, daß das Volk sich politisch betätigen will. Würden wir das Bedürfnis des Volkes nach politischer Betätigung nicht befriedigen, dann würden sich sehr viele von uns abwenden und sich den Parteien anschließen, die diesem Bedürfnis Rechnung tragen.

Der politische Massenstreik ist ein Mittel, welches die Sozialdemokratie anwenden kann. Alle großen Streiks in Rußland und Polen sind politische Massenstreiks. Der politische Massenstreik unterscheidet sich von dem Friedebertschen Generalstreik, dem anarchischen Kampfmittel. Wir müssen die Bedingungen und Voraussetzungen des politischen Massenstreiks studieren und ihn da anwenden, wo er durch die Umstände geboten ist. Wenn Friedeberg sich auf die Propagierung

dieses Ergänzungsmittels des Klassenkampfes beschränkt hätte, dann würde er alle die als Bundesgenossen an seiner Seite haben, die eine Vertiefung des Klassenkampfes wollen. Er will aber eine anarcho-sozialistische Richtung propagieren, das heißt, die Sozialdemokratie in das anarchische Fahrwasser leiten. Dadurch erreicht Friedeberg nur, daß wir ihn bekämpfen müssen, wie wir die Revisionisten bekämpfen. (Friedeberg: Anschlag nach links.) Der Anarchismus steht nicht links, sondern rechts von uns, wie die Revisionisten und die bürgerlichen Parteien. — Ich glaube, daß im nächsten Wahlkreise kein Parteigenosse ist, der die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie über Bord werfen will. Wir werden den Klassenkampf betreiben mit allen Mitteln, die uns zum Ziele führen, aber nicht dadurch, daß wir in ein anarcho-sozialistisches Fahrwasser gleiten. (Beifall.)

Der Vorsitzende Freythal er machte nun, da es schon nach 12 Uhr war, den Vorschlag, die Versammlung zu vertagen und die Diskussion in der nächsten Versammlung am kommenden Dienstag zu beginnen. Dann bemerkte er zu den persönlichen Ausführungen Friedeberts: Vor länger als einem Jahr hat eine Generalversammlung des Wahlvereins beschlossen, ein Referat Friedeberts über den Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen und dazu einen Korreferenten zu bestellen. Das habe ich Friedeberg schon gesagt, als ich auf dem Bremer Parteitage zum erstenmal wegen des Referats mit ihm sprach. Das Halten des Vortrages hat sich wegen Friedeberts Erkrankung bis jetzt hinausgeschoben. Inzwischen hatte ich mehrmals mit ihm über denselben Gegenstand verhandelt. Immer mußte ich, fahndend auf den Reichstag der Generalversammlung dabei die Initiative ergreifen. Wenn ich bei unserer letzten Unterredung die Stellung eines Korreferenten nicht ausdrücklich erwähnt habe, so mußte Friedeberg aus unseren früheren Unterredungen wissen, daß seinem Vortrage ein Korreferat folgen würde. Wer eine Meinung zu vertreten hat, dem kann es doch einerlei sein, ob nach ihm ein Korreferent spricht oder Diskussionsredner. Was nun das Referat betrifft, in dem Friedeberg nicht als Genosse bezeichnet wurde, so ist meine persönliche Meinung die, daß wer den Marxismus und die Sozialdemokratie vertritt und den Anarcho-Sozialismus an deren Stelle setzt, unter Genosse nicht mehr sein kann. (Große Unruhe.) Wer die Grundpfeiler unserer Partei so angegriffen hat wie Friedeberg, der, meine ich, hat sich damit selbst außerhalb der Sozialdemokratie gestellt. (Erneute, anhaltende starke Unruhe. Aufe: Das ist Diskussion!) — Der zweite Vorsitzende Kiesel verlegt die Versammlung. — Nachdem sich die Unruhe gelegt hatte, fuhr Genosse Freythal fort: In dem ersten Interat ist nur der Referent genannt, weil mir von den Parteigenossen der Auftrag erteilt worden ist, den Korreferenten erst in der Versammlung bekannt zu geben. Später ist dann der Wunsch geäußert worden, auch den Korreferenten im Interat zu nennen, und so ist, weil mir die Fassung des Interates nicht vorlag, bei der Korrektur der Genosse Lebedour hineingekommen. Hätte ich gleich in der ersten Anzeige auch den Korreferenten angeführt, dann würde ich gesagt haben: Referent Dr. Friedeberg, Korreferent Reichstags-Abgeordneter Lebedour. Ich begreife nicht die Aufregung über diese Kleinigkeit. (Friedeberg: Das ist keine Kleinigkeit, wenn mir die Parteichef abgehört wird!) Auf anonyme Schreiben, wie sie Friedeberg hier heranzog, sollte man überhaupt nichts geben.

Damit war die Versammlung zu Ende. Die Fortsetzung derselben findet am nächsten Dienstag in demselben Saale statt.

Aus der Partei.

Die „Vorwärts“-Frage.

(Fünfter Artikel der „Leipziger Volksztg.“)

Als der „Vorwärts“ 1890 von dem Parteitage in Halle zum Zentralorgan erhoben wurde, war die ganze Partei einig über die Notwendigkeit eines Zentralorgans.

Nur die faktische Opposition, die von einigen damaligen Parteigenossen betrieben wurde, bestritt diese Notwendigkeit, aber eben aus faktischen Gründen, die keinen Eindruck machen konnten und mit Recht keinen Eindruck machten. Sonst wurde wohl über die Erfordernisform des Zentralorgans debattiert, nicht aber über seine Notwendigkeit, die als ganz selbstverständlich vorausgesetzt wurde, auch von solchen Parteigenossen, die sonst nicht gerade für eine straffe Zentralisation schwärmten. Wollmar erklärte, ohne ein Zentralorgan, das „wohl bedient von leitenden Persönlichkeiten“, tagtäglich am Sitze der Nacht in Berlin selbst seine Stimme ertönen lassen könne, sei nicht auszukommen.

Diese allgemeine Ueberzeugung stützte sich auf eine nahezu dreißigjährige Erfahrung. Die Partei hatte bis dahin immer oder doch fast immer mit ihrem Zentralorgan gute Erfahrungen gemacht. Sie hatten als Erziehungsmittel der werdenden Partei die bedeutendsten und ganz unersehliche Dienste geleistet: für die Fraktion der Lassalleaner der „Sozialdemokrat“ und der „Neue Sozialdemokrat“ in Berlin; für die Fraktion der Eisenacher das „Demokratische Wochenblatt“, der „Volksstaat“ und der „Vorwärts“ in Leipzig. Die Lassalleaner hielten das Zentralorgan für ein so wesentliches Erfordernis einer guten Organisation, daß sie überhaupt keine Lokalblätter aufkommen ließen; die Eisenacher dachten darin duldsamer, aber die Blätter, die in ihren Reihen neben dem Leipziger Zentralorgan entstanden, waren durchweg Lokalblätter im engsten Sinne des Wortes, die in ihrer Politik ganz und gar vom „Volksstaat“ und später vom „Vorwärts“ abhängig blieben.

Nach der Verschmelzung beider Fraktionen auf dem Gothaer Parteitage von 1875 bestanden die beiden Zentralorgane, wesentlich aus finanziellen Rücksichten, noch ein Jahr nebeneinander fort, dann aber wurde der Leipziger „Vorwärts“ zum alleinigen Zentralorgan erhoben, wiederum aus dem sehr guten Grunde, daß die nunmehr einzige Partei nur ein Zentralorgan haben könne. Allein mit diesem Zentralorgan machte die Partei nicht mehr so gute Erfahrungen; während sonst die Verschönerung der beiden Fraktionen der sozialdemokratischen Bewegung überall den mächtigsten Anstoß gab, verfiel ihr neues Zentralorgan einer unaußhaltbaren Schwindsucht. Von 12 000 Abonnenten sank es in noch nicht zwei Jahren auf 7000, und dieser Rückgang dauerte ununterbrochen an, obgleich der ganze Parteiparat aufgeboten wurde, ihn aufzuhalten.

Der Grund davon war an sich nicht schwer zu entdecken. In Berlin und Hamburg waren Parteiblätter entstanden, die nicht mehr bloße Lokalblätter waren, sondern geistig und politisch völlig unabhängig von dem Leipziger Zentralorgan die Parteiprinzipien vertraten. Ihre Konkurrenz machte dem Leipziger Zentralorgan das Leben sauer. Allein zu der Erkenntnis, daß die Partei so weit entwickelt war, um nun nicht mehr eines Zentralorgans als Erziehungs- und Schulungsmittel zu bedürfen, gelangte man damals noch nicht. Man schob die Schuld, was ja zunächst auch sehr nahe lag, auf die tägliche Erscheinung der Berliner „Freien Presse“, während der Leipziger „Vorwärts“ nur dreimal wöchentlich erschien. Daß damit nicht alles gesagt war, zeigte schon ein Blick auf Hamburg. Das dortige Blatt erschien auch nur dreimal wöchentlich und gewann bald 22 000 Abonnenten, während der „Vorwärts“ gerade in Hamburg den stärksten und unaushaltbarsten Rückgang erlitt, in einer Arbeiterschaft, die relativ gut gelohnt war, stets eine große Opferbereitschaft für die Partei bewiesen hatte und namentlich auch stark zentralistisch gesinnt war. Indessen ehe man sich über die ganze Erscheinung in ihrem historischen Zusammenhange klar werden konnte, brach das Sozialistengesetz herein, das nunmehr — aus Gründen, die wir hier nicht erst darzulegen brauchen — ein im Auslande erscheinendes Zentralorgan zu einem absolut notwendigen Verteidigungsmittel machte.

Auf diese Erfahrungen hin beschloß der Parteitag in Halle, das bisherige „Berliner Volksblatt“ unter dem Namen des „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Partei zu erheben. Das schnelle Zusammenbrechen des früheren „Vorwärts“ wurde zwar von Auer, der über die Organisationsfrage berietete, wiederholt erwähnt, aber immer nur in dem Sinne, daß dies dreimal wöchentlich erscheinende Organ die Konkurrenz der Berliner „Freien Presse“ als eines täglich erscheinenden Blattes nicht habe aushalten können. Auer bekämpfte deshalb die Wiederrevivierung des alten „Vorwärts“ und mochte,

nach für einjähriges Erscheinen eines solchen Blattes werde die Partei rufen: „Im Gottes Willen, bringt das Zentralorgan wieder beiseite!“ Daß diese Prophezeiung sich in noch anderem Sinne erfüllen würde, als worin hier sie ausgesprochen hatte, sollte erst eine langjährige Erfahrung erweisen.

Jedenfalls aber, so einig der Parteitag in Halle über die Notwendigkeit eines Zentralorgans war, so einig war er sich auch darüber, was dieses Zentralorgan sein sollte, nämlich dasjenige, was die früheren Zentralorgane gewesen waren: das eigentliche Prinzipienblatt der Partei, das ihre revolutionären Ziele fest und klar vertrat, in allen Schwankungen und Wechsellagen der Tagespolitik, unbeeinträchtigt durch die lokalen und provinziellen Strömungen in der Arbeiterklasse selbst, und vertraut genug mit der Gedankenarbeit der großen sozialistischen Vorkämpfer, um jedes neu auftauchende Problem gründlich und sachlich prüfen zu können. Die Frage freilich, ob ein einzelnes Organ so hohen Anforderungen bei der geistigen Entwicklung, die die Partei zur Zeit des halleischen Parteitages schon erreicht hatte, noch genügen konnte, legte man sich nicht vor.

Ebenso wenig debattierte man die Frage, ob das neue Zentralorgan dem Parteivorstande zu unterstellen sei. Das erzieht nicht nur als selbstverständlich, sondern war auch selbstverständlich, wenn ein Zentralorgan geschaffen werden sollte. Allein man erwog nicht, — und konnte bei der damaligen Lage der Dinge auch noch nicht erwägen, — ob die Stellung des Parteivorstandes nicht auch dem historischen Wechsel der Dinge unterliegen sei. Zur Zeit der in Dresden Partei war er in ebenso hohem Grade, wie Exekutivbehörde und Verwaltungsinstanz, zugleich geistig leitendes Organ der Partei gewesen, und auch in dieser Beziehung hatte die kurze Zeit zwischen dem Gothaer Einigungsongress und dem Erlaß des Sozialistengesetzes manche Erfahrungen in dem Sinne gebracht, daß die Partei so weit entwickelt sei, um wie keines Erziehungsmitteils, so auch keines Erziehers mehr zu bedürfen. Freilich zeigte sich in den Jahren 1875 bis 1878 die beginnende geistige Selbständigkeit der Partei zunächst nur in einem chaotischen Durcheinanderstrudeln der Meinungen, allein darin offenbarte sich doch, daß der Parteivorstand die geistige Leitung der Partei nicht mehr besaß. Indessen abermals hinderte das Herbrechen des Sozialistengesetzes mit den Ausnahmezuständen, die es schuf, die erschlaffende Würdigung der neu hervortretenden Erscheinung, und wenn auch auf dem Parteitag in Halle mit großem Eifer und unserm Erachtens auch mit großem Rechte, so besonders wieder von Vollmar, die völlige Unabhängigkeit der übrigen Parteipresse vom Parteivorstande derforschten und durchgesetzt wurde, so trug eben dieser Eifer dazu bei, gar nicht der Frage näher zu treten, ob der Parteivorstand auch nur zur Aufsichtsinanz über das Zentralorgan geeignet sei, das ja doch sozusagen den Ton für die übrige Parteipresse angeben sollte.

Wir betonen noch einmal: diese kritischen Bemerkungen sind nicht aus einem damaligen Weßweissen, sondern aus den Erfahrungen geschöpft, die seitdem gesammelt worden sind. Sie stellen sich heraus, sobald das neue Zentralorgan seine Wirksamkeit begann.

Auf der Kreisconferenz des Wahlkreises Friedeberg - Arnswalde, die am Sonntag in Driesen stattfand, wurde festgestellt, daß der Wahlverein in Driesen 91 Mitglieder hat und daß am Orte 100 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind. Die „Wärlische Wollstimme“ hat 50 Abonnenten und der „Wahre Jacob“ 130. Die Berichte aus den anderen Orten lauteten sehr ungünstig.

Der niederrheinische Parteitag findet Sonntag, den 15. Oktober, in Essen statt. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten steht das Organisationsstatut, ein Kommunalwahlprogramm und die Stadtverordnetenwahlen auf der Tagesordnung.

Für die schweizerischen Nationalratswahlen, die Ende Oktober stattfinden, treffen unsere Genossen in verschiedenen Wahlkreisen bereits ihre Vorbereitungen, namentlich durch Auffstellung von Kandidaten. In Norkhoch ist der gegenwärtige Vertreter Regierungsrat Scherrer aus St. Gallen wieder als Kandidat aufgestellt worden, im Berner Wahlkreise Ober-Karigan Genosse Müller - Bern, im Basler Kreise Genosse Reimann - Biel; im Winterthurer Wahlkreise mit fünf Vertretern wird die Partei zu dem jetzigen einen Sitze einen zweiten beanspruchen. Vorausichtlich wird im Kanton Zürich auch ein sozialdemokratischer Kandidat für einen der beiden Ständeratsitze aufgestellt werden. Im Kanton Solothurn scheinen unsere Genossen von den herrschenden „Freisinnigen“ um den ihnen im Oktober 1904 für die Zustimmung zum Beamtenbefolgungsgesetz verprochenen Nationalratsitz, auf den unsere Genossen nach ihrer über 3000 betragenden Stimmzahl vollberechtigten Anspruch haben, betrogen zu werden. Der Kanton wählt vier Nationalräte, wovon jetzt drei freisinnig und einer katholisch. Die freisinnige Partei will nun das der sozialdemokratischen Partei gegebene Versprechen derart einlösen, daß sie den Katholiken ihr Mandat rauben und es großmütig der sozialdemokratischen Partei überlassen will. Als Anhängerin der Proportionalwahl kann aber unsere Partei auf einen solchen schamhaften Aushandel nicht eingehen, sie fordert die Ueberlassung eines von den drei freisinnigen Mandaten. Als sozialdemokratischer Kandidat ist bereits Genosse Hürholz/Solothurn aufgestellt. Auf den weiteren Verlauf der Affäre darf man gespannt sein. Gegenwärtig ist die sozialdemokratische Partei im Nationalrat vertreten durch die Genossen Greulich und Vogelbacher-Zürich, Scherrer - und Brandt (Zürich wohnhaft) St. Gallen, Dr. Brüstlein (Bern) Basel, also durch 5 Abgeordnete auf 167 Mitglieder des Nationalrates.

In dem Artikel „Debatten über Wenn und Aber“ der gestrigen Nummer wird am Schluß auf die internen Redaktionsverhältnisse des „Vorwärts“ hingewiesen und daran die Bemerkung geknüpft: „Seine Beweisstücke prallen dem Angreifer ins Gesicht. Und die Kette von Unglücksfällen beginnt gleich mit der Verwechslung, daß er als löbliche Uebersetzung der Eitisch - Aesthetischen in der Redaktion ein Artikelchen einführt, das nicht den, wie vermutet, ethisch und ästhetisch verkommenen K. B., sondern den langjährige Mitherausgeber der — „Neuen Zeit“ zum Verfasser hat.“ Wie mir verschiedene Anfragen zeigen, wird aus dieser Bemerkung in Parteikreisen gefolgert, ich sei der langjährige Mitherausgeber der „Neuen Zeit“, der den Artikel über Friedrich Engels verfaßt habe. Demgegenüber erkläre ich, daß ich mit jenem Artikel nichts zu tun habe. Heinrich Cunow.

Aus der Frauenbewegung.

Aufruf!

Montag, den 11. September, eröffnet der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse seine diesjährigen Winterkurse. Seit seinem Bestehen sind nun sechs Jahre vergangen. Wenn wir auf das zurückblicken, was in dieser Zeit getan und gewonnen wurde, so ist es unseren Wünschen gewiß in vieler Hinsicht nicht genug. Dennoch aber können wir uns des Erreichten freuen und uns mit Genugthuung sagen, daß der Verein für die Arbeiterinnen Berlins zu einem Mittelpunkt geistigen Lebens und geistiger Anregung geworden ist, zu einer Stätte der Klärung und Belehrung, die viele von ihnen nicht mehr missen möchten. Umso weniger müssen, als die reifsten und intelligentesten unter den Arbeiterinnen durch ihre selbstige Beteiligung und Mitarbeit selbst dazu beigetragen haben, den Verein zu dem zu gestalten, was er gegenwärtig ist.

Gewiß — wir wissen sehr wohl — heute wie am Tage seiner Gründung werden viele abschließend fragen: Und was leistet denn eigentlich dieser Verein? Was hilft er uns; worin bringt er uns vorwärts? Sind wir darum mit unseren jammervollen Löhnen weniger reich, kann er mit allen schönen Reden und Diskussionen uns bessere, gesündere Wohnungen, billigere Nahrungsmittel schaffen; mehr Zeit, uns unserer Kinder anzunehmen, sie körperlich und geistlich vernünftiger zu erziehen? — Und wieder und wieder antworten wir darauf: Jawohl; das alles erstrebt unser Verein; das alles kann er in langamer und dauernder Arbeit, in ruhigem Fortschritt erreichen; könnte er zelusfroh rascher erreichen, wenn seine Mitgliederzahl sich zehnfach rascher vermehrte, wenn zehnfach rascher das Interesse an seinem Streben und Wirken auch in die weiteren Massen der weiblichen Arbeiterklasse dränge. Denn ist es auch nicht unserer

freien preussisch-deutschen Gesetzgebung den Frauen verboten, politische Vereinigungen zu gründen, in denen sie ihre Lage besprechen könnten, ist es ihnen auch verboten, gleich den Männern durch Wahlen einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung zu üben — eines ist auch den Frauen und selbst in Preußen-Deutschland erlaubt: nachzudenken über die Dinge des Lebens und sich geistig fortzubilden. Und gar nicht oft genug kann es gesagt werden: In der Erkenntnis des Lebens, der Zusammenhänge des wirtschaftlichen Betriebes, der Entwicklungsbedingungen von Körper und Seele des Menschen liegt eine tief revolutionäre Kraft, die stärkste und gewaltigste Kraft der Umgestaltung, welche wir besitzen und die kein reaktionäres Gesetz uns zu rauben vermag. Wo geistige Erkenntnis, da findet sich auch ein Weg vom Dunkel zum Licht, von Not und Elend zur Freiheit des Daseins. Und wo Wissen und Denken, da ist zum mindesten die Möglichkeit gegeben, die künftige Generation, die Kinder wieder zu denkenden und strebenden Menschen zu erziehen, zu Menschen, die um ein besseres Los, um ein freieres und menschenwürdigeres Dasein ringen, als es heute noch die Mehrzahl der Proletarierinnen führen muß.

Darum sollte Bildung für die Arbeiterin weder ein leeres Wort, noch ein gleichgültiger Luxus noch etwa ein Zeitvertreib sein wie andere mehr, sondern das dauernde Ziel ihres Strebens, das bewußt erfasste Mittel zu ihrer persönlichen Weiterentwicklung, zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und menschlichen Lage wie zur vernunftgemäßen und zielklaren Erziehung ihrer Kinder. Darum sollten aber auch neben der kleinen Schar derer, die als mutige Vorkämpferinnen von Anfang an treue Mitglieder der Bildungsvereine waren, immer neue Hunderte von Proletarierfrauen sich ihnen anschließen; darum sollte jede intelligente und strebende Arbeiterin für die fernere Ausgestaltung der Vereine in eigener Mittätigkeit kraftvoll zu wirken suchen.

Der Verein eröffnet am Montag seine Sitzungen mit einem Vortrage, auf dessen Thema gerade in hervorragendem Maße anwendbar ist, was wir eben sagten. Der Schriftsteller Herr Max Grundwald wird über „Das Studium der Nationalökonomie und die Frauen“ referieren. Nationalökonomie! Das wird so manchem recht weit ab von allem zu liegen scheinen, was in Wirklichkeit das Dasein einer Proletarierfrau bestimmt. Und dennoch ist gerade das Gegenteil wahr. Ist doch die Nationalökonomie die Wissenschaft, die uns die wirtschaftlichen Vorgänge begreifen lehrt, die Schwankungen in den Preisen der Nahrungsmittel, die Höhe der Löhne, die Lage des Arbeitsmarktes, die Art der Güterproduktion und -verteilung, kurz alles, was die allerrealisten Existenzbedingungen der menschlichen wie der weiblichen Arbeiterkraft ausmacht. Wenn irgendwo, so zeigt sich in der Nationalökonomie die Wissenschaft fruchtbar für das Leben. Der Vortrag findet in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20, um 8 1/2 Uhr abends statt. Wir hoffen auf den regsten Besuch der Frauen Berlins. — Billets zu der am 17. September stattfindenden Uraniadorstellung sind in den Zahlstellen und im Verein zu haben. Die bis zum 11. September nicht abgerechneten Billets gelten als verkauft.

Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Die Geschichte einer Eheirung mit einem unliebamen Knall-effekt kam gestern vor der Verurteilungskammer des Landgerichts I in aller Breite zur Verhandlung. Wegen Verleumdung, Körperverletzung und Bedrohung hatte sich der Kaufmann E., ein gut-situierter, angesehener Inhaber eines größeren Geschäftes, zu verantworten. Der Angeklagte war mit einer jungen Dame die Ehe eingegangen, die ihm eine anständige Mitgift ins Geschäft brachte. Die Ehe war anfänglich recht glücklich, die Situation veränderte sich aber, nachdem das erste Kind geboren war. In der Folge wurde das Benehmen der Frau immer abstoßender und es kam zu unliebamen Ausritten. Der Ehemann glaubte schließlich Ursache zu der Annahme zu haben, daß ein sogenannter Sünden-Buchhalter, den er zur Ausschmückung angenommen hatte, der Störer seines ehelichen Glückes sei. Dieser junge Mann schien auf die Frau Eindruck gemacht zu haben, denn eines Tages übertrug der Angeklagte das Pärchen dabei, wie es heimliche Rufe austauschte. Der Sturm, der sich daraus erhob, wurde aber dadurch wieder beschwichtigt, daß beide Ertrapyte die lächerliche Behauptung aufstellten, es habe sich nur um einen Handluch in allen Ehren gehandelt. Später haben sie vor Gericht zugestanden, daß es sich um ein richtiges Kupferverhältnis gehandelt habe. Sonderbarerweise setzte der Angeklagte den vertriebenen Buchhalter nicht in beschleunigter Form an die Luft, dieser verblieb vielmehr weiter in Tätigkeit und Szenen der Erregung zwischen den Eheleuten blieben an der Tagesordnung. Die junge Frau erklärte schließlich rabiat ihrem Ehemann, daß sie den Buchhalter damit befreit habe, ihr als Wahrer ihrer Rechte dem Ehemanne gegenüber zur Seite zu stehen. Das schlug dem hoch den Boden aus; der Angeklagte erklärte, daß er verreisen müsse, blieb aber in Berlin, nahm Quartier in einem hiesigen Hotel und beobachtete seine Frau und den Buchhalter. Eines Sonntags sah er die beiden auf dem Balkon seiner Wohnung sitzen und da er sich sagte, daß der junge Mann den Sonntagnachmittag nicht zum Bücherrevidieren verwenden dürfte, so machte er sich allerlei Gedanken, die ihn arg erregten. Er bemittelte sich jedoch, besprach sich mit seinen Freunden über sein einzuschlagendes Verhalten und beschloß, gegen Mitternacht in seine Wohnung zurückzukehren. Als er dort anlangte und ein dunkles Zimmer betrat, bemerkte er, daß sich der Buchhalter dort aufhielt. Nun kam es zur Katastrophe. Der Angeklagte stürzte sich auf den verhassten Menschen, der in aller Seelenruhe behauptete, gearbeitet zu haben, bearbeitete ihn mit seinen Fäusten, soll auch seinen Spagierstock in Anwendung gebracht haben, nannte ihn einen „Ehebrecher“ und drohte, ihn mit einem Revolver zu erschlagen. Der so unsanft behandelte rächte sich dadurch, daß er gegen den Ehemann, dessen Erregtheit begreiflich ist, Strafanzeige erstattete. Das Schöffengericht setzte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage für jede der drei Straftaten das niedrigste Strafmaß — je drei Mark Geldstrafe — an. Aber auch dies fand der Räder seiner Ehre für ungerechtfertigt und legte Verurteilung ein. In der gestrigen Verurteilungskammer gab der Buchhalter das Können zu, bestritt aber unter keinem Umstande jeden weiteren straflichen Verkehr mit der Ehefrau. Gegen diese hat der Angeklagte inzwischen die Scheidungsklage eingeleitet. Die Strafkammer war der Meinung, daß dem Angeklagten alle nur denkbaren Widerstandsgründe zur Seite stehen, sie mußte aber doch die Verurteilung wegen Körperverletzung und Bedrohung bestehen lassen. Dagegen wurde das Urteil wegen der Verleumdung aufgehoben, da das Wort „Ehebrecher“ der ganzen Situation entsprach und die deutsche Sprache kein anderes Wort habe, um die Dinge, um die es sich hier handelt, zu kennzeichnen.

Eine Diebesbande, die als Spezialität Diebstähle von beladenen Schlächterfuhrwerken ausführte, die unbeaufsichtigt vor den Markthallen fanden, machte im Januar vorigen Jahres der Kriminalpolizei viel zu schaffen. Am 18. Januar v. J. gegen 8 Uhr morgens hatte der Schlächtermeister Klein sein Fuhrwerk vor der Markthalle in der Lindenstraße kurze Zeit unbeaufsichtigt stehen lassen. Als er bald darauf wieder die Straße betrat, waren Pferd und Wagen, auf dem sich etwa zwölf Zentner Fleisch befanden, spurlos verschwunden. Am 25. Januar hielt das Fuhrwerk des Fleischmeisters Schulz, der im Begriff war, Fleisch anzuladen, vor der Markthalle am Grünen Weg. Die kurze Zeit seiner Abwesenheit benutzten Diebe, um mit dem Fuhrwerk, auf dem sich schon etwa 10 Zentner Fleisch befanden, davonzufahren. Recklich erging es mehreren anderen Schlächtermeistern, die ihr Fuhrwerk nur kurze Zeit unbeaufsichtigt stehen ließen. Die Diebe hatten sich als Schlächter verkleidet, so daß es nicht auffiel, wenn sie in aller Gemütsruhe mit dem vollbeladenen Fuhrwerk davonfuhren. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei beschränkten sich in erster Linie auf Recherchen nach dem Verbleib der Reute. Erst nach längerer Zeit gelang es, die Abnehmer in den Schlächtern Stefan Hoffmann und Richard Dabalaowsky zu ermitteln, die in Hummelburg, Charlottenburg und Schöneberg, zum Teil auf den Wochenmärkten, das ge-

stohlene Fleisch absetzten. Die beiden Geßler haben es, bevor ihre Verhaftung erfolgen konnte, aus guten Gründen vorgezogen, spurlos zu verschwinden. Zurzeit sind beide unbekanntem Aufenthaltsort. Eine längere Observation der Geßler ermöglichte es auch, die eigentlichen Diebe festzunehmen. Als der Haupttäter bei den zahlreichen Diebstählen kam der vielfach vorbestrafte Kutcher Wilhelm Pasrow in Frage, der mit einem Schlächter Emil Dreißer zusammen „gearbeitet“ hatte. Vor der 2. Ferienkammer des Landgerichts I mußten sie sich gestern unter der Anklage des Rückfalldiebstahls verantworten. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überführt und beantragte gegen Pasrow 1 1/2 Jahre und gegen Dreißer 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Dreißer wegen Geßlerei auf neun Monate, gegen Pasrow wegen Rückfalldiebstahls auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Die Cholera.

Das Berliner Polizeipräsidium veröffentlicht folgende Mitteilung: Nach der Meldung hiesiger Blätter ist eine Person aus Charlottenburg unter dem Verdachte der Cholera in das dortige Krankenhaus Westend eingeliefert worden. Demgegenüber ist zu bemerken, daß sich der Choleraverdacht auch ohne bakteriologische Untersuchung nicht bestätigt hat, daß es sich vielmehr um eine harmlose Darmerkrankung handelt.

Die Choleraerkrankung scheint sich die Aufläufe der Weichsel, von da durch den Bromberger Kanal in die Nege, Warthe- und Oder herunterzuziehen, so daß, was das Wasser anlangt, die Hauptgefahr vorläufig noch nicht stromaufwärts von Küstrin südlich nach Frankfurt und Krosen, sondern nördlich nach Schwedt und Stettin zu liegt, falls stromaufwärts fahrende und bereits infizierte Schiffe die Ankerung nicht stromaufwärts tragen. Unter der Bevölkerung werden amtliche Beleuchtungen über die Cholera und das zu beobachtende Verhalten während der Cholerazeit verteilt. Zur Anordnung von Vorsichtsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Cholera weiste Sonntag vormittag der Regierungspräsident v. Dewig in Fürstenberg a. O. Im Laufe dieser Woche werden dort zwei Baracken, die eine an der Kanalmündung, die andere bei den Schleusen, errichtet zur Untersuchung aller den Kanal und die Oder passierenden Schiffe. Bei den Baracken werden große Haltestellen aufgestellt. Schiffe, die diese nicht respektieren, sollen befristet und mit einem fünfjährigen unfreiwilligen Aufenthalt bestraft werden. Zur Untersuchung der Schiffe wird ein Militärarzt in Fürstenberg stationiert.

In der Nähe von Boddam wird auf Anordnung der Regierung an der Nege eine Cholera-Baracke erbaut. Das Gebäude soll für zwölf Betten eingerichtet werden. Außer dieser festen Baracke soll auch noch an geeigneter Stelle ein Dreier-Schuppen zur vorläufigen Isolierung choleraverdächtiger Schiffe aufgeschlagen werden. Die Bahnbeamten sind angewiesen worden, in dieser Zeit besondere Vorsichtsmaßnahmen im Verkehr mit dem reisenden Publikum zu beobachten. So müssen zum Beispiel die Schalterbeamten nach dem Verkauf von Fahrkarten jedesmal die Hände desinfizieren.

Aus Posen wird gemeldet: Die Ehefrau des Schiffseigners Karl Scheffler, die am 3. d. Mts. mit dem Schleppluge von Stettin hier eingetroffen ist, ist noch heutiger Feststellung dort an Cholera erkrankt und heute vormittag nach der hiesigen Cholera-Baracke gebracht worden. Der Kahn der Isolierten, der vor der großen Schleuse steht, wurde sofort durch städtische Desinfektoren einer gründlichen Desinfektion unterworfen. Die übrigen auf dem Kahn befindlichen, bisher gesunden Personen sind in die städtische Beobachtungsstation untergebracht worden.

Der Telegraphist Stellmacher in Schleusenau ist an Cholera gestorben.

Nach einem Bericht der „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ ist bei den in Jagowshöhe vorgekommenen verdächtigen Erkrankungsfällen durch bakteriologische Untersuchung Cholera festgestellt worden. In Schirvich (Kreis Thorn) ist der 51-jährige Arbeiter Schinler choleraverdächtig erkrankt. In Niederaußmooß bei Kulm ist die sieben Jahre alte Tochter Amanda des Bühnenarbeiters Zimmermann am 2. September choleraverdächtig erkrankt und am 3. September gestorben. Am folgenden Tage erkrankte die Mutter des Kindes und die fünfjährige Tochter Anna. Ferner ist in Kurgrad der Fuhrmann Seier unter choleraverdächtigen Erscheinungen schwer erkrankt.

Das Ausland trifft gleichfalls energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Choleraerkrankung. In Havre ist verfügt worden: Alle aus den Häfen zwischen Helsingfors und Hamburg kommenden Schiffe werden vom Arzte des Sanitätsdienstes genau untersucht. Die Lohsen werden diese Schiffe veranlassen, allen Karat schon auf der Reede zu besichtigen und eine gründliche Desinfektion vorzunehmen. Auswanderer dürfen nicht in der Stadt verweilen, sondern müssen sich sofort an Bord ihrer Schiffe begeben.

Die türkische Regierung hat für alle in Konstantinopel zu Wasser und zu Lande aus Europa ankommenden Reisenden die ärztliche Untersuchung angeordnet.

Unter dem Verdacht der Engelmacherei ist in Posen die Tapeziererin Nowak verhaftet worden. Sie wird beschuldigt, mehrere Pflanzkinder vergiftet zu haben.

Auf der Nacht aus dem Kloster „Zum guten Hirten“ stürzte, wie aus Deuthen berichtet wird, die zwanzigjährige Insassin Gertrud Pilla in der Nacht beim Herabklettern am Wächterhaus drei Stockwerke hoch herab. Sie wurde mit gebrochenem Kreuz aufgefunden.

Brand und Einsturz einer Kirche. Aus Rom wird telegraphiert: In der in Trastevere gelegenen Basilika Santa Cecilia ist Mittwoch morgen eine heftige Feuerbrunst ausgebrochen. Die Kirche ist gänzlich eingestürzt. Das Feuer dauerte vormittags 10 Uhr noch an, doch ist es gelungen, es auf seinen Herd zu beschränken.

Der durch die Spremberger Eisenbahnkatastrophe entstandene Material- und Waren Schaden ist bisher noch immer nicht genau festgestellt. Würde jedoch nach den bisherigen Ermittlungen weit über eine Million Mark betragen. Auch die Höhe der zu leistenden Entschädigungen an die Verunglückten und Hinterbliebenen der Verstorbenen bedarf noch der Feststellung. Die eventuellen Pensionsbeträge dürften sich nach oberflächlicher Schätzung auf mehr als 100 000 M. pro Jahr stellen, doch schreiben gegenwärtig mit den Beteiligten Unterhandlungen wegen Zahlung einmaliger Abfindungssummen. Dadurch würde sich die durch den Zusammenstoß verursachte Ausgabe auf mindestens zwei Millionen Mark beziffern.

Eine Polizeikommissarwitwe ist als schwere Kupplerin von der Lemberger Polizei dingest gemacht worden. Wie dem deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels mitgeteilt wird, handelt es sich um die Kommissarwitwe Frau Julie S., die in der galizischen Hauptstadt wohnte und ihr unfauberes Gewerbe bereits seit Jahren mit großem Erfolge betrieb. Sie lieferte ihre „Ware“ nur auf Bestellung ihrer Klienten und es sollen Frauen und Töchter angesehener Familien in Lemberg in die schmutzige Skandalaffäre verwickelt sein. Frau S. betrieb aber nicht allein ein gutgehendes Kupplergeschäft, sondern sie exportierte auch in großem Maßstabe junge Galizierinnen nach Ausland. Allen Anschein nach hat die S. auch Mitschuldige gehabt und der bevorstehende Prozeß dürfte einen interessanten Einblick in jene Kreise gewähren, die den Mädchenhandel nach Ausland systematisch betreiben resp. begünstigen.

Eine Goldmine bei Berlin will in der nächsten Nähe des Töpferdorfs Belten ein dortiger Grundbesitzer entdeckt haben. Ein dortiges Lokalblatt berichtet darüber: Der Besizer vom Wölgower Teerofen hat auf seinem Acker in geringer Tiefe tonhaltige Erde gefunden, welche stark mit kleinen metallisch glänzenden Körnern durchsetzt ist. Der Mann war in früheren Jahren Goldgräber in Transvaal und behauptet, daß dort die Erde in den oberen Schichten dasselbe Bild biete. Er will seinen Fund untersuchen lassen und hofft bei weiterem Graben auf die gesuchte Goldmine zu stoßen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Schauspielhaus. Wallensteins Lager.
Die Viccolondi.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Weissen. Die neugierigen Frauen.
Central. Die Götter.
Thalia. Bis früh um fünf!
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der G'wissenswurm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Nora.
Leffing. Die Erziehung zur Ehe.
Hierauf: Die stilles Jochen.
Reibens. Eine Hochzeitsnacht.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiss. Im Hause der Sünde.
Selle-Milauer. Den All Bey.
Luffen. Fiesco.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kaffee. Der Welsch.
Metropol. Die Herren von Ragin.
Urania. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Gernfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Loie Fuller. Spezialitäten.
Berliner Theater-Theater. Dämon Gold.
Passage. Gold Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Eretiner Sönger.
Urania. Taubentische 48/49.
Lustleben in der Wildnis.
Invalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der Familienstag.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.

Freitag u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Heute Donnerstag, zum 1. Male:
Fiesco.
Freitag: Fiesco.
Sonnabend: Der jüngste Leutnant.
Sonntag nachmittag: Die Kinder der Erzelenz.
Abends: Der jüngste Leutnant.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Kasino-Theater

Kosbringerstr. 87. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorher: Die Zaubergeige von Offenbach.
Original Rämber Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Serdan.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel
Vorher: Hochzeitsabend und neue Spezialitäten.
Freitag. Zum 100. Male!
Ein Abend i. ein. amerik. Tingel-Tangel.

Metropol-Theater

Donnerstag, den 7. u. Freitag, den 8. September: Geschlossen.
Sonnabend, den 9. September, präzise 7/8 Uhr, zum 1. Male:
! Auf in's Metropol!

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 9. September:
Beginn der II. Saison.
Das phänom. Eröffnungs-Programm.
12 Schau- u. Kunstnummern I. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost.
Schwan in einem Akt u. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Barbiers, Friseurs u. Zigarren-geschäften sowie an der Theater-kasse unentgeltlich zu haben.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Sonnabend, 9. September:
Beginn der II. Saison.
Das phänom. Eröffnungs-Programm.
12 Schau- u. Kunstnummern I. Ranges.
Das Beste vom Besten.
Per Rohrpost.
Schwan in einem Akt u. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Barbiers, Friseurs u. Zigarren-geschäften sowie an der Theater-kasse unentgeltlich zu haben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Der G'wissenswurm.
Bauernomödie mit Gesang i. 3 Akten von Ludwig Angenbruber.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim).
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim).

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 10. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
3./4. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiss-Theater.
Sonntag, den 17. September:
1. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von W. Goethe.

9. Kunst-Abend

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Rathaus:
Heine-Schumann
Vortragender: Dr. Max Hirschberg.
Heft 1 unserer Monatschrift und ist in allen Zahlstellen erhältlich.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf. enthalten.
Neue Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit etwa Karten freigeblieben sind.
Der Vorstand. 229/14
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Urania Taubenstr. 48/49.

6 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joël's Traum!
Im Restaurationsaal:
„D'Roehelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gubirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 8 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Abends 8 1/2 Uhr.
Der familientag.
Sonntag: Der familientag.

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. u. 6. u. 8. u. 10. u. 12. u. 14. u. 16. u. 18. u. 20. u. 22. u. 24. u. 26. u. 28. u. 30. u. 32. u. 34. u. 36. u. 38. u. 40. u. 42. u. 44. u. 46. u. 48. u. 50. u. 52. u. 54. u. 56. u. 58. u. 60. u. 62. u. 64. u. 66. u. 68. u. 70. u. 72. u. 74. u. 76. u. 78. u. 80. u. 82. u. 84. u. 86. u. 88. u. 90. u. 92. u. 94. u. 96. u. 98. u. 100. u. 102. u. 104. u. 106. u. 108. u. 110. u. 112. u. 114. u. 116. u. 118. u. 120. u. 122. u. 124. u. 126. u. 128. u. 130. u. 132. u. 134. u. 136. u. 138. u. 140. u. 142. u. 144. u. 146. u. 148. u. 150. u. 152. u. 154. u. 156. u. 158. u. 160. u. 162. u. 164. u. 166. u. 168. u. 170. u. 172. u. 174. u. 176. u. 178. u. 180. u. 182. u. 184. u. 186. u. 188. u. 190. u. 192. u. 194. u. 196. u. 198. u. 200. u. 202. u. 204. u. 206. u. 208. u. 210. u. 212. u. 214. u. 216. u. 218. u. 220. u. 222. u. 224. u. 226. u. 228. u. 230. u. 232. u. 234. u. 236. u. 238. u. 240. u. 242. u. 244. u. 246. u. 248. u. 250. u. 252. u. 254. u. 256. u. 258. u. 260. u. 262. u. 264. u. 266. u. 268. u. 270. u. 272. u. 274. u. 276. u. 278. u. 280. u. 282. u. 284. u. 286. u. 288. u. 290. u. 292. u. 294. u. 296. u. 298. u. 300. u. 302. u. 304. u. 306. u. 308. u. 310. u. 312. u. 314. u. 316. u. 318. u. 320. u. 322. u. 324. u. 326. u. 328. u. 330. u. 332. u. 334. u. 336. u. 338. u. 340. u. 342. u. 344. u. 346. u. 348. u. 350. u. 352. u. 354. u. 356. u. 358. u. 360. u. 362. u. 364. u. 366. u. 368. u. 370. u. 372. u. 374. u. 376. u. 378. u. 380. u. 382. u. 384. u. 386. u. 388. u. 390. u. 392. u. 394. u. 396. u. 398. u. 400. u. 402. u. 404. u. 406. u. 408. u. 410. u. 412. u. 414. u. 416. u. 418. u. 420. u. 422. u. 424. u. 426. u. 428. u. 430. u. 432. u. 434. u. 436. u. 438. u. 440. u. 442. u. 444. u. 446. u. 448. u. 450. u. 452. u. 454. u. 456. u. 458. u. 460. u. 462. u. 464. u. 466. u. 468. u. 470. u. 472. u. 474. u. 476. u. 478. u. 480. u. 482. u. 484. u. 486. u. 488. u. 490. u. 492. u. 494. u. 496. u. 498. u. 500. u. 502. u. 504. u. 506. u. 508. u. 510. u. 512. u. 514. u. 516. u. 518. u. 520. u. 522. u. 524. u. 526. u. 528. u. 530. u. 532. u. 534. u. 536. u. 538. u. 540. u. 542. u. 544. u. 546. u. 548. u. 550. u. 552. u. 554. u. 556. u. 558. u. 560. u. 562. u. 564. u. 566. u. 568. u. 570. u. 572. u. 574. u. 576. u. 578. u. 580. u. 582. u. 584. u. 586. u. 588. u. 590. u. 592. u. 594. u. 596. u. 598. u. 600. u. 602. u. 604. u. 606. u. 608. u. 610. u. 612. u. 614. u. 616. u. 618. u. 620. u. 622. u. 624. u. 626. u. 628. u. 630. u. 632. u. 634. u. 636. u. 638. u. 640. u. 642. u. 644. u. 646. u. 648. u. 650. u. 652. u. 654. u. 656. u. 658. u. 660. u. 662. u. 664. u. 666. u. 668. u. 670. u. 672. u. 674. u. 676. u. 678. u. 680. u. 682. u. 684. u. 686. u. 688. u. 690. u. 692. u. 694. u. 696. u. 698. u. 700. u. 702. u. 704. u. 706. u. 708. u. 710. u. 712. u. 714. u. 716. u. 718. u. 720. u. 722. u. 724. u. 726. u. 728. u. 730. u. 732. u. 734. u. 736. u. 738. u. 740. u. 742. u. 744. u. 746. u. 748. u. 750. u. 752. u. 754. u. 756. u. 758. u. 760. u. 762. u. 764. u. 766. u. 768. u. 770. u. 772. u. 774. u. 776. u. 778. u. 780. u. 782. u. 784. u. 786. u. 788. u. 790. u. 792. u. 794. u. 796. u. 798. u. 800. u. 802. u. 804. u. 806. u. 808. u. 810. u. 812. u. 814. u. 816. u. 818. u. 820. u. 822. u. 824. u. 826. u. 828. u. 830. u. 832. u. 834. u. 836. u. 838. u. 840. u. 842. u. 844. u. 846. u. 848. u. 850. u. 852. u. 854. u. 856. u. 858. u. 860. u. 862. u. 864. u. 866. u. 868. u. 870. u. 872. u. 874. u. 876. u. 878. u. 880. u. 882. u. 884. u. 886. u. 888. u. 890. u. 892. u. 894. u. 896. u. 898. u. 900. u. 902. u. 904. u. 906. u. 908. u. 910. u. 912. u. 914. u. 916. u. 918. u. 920. u. 922. u. 924. u. 926. u. 928. u. 930. u. 932. u. 934. u. 936. u. 938. u. 940. u. 942. u. 944. u. 946. u. 948. u. 950. u. 952. u. 954. u. 956. u. 958. u. 960. u. 962. u. 964. u. 966. u. 968. u. 970. u. 972. u. 974. u. 976. u. 978. u. 980. u. 982. u. 984. u. 986. u. 988. u. 990. u. 992. u. 994. u. 996. u. 998. u. 1000.

Poldi Augustin

die feiche Soubrette.

Herr Tacianu

Damen-Imitator.
Das glänzende September-Programm.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Sensations-September-Programm.

Paul Coradini.

Die drei Harders, phänomenale Lust-gymnastiker. Gretl Reiner, Tyrolenne. The Ottorus, Rehbühne-Sensation. Sevilla u. Pife. Mlle. Siré. Edith Harlé. M. H. Thlossen mit seinem Wunderband.
Außerdem: Der Fluch des Goldes.
Anf. 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf.
Saisonkarten haben Gültigkeit.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.
Täglich das großartige September-Programm u. a.
Eine tolle Nacht.
Große Hoffe mit Gesang.
Großer Lacherfolg.



Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Seltliches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Henschel.
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132.
Im Hause der Sünde.
Vorher: Geflüstert.
In Vorbereitung: Der Weltumsogler wider Willen. — Sonnabend, den 9. September: Schuldbeiden.
Im Sommergarten: Neues Septbr.-Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr.
Abends 10 Uhr: Ringkämpfe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute keine Vorstellung.
Sonntag, 10. September:
Große Extra-Vorstellung.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Reine Spielfolge.
Extra-Tanz, Kaffeefläche.
Anf. 4 1/2 Uhr. Entr. 20 Pf., Sperrpl. 50.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 137. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwan in 3 Akten von Henri Réroul und Albert Barré.
Dienstag, d. 12. Sept., 3. 1. Male:
Die Höhle des Löwen.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Heute:
Dämon Gold.
Charakterbild in 3 Akten.
The Rieffers Pantomime.
Mizzi u. Göza Varadi-Duett.
Pantomime. Spezialitäten. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kamerierplatz 50 Pf.

Otto Pritzkows Berliner

Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Jocki Tocki
the Elastic Skin Man.
Der Mensch mit der Gummihaut.
Mne-Mao-Mni ???
Entree 20 Pf.

Zirkus Alb. Schumann

Karlstraße vorm. Renz Tel. Amt III. No. 2911.
Voranzeige.

Den hochgeehrten Bewohnern Berlins und Umgebung die ganz ergiebige Mitteilung, daß ich demnächst mit einer ganz neuen Gesellschaft von Scheveningen (Holland) nach einem vorhergegangenen, zirka dreimonatlichen, von kolossalem Erfolge begleitet gewesenem Aufenthalt in Wien, wo mein Unternehmen durch wiederholten Besuch der hohen und höchsten Herrschaften ausgezeichnet wurde, per Sonderzug hier eintreffen werde, um meine diesjährige Saison in meinem Zirkusgebäude in der Karlstraße zu eröffnen.
Der ganz außerordentliche Erfolg, der mir in voriger Saison beschieden, läßt mich auch der diesjährigen mit Zuversicht entgegensehen. Für dieselbe habe ich eine Reihe

vollständig neuer Kräfte und sensationeller Attraktionen
sowohl auf dem Gebiete der zirkusischen als auch Spezialitätenkünste gewonnen, ebenso hat mein Marstall durch Erwerbung zahlreicher edler Pferde eine wertvolle Bereicherung erfahren.
Auf dem Gebiete der Freiheitsdressuren und hohen Schule werde ich auch dieses Mal wieder
Neuartiges und absolut Originelles
bringen. Was die Manegenschaustücke anbetrifft, so hoffe ich durch Originalität der Erfindung, Inszenierung und Ausstattung alles bisher Gebotene bei weitem zu übertreffen.
Ich hoffe daher alles für eine erfolgreiche Saison getan zu haben, und gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, der mich so ehrenden Sympathien der Bewohner Berlins und Umgebung auch diesmal teilhaftig zu werden.
Hochachtungsvoll und ergebenst
Alb. Schumann,
Königl. Preuß. Kommissionsrat und Zirkusdirektor.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
Vollständig neues, schönstes Programm Berlins.

Hadi Bramien ist wieder da! Kurt Ellen, der aktuelle Dumorist. Gebr. Eldinger, Konturenloser Akrobat. The Decollins, Kunstschüler. Hedwig Böring, die beliebte Soubrette. Matuschka-Trio, russischer Gesang und Tanz.

Miß Roben mit ihren sechs Wunderaffen. Orig. The Beyroths usw.
Täglich: Ball, Kaffeefläche, Volksbelustigungen aller Art.
Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein Kind unter 10 Jahren frei, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps (Oekonom E. Niemann) Am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins.
Heute
Donnerstag: Operetten-Abend
von

Johann Strauß aus Wien

Dirigent d. k. u. k. Oesterr. Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Referv. Pl. 1 M.
Alles im Vorverkauf: bei Votz u. Bod. Wertheim und in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Neue Welt. Arnold Scholz.

Donnerstag, den 7. September 1905: Letzter Elitetag!
Letztes großes Feuerwerk
In dieser Saison.
Promenaden-Konzert der Handkapelle Dir. Berthold Bothe.
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Alle Passpartouts gelten! Entree 25 Pf.
Nächsten Sonntag:
Herbstfest der Berliner Turngane.

Buchhandlung Vorwärts :: Berlin SW. 68

Lindenstraße 69
Soeben ist erschienen:
Intime Briefe

Ferdinand Lassalles

an Eltern und Schwester
Herausgegeben von Eduard Bernstein
Nebst einem Anhang:
2 Briefe Lassalles über Liebe und epheliche Treue
2 Briefe Sophie v. Hagfeldts an Angehörige Lassalles
Preis 3 Mark Porto 20 Pfennig
Die hier veröffentlichten Briefe reichen von Lassalles Knabenjahre bis zum Vorabend seines Todes. Es sind selbstverfaßtlich nur ein Teil der wirklich geschriebenen. Sie gewähren aber dem Leser einen tiefen Einblick in die Anschauungen und den Charakter des großen Agitators. Freilich treten in diesen Briefen die theoretischen Auseinandersetzungen und die politischen Ansichten Lassalles in den Hintergrund. Es ist Lassalle als Mensch, der uns hier näher tritt. Der Herausgeber hat den Briefen ein Vorwort und Erläuterungen gewidmet.

Quisenstädtisches Klubhaus, Annenstraße 10.

Saal & Festlichkeiten. Landrösches Weibler, Lagerbier. Bekannt vorzügliche Küche. Vereinszimmer frei

Deutsch-Amerikan. Theater.

Köpenickerstraße 67/68.
Abend 8 Uhr, Gastg. Ad. Philipp
Der erste Schlager
der Saison
Aber Herr Herzog.
Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.

Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Söngerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward dress. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Helena amerik. Söngerin.
Die Trombetas italien. Duett.
Paul Spadani Kraft-Jongleur.
„In Japan“ Ballettdivertissement.
Tina Clementa Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sönger.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Etablissement Byggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

ELYSIUM.

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert. Auftreten v. 38 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Dr. Lell

wohnt jetzt:
Rosenthalerstrasse 26 II.
Sondopatz und Spezial-Krzt für Haut-, Harn- und Geschl.-Leiden.
11-2 u. 6-8. Sonnt. 11-3.

Saison

Ausnahmepreis!

Reichgesteckte

Portieren

Die komplette Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Quorb.) in Viktoriatuch 5²⁵ (Wert 8,50)

in Wollserge 5⁸⁵ (Wert 10,50)

in Plüsch . . . 10⁵⁰ (Wert 16,00)

Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Oranienstr. 158.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Pracht-Katalog ca. 600 Abbild. gratis u. franko.

Extra billig!

div. Teppiche

mit kleinen Webefeldern!

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt: abends 7 Uhr.

N. 2. Die kinderlose Witwe erbt in Gemeinschaft mit ihren Schwiegereltern oder, falls diese verstorben sind, mit den Geschwistern des Verstorbenen. Ihr steht es zu, zu wählen, ob sie nach männlichem Recht oder nach dem des Bürgerlichen Gesetzbuches erben will. Wählt sie das

Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches, so erbt sie die Hälfte und überdies als Voraus die Hochzeitsgegenstände und die Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehören. — N. 3. 100. 1. Sie müssen einen ähnlichen Auseinanderziehungsein seitens des Amtsgerichts beibringen wie ein Bittver. Ein Beispiel finden Sie S. 224 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. 2. Wenn Ihre Frau für den schuldigen Teil erklärt ist, so ist nicht ersichtlich, weshalb nicht Sie die gesetzlich Ihnen obliegende Erziehung übernommen haben. Die Forderung der Kinder auf Alimentation verjährt erst in 30 Jahren; der gesamte Lohn ist in Ihrem Falle pfindbar, weil es sich um eheliche Kinder handelt. — S. 3. 20. 1. Reineid ist mit Justizhaus

bedroht. 2. Ja. — St. 2. Die Sachlage darlegen, eventuell klagen. Ihre Darstellung läßt aber nicht erkennen, ob Ihre Ansicht zutrifft, daß Sie nach dem Gesetz keiner Landesstrafe angehören. — S. 3. 13. Rein. Kopie. Unterlassen Sie Ihr Vorhaben; dieselbe kann als Urkundenfälschung und Betrug angefaßt werden. Der Sohn sollte in eigenem Namen mieten. — Bergner. Sie können lediglich beim Amtsgericht auf Rückgabe klagen. Betrug und dergleichen ist die Handlungsweise Ihres Arbeitkollegen nicht.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am Montag, den 4. September, verstarb unser Mitglied, der Journalist Willi Rabe, 71/16. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vom Moabiter Krankenhaus aus nach dem neuen Johannis-Kirchhof in Pöhlensee statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Journalist Willi Rabe am 4. September gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses aus statt. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler Max Riehmann gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses am Urban aus nach dem Luisen-Kirchhof, Hermannstraße statt. Regelmäßige Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Carl Möller verstorben ist. 71/16 Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Moabit, Birkenstraße, nach dem Neuen Pöhlens-Kirchhof, Pöhlensee, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Ortsverwaltung Berlin I.

2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 10. September 1905: Gr. Sommerfest in den Gesamträumen der Berl. Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, bestehend in: Konzert * Gesang * Ball * Kinematograph. Konzert und Ballmusik ausgeführt vom „Neuen Berliner Konzert-Orchester“ (Dirigent: Rudolf Tietz). — Gesang von Mitgliedern des „Arbeiter-Sängerbundes“ (Dirigent: Bloß). Von 6 Uhr ab im großen Saale: BALL. Herren zahlen 50 Pf. nach. Nachmittags von 5-8 1/2 Uhr: Kinderspiele, unter Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“. Kinder-Fackelzug, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Die Kaffeeküche ist von 2-6 Uhr geöffnet. 210/4* Eintrittspreis: Im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Anfang 4 Uhr. Billetts sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Fritz Zenker, 71/7 verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simon-Mannuel-Kirchhofs, Weihensee, Falkenberger Weg, aus statt. Die Ortsverwaltung Berlin I.

Am 5. d. Mts. entschlief unser lieber Kollege, der Unleimer Fritz Hennig. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Feldstraße, aus statt. Die Kollegen 410/2 der Pianoforte-Fabrik „Merkur“.

Danfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Karl Schuchholz sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Norddeutsche Schiffe“, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Meister und den Kollegen der Firma Rehr u. Weisse, der „Freien Vereinigung der Tourneegüter Grünau“, und dem Gesangsverein „Fraternitas“ meinen tiefgefühlten Dank. Frau Schuchholz.

Restaurant „Zur Drachenburg“ An der Schlesiischen Brücke Inhab.: Paul Schocke, An der Schlesiischen Brücke empfiehlt großen Saal, 500 Personen fassend, mit neuer Bühne, den Vereinen zu Festlichkeiten und Versammlungen, auch sieben große und kleine Vereinszimmer zur Verfügung. 4190/1 Zwei große elegante Kegelbahnen. Elektromotoren-Anlagen. Ingenieur J. Freund Jr., Gitschinerstr. 100a.

Maurer- und Zimmerer-Poliere, überhaupt Bauhandwerker, welche selbst bauen wollen, erhalten von uns Baustellen unter sehr günstigen Bedingungen bei ganz kleiner Anzahlung, eventuell auch ohne bare Anzahlung. Adressen unter N. 1 Expeditions des „Vorwärts“. 13536

Zahn-Klinik. Preise beliebige Zahn-Heilung. Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.



Warenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-50. — Krausenstrasse 44-49.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend kommen, soweit der Vorrat reicht

4 Waggon Glas, Porzellan und Wirtschaftsartikel

sehr preiswert zum Verkauf

Glas

Table listing various glass items and their prices: Rotweingläser Kristall graviert 30 Pf., Rheinweingläser Kristall graviert 30 Pf., Likörgläser Kristall graviert 20 Pf., Seidelohse Kristall graviert 45 Pf., Fussgläser Kristall graviert 45 Pf., Sektschalen Kristall graviert 35 Pf., Madeiragläser Kristall graviert 25 Pf., Teebecher 10 Pf. Kristall 28 Pf., Römer 32, 48 Pf., Römer Kristall 75, 85 Pf., Glasteller geschliffen 20, 22 Pf., Salatiären 35, 45, 55, 70, 80 Pf., Käseglocken 45, 75 Pf., Zuckerschalen 38 Pf., Fussbecher geschliffen 20, 23 Pf., Bier tulpen 23 Pf., Weinkaraffen 175, Wassergläser geschliffen 20 Pf., Selterbecher mit Goldrand 7 Pf., Hohlbodenbecher 0,8 gealcht 10 Pf., Butterdosen gepresst 22 Pf., Glasteller 5 Pf.

Ein Posten einzelne und dekorierte Milchtöpfe und Zuckerdosen 10, 15, 25, 35, 45 Pf. 25 Pf.

Porzellan

Table listing various porcelain items and their prices: Speiseteller tief u. flach, massiv 15 Pf., Speiseteller tief u. flach, englisch 18 Pf., Speiseteller tief u. flach, englisch Façon 18 Pf., Speiseteller Perirand 15 Pf., Dessertteller 10 u. 12 Pf., Compotteller 8 u. 10 Pf., Terrinen rund u. oval 100, Kartoffelnöpfe 65 Pf., Sauviären 55 Pf., Salatiären 55 Pf., Gemüseschüssel 65 Pf., Tafelservice 80teilig 1500 2050, Tafelservice 60teilig 3500 4260, Tafelservice 80teilig 5250, Kaffeeservice 9teilig fein dekoriert 295, Kaffeeservice 9teilig 375 525 575, Kaffeeservice 15teilig 650.

Ein grosser Posten Majolika-Kübel 15 25 95 Pf. 185. Milchtöpfe ff. dekoriert mit Goldhenkel, Satz 6teilig, statt 3.95 275 statt 2.50 150. Vorratstonnen ff. dekoriert Porzellan 75 Pf.

Echt Prager Emaille mit Kupfer-Schutzreifen.

Table listing various enamelware items and their prices: Kochoöpfe ca. 1 1 1/2 2 2 1/2 3 3 1/2 4 5 Ltr. Inh. 85 Pf. 100 185 150 170 190 210 255. Casserollen 1/2 1 1 1/2 2 2 1/2 3 1/2 4 1/2 6 Ltr. Inh. flach od. tief 70, 95 Pf. 115 140 165 210 265 345. Rostbratendünster 14 16 18 20 22 24 cm mit Deckel 100 115 140 160 200 285. Kaffeekocher mit Charnierdeckel 1/2 1 1 1/2 2 2 1/2 Ltr. Inh. 190 170 210 245 270. Kartoffeldämpfer mit Sargendeckel ca. 2 2 1/2 3 1/2 Ltr. Inh. 350 420 480.

Ca. 5000 Kilo Eisengeschirr, emailliert, alles gangbare Gebrauchs-Artikel - p. Pfd. 18 Pf. - Eimer f. dekoriert mit Deckel 175 200. Eimer alle Farben, 28 cm 70 Pf. Wannen oval 50 cm statt 2.00 135.

Ferner 2 Waggon gut aussortierte Emaillewaren z. B. Kaffeekannen von 25 bis 65 Pf. Schmortöpfe 6 Gr. v. 30 bis 90 Pf. Bratpfannen von 12 bis 70 Pf. Bratenplatten oval 6 Gr. v. 30 Pf. bis 140. Wasserkrüge 38, 60 u. 95 Pf. Teller 10 u. 15 Pf. Schüsseln von 20 Pf. bis 110. Milchtöpfe m. Ausg. 10 Gr. v. 15 bis 70 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlfreis. Sonntag, den 10. September, in den Gesamträumen der „Berliner Bod- & Brauerei“: Sommerfest. Konzert, Gesang, Ball, Kinematograph, Kinderspiele. Anfang 4 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Die Fleischermeister fangen an zu „fordern“!

Nun kommt endlich Leben und Bewegung mehr und mehr auch unter die Fleischermeister, die angesichts der herrschenden Fleischnot immer noch sich damit begnügt hatten, achselzuckend zu versichern, daß nicht sie an den hohen Fleischpreisen schuld seien. Lange genug hat man darauf warten müssen, daß auch sie an der Abwehrbewegung tätigen Anteil nähmen. Man sagt, es sei manchem unter ihnen noch vor einem oder zwei Jahren gar nicht so unerwünscht gewesen, daß durch die Grenzsperrn die Vieh- und Fleischpreise auf einer gewissen Höhe gehalten wurden. Aber allmählich ist die Preissteigerung doch zu arg geworden, und nun haben sie's endlich alle begriffen, daß sie von der Fleischarteuerung ihren Schaden haben, weil sie den Konsum verringern.

In Berlin ist die alte Fleischerinnung untätig geblieben bis auf den heutigen Tag. Aber die Freie Vereinigung der Fleischermeister von Berlin-Ost hat den Bagemut gehabt, aus dem Stegreif eine Art von Deutschem Fleischertag nach Berlin zusammenzutrommeln, der zur Fleischnot Stellung nehmen sollte. Am Mittwoch um 2 Uhr nachmittags traten ein paar Tausend Fleischermeister aus zahlreichen Orten Deutschlands im „Konfordia“-Etablissement in der Andreasstraße zusammen. Die Verhandlungen ergaben vollste Einmütigkeit darüber, daß trotz Herrn v. Poddbielski und seinen Agrariern eine Fleischnot besteht, daß sie nicht nur die Konsumenten schwer belastet, sondern auch die Fleischermeister selber schädigt, und daß nur von der Aufhebung der Grenzsperrn eine Milderung zu erwarten ist.

Vorausgeschickt möchten wir, daß die Unzufriedenheit der Schlächtermeister ihrer Loyalität doch nicht den geringsten Abbruch getan hat. Der Einberufer und Vorsitzende begann mit einem Hoch auf den Kaiser, das mit ungeschwächter Begeisterung aufgenommen wurde. Auch Obermeister Wiegandt, Nordhausen, der das einleitende Referat gab, betonte ausdrücklich, daß die Fleischermeister gute Staatsbürger bleiben wollen, die Thron und Vaterland zu schützen bereit sind. Daß der Landwirtschaftsminister erklärt hat, es gebe noch keine Fleischnot und es sei noch nicht nötig, die Grenzen zu öffnen, das — so sagte der Referent — sei beklagenswert und müsse „uns tief erschüttern“. Aber er vertraut, daß Herr v. Poddbielski sein Versprechen halten werde, die Grenzen wenigstens dann zu öffnen, wenn der Viehtrieb gegenüber den Vorjahren um 10 Proz. gewachsen sei. Den städtischen Körperschaften, die sich jetzt allenthalben rühren und zur Frage der Fleischnot Stellung nehmen, machte Obermeister Wiegandt sein Kompliment. Jetzt solle auch der Stand der Fleischermeister die Regierung anrufen, daß sie ein geneigtes Ohr haben und endlich Milderung gewähren möge.

Die Debatte, die sich durch mehrere Stunden hinzog und an der sich die Vertreter der Innungen verschiedener Städte beteiligten, schien anfangs sich in ähnlichen Gleisen bewegen zu wollen. Erst allmählich kam ein schärferer Ton hinein und man erklärte sich, daß die Fleischermeister nicht bitten, sondern fordern wollen. Alle Reden klangen aus in den Satz, nur eine Grenzöffnung könne helfen. Gegen Schluß der Verhandlungen meldete sich auch der Berliner Stadtverordnete Cassel, der in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter für Berlin-Ost eingeladen zu sein behauptete. Herr Cassel versicherte, er wolle hier nicht Parteipolitik treiben, aber er machte dann doch kräftige Reklame für seine Partei. An Poddbielskis seichte Witzen über den Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der sich ja selber der Schweinezucht widmen könne, knüpfte Cassel die alberne Bemerkung, dieses Wort werde den Sozialdemokraten, die ohnedies nicht an einem Uebermaß von Verschwendung litten, vollends die Brust vor Hochmut schwellen lassen. Selbst den „träumerischen sozialistischen Zukunftsstaat“ ließ dieser Führer des Berliner Rathhausfreiklubs vor der Phantasie seiner Zuhörer aufsteigen, damit nur ja die impotente Protestversammlung der Fleischermeister Deutschlands auf das ihm sympathische seichte Niveau einer freijünnigen Bezirksvereinsversammlung herabgedrückt werde.

Die Verhandlungen endeten um 6 Uhr abends mit der widerspruchsflosen Annahme einer etwas lang geratenen Resolution, die auf den zunehmenden Mangel an Schlachtvieh in Deutschen Reich, sowie auf die immer geringer gewordene Qualität des auf den Markt kommenden Schlachtviehes hinweist und im Interesse der Fleischer wie der Konsumenten fordert, daß die Grenzsperrn aufgehoben werden.

Sehn Mark Entree und solche Enttäuschung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ drückt aus einem auswärtigen Blatt die Privatgefühle ab, die ein Herr v. R., der sich „Provinzler“ nennt, von der letzten Parade mit nach Hause brachte. Zur Kennzeichnung des Paradenpatriotismus wollen wir aus der Schilderung die wesentliche Stelle wiedergeben:

„Inzwischen rüden die Truppen von allen Seiten mit klingendem Spiele an, langen beweglichen Schlangen gleichend, und sie schieben sich, eine nach der anderen, in die ihnen vorgezeichnete Stellung ein. Um, ein bißchen weit weg! Selbst mit dem Glase erscheinen sie nicht größer als winzige Weisoldaten. Nun, das wird eben nur die erste Frontaufstellung sein, nachher müssen sie doch dicht an uns vorüber, — wir haben ja schwarz auf weiß berichtet und sehn Mark dafür bezahlt! Und jetzt sänder Durrageschrei von der Chaussee her, mit dem sich, allmählich einfallend, die Mänge des feierlichen alten Präsentiermarsches vermischen, die Nähe des allerhöchsten Kriegsherrn an. Das ist der Moment, wo man zu seinem Fernglase mit dem Dichter sprechen möchte: „Mein Freund, kannst Du nicht Länger sein?“ — Denn, selbst mit aller Anstrengung der weit aufgerissenen Augen vermag man durch dieses treffliche Instrument nur die Gewißheit zu erlangen, daß da ganz weit, ein paar tausend Meter von uns entfernt eine kleine Kavalkade das Feld im Galopp erreicht hat und nun, am rechten Flügel der Truppen angelangt, im Schritt an ihnen entlang reitet. Das dauert eine gute Stunde,

die uns auf der Tribüne nicht eben viel Abwechslung bietet. Aber was tust, unsere Zeit muß doch noch kommen und wie zur Veruhigung greifen wir an das Sehn Mark-Willkitt in der Tasche. Nun formieren sich die Regimenter schon zum Vorbemarsch, aber wer noch so viel Vertrauensseligkeit besaß, anzunehmen, daß jetzt der Kaiser, dessen Gestalt wir an der Spitze der Kavalkade nur erraten, nicht erkannt haben, sich, wie es doch unser Programm uns verhieß, unserer Tribüne gegenüber positionieren würde, erleben die schwerste Enttäuschung des Krepatzenreihen Tages. Der Platz vor uns bleibt leer, gähnend leer. Auch alles, was noch kommt, die Hauptnummer: der doppelte Vorbemarsch der Garde vor ihrem kaiserlichen Herrn, vollzieht sich dort drüben, fern von uns. So fern, daß meine Nachbarn in einen erregten Streit darüber geraten, ob der weiße Fiedel, den man in einer Equipage bemerkt, etwa eine Prinzessin bedeutet oder einen Militärgeneral.“

Es muß ein sehr kerniger Patriotismus sein, der den Anblick des „allerhöchsten Kriegsherrn“ einer Zugnummer im Wintergarten gleich hervorsetzt. Wer die preussische Geschichte, namentlich der jüngsten Vergangenheit, vor seinem unbefangenen Blick vorüberziehen läßt, wird dem enttäuschten Paradebesucher allerdings das grobe Mißverständnis verzeihen.

Die Fleischnot.

Der Magistratsberichterstatler teilt mit: Zur Fleischnotfrage bringt der „Leichs-Anzeiger“ eine amtliche Statistik über den Viehtrieb an acht der größten preussischen Schlachtviehmärkte für die verfloßenen acht Monate Januar bis einschließlich August, die beweisen soll, daß eine Fleischnot nicht besteht. Dem gegenüber ist es angezeigt, daß ein großer Teil des Auftriebes für den Berliner Viehhof aus minderwertigen, nicht voll schlachtreifen Vieh bestanden hat, und daß jetzt regelmäßig aus der ganzen Umgebung von Berlin die Schlächter der kleinen Städte, wie z. B. Trebbin, Spandau, Oranienburg, Vornau, Mittenwalde, Jossen usw., ferner die Tausenden von Landbeschlächtern, die früher ihren Bedarf bei den Landwirten direkt deckten, heute ihr Fleisch bei den Berliner Engroschlächtern einkaufen. Diese Schlächter laufen vor einem Jahre noch ganze Tiere von den Landwirten, heute kaufen sie nur das allernotwendigste, d. h. einzelne Stücke, wie z. B. ein Rinderquartel u. dgl. in Berlin, wie sie es gerade brauchen. Daraus ist die Nachfrage ganz gewaltig gestiegen, denn es ist ein Unterschied, ob nur der Stadtkreis Berlin oder Berlin und die Provinz von Berlin aus versorgt werden muß. Hierzu kommt noch, daß mindestens ein Drittel des ganzen Auftriebes den Berliner Viehhof lebend verläßt, um nach anderen Städten verladen zu werden und nur zwei Drittel dem Berliner Schlachthof zugeführt wird. Daß eine große Fleischnot vorhanden ist, kommt in den Preisen deutlich zum Ausdruck. Nach den Nachweisen des kaiserlichen Statistischen Amtes über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes — also einer gewiß unanfechtbaren Quelle — kosteten im Januar/März 1900 die Schweine im Durchschnitt pro Doppelzentner 90 M. — und 1905 schon 117 M. Seitdem sind die Preise in den letzten Monaten bis auf 130 M. gestiegen. Dänen wurden 1898 im Januar/März mit 100,9 M. bezahlt, 1905 kosteten sie schon 122 M. im Januar und 137,60 M. im Juli d. J. Es sind dies immer nur Durchschnittspreise. Kälder kosteten 1898 im Januar/März 133,6 M., in derselben Zeit 1905 schon 164,1 M. und im Juli/August 1905 bereits mittlere Kälder 170 M. Mastlammern stellten sich auf 109 M. im Jahre 1898, 1905 schon auf 135 M. Die Preissteigerungen sind also sehr bedeutend und erstrecken sich nach den Angaben des kaiserlichen Statistischen Amtes nicht nur auf Berlin, sondern, soweit die Berichte vorliegen, auf München, Danzig, Köln, Hannover, Magdeburg, Frankfurt a./M., Leipzig, Dresden und Chemnitz i./S.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer heutigen Sitzung u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl je eines Mitgliedes in die Finanzdeputation, in das Kuratorium des Friedrich-Gewerbepensionsamtes, in das Kuratorium des Friedrich-Wilhelms-Hospitals etc., in das Kuratorium der Elisabeth-Stiftung etc., in die Brennmaterialdeputation und in das Kuratorium für das Turn- und Wadewesen. — Vorlagen betreffend die Neuwahl eines Kammerers, die Teilung des Bezirkes des 104. a. Gemeindefinanzamtes sowie der 112 b., 166 a. und 203 c. Armenkommission, — die Nachweisung des Umfangs der öffentlichen Beleuchtung im Vierteljahr Januar/März d. J., — Abänderung der Sicherheitsleistung durch die Straßensphäntierungs-gesellschaften, — die Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Straße, — die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Förderung der Frage, ob für die städtischen Waisenlinder Anstalts- oder Familienpflege vorzuziehen ist, — den Geschäftsbetrieb der Städtischen Sparkasse im April/Juni-Vierteljahr dieses Jahres, — die Annahme einer lehrwürdigen Invention des verstorbenen Kaufmanns und Bankiers Joseph Goldschmidt, — die Wahl von Vertrauensmännern für die zu bildenden Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, — die Bewilligung von Ehrenpreisen an den Verein Berliner Geflügelzüchter „Fortuna“, — die Zuteilung des vom 1. April d. J. ab eingemeindeten Grundstückes des Steinschneiders Drechsle zum Stadtbezirk 323, — die Ueberweisung eines Betrages von 20 000 M. an die v. Jordanbedelle-Stiftung, — die gegen die Mäßigkeit der Gemeinde- und öffentlichen erhobenen Einwendungen, — die Neueinrichtung der Kochküche im städtischen Arbeitshaus in Hummelburg, — die erfolgte Zuerkennung von Preisen aus der städtischen Stiftung zu Preisaufgaben für Studierende der hiesigen Universität, — die Bewilligung eines Betrages zu der Errichtung eines Denkmals für Rudolf Virchow auf dem Karlsplatz, — die Abtretung von Straßenland und Zahlung von Anliegerbeiträgen an die Gemeinde Hummelburg behufs Regulierung der Fischerstraße dafelbst, — die Erneuerung der Gasanlagen im Friedrich-Wilhelms-Hospital, Palliadenstr. 37, — die für Erwerbungen von Straßenland oder Paubestimmungen auf Grund von Entschädigungs-beschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1905 gezahlten Entschädigungen, — die Festsetzung einer neuen Mautlinie auf der Ostseite der Neuen Wilhelmstraße von der Straße Unter den Linden bis zur Dorotheenstraße und Anlauf des nach dieser Hauptlinienfestsetzung zur Straßenerweiterung erforderlichen Grundstücks Neue Wilhelmstr. 8b bezw. Unter den Linden 70, — den Grundstücksverwertungs-Fonds — und die Ablösung einer auf den zum Rathausbau verwendeten Grundstücken Königstr. 16/17 noch lastenden Hypothek, Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung gemeinsame Schritte zu unternehmen, den Bundesrat zu veranlassen, die Sperrung der Grenze gegen die Vieheinfuhr aufzuheben, Vorlagen betreffend die Errichtung einiger Schul- und Wohnbaracken auf den Grundstücken der 272. und 273. Gemeindefinanz.

Der „häßliche Zug“. Zur Kennzeichnung der bürgerlichen Presse von 1905 geben wir folgende Mitteilung der „Morgenpost“ wieder: „Von einem hübschen Zug des Kronprinzen berichtet uns ein Augenzeuge: Als der Kronprinz gestern an der Spitze seiner Kompanie das Paradefeld verließ und diese durch die weniger belebten Straßen westlich der Bellealliancestraße zum Potsdamer Bahnhof führte, wurde er, da hier keine Abperrungen vorgenommen worden waren, von der Schuljugend, die ihn alsbald erkannt hatte, umringt und durch laute Jubelrufe begrüßt. Der Kronprinz, durch diese ungehinderten Ovationen sichtlich erfreut, gestattete, daß die Menge bis an die Seite seines Pferdes herankam und ihm die Hand drückte. Als auch ein kleiner Junge dies vermute und Gefahr lief, unter das Pferd zu kommen, hob der Kronprinz ihn auf und ließ ihn unter dem Jubel der Masse auf seinem Pferd sitzen. Durch diese leutselige Haltung des Kron-

prinzen ermutigt, wagte es ein älterer Knabe, ihm eine Zigarette zu offerieren, die er grüßend annahm, um sich gleichzeitig noch Feuer zu erbitten. Zur Belohnung schenkte er dem Jungen eine Mark. Am Schöneberger Ufer winkte der Kronprinz einen Postboten heran, in dem er einen früheren Soldaten seiner Kompanie erkannt hatte und unterhielt sich längere Zeit mit ihm, um ihm zum Abschied ein Goldstück in die Hand zu drücken. Nur mit Mühe konnte der Kronprinz dann am Potsdamer Güterbahnhof unter dem Jubel der Menge sein Automobil besteigen und nach dem Schlosse fahren.“

Es ist hier ja nicht von einem, sondern von vielen „hübschen Zügen“ des Kronprinzen die Rede; für den hübschesten Zug von allen hält die „Morgenpost“ offenbar den, den der Kronprinz aus der ihm von einem älteren Knaben offerierten Zigarette tat. Öffentlich war der ältere Knabe schon ein alter Knabe, dem kein Lehrer und auch kein gestrenger Vater von wegen Zigarettenrauchens auf der Straße mehr das Fell verschölen kann. Im anderen Fall würde auch wohl die Ausrede, daß der Kronprinz Feuer und Glimmfengel von ihm genommen habe, dem „älteren Knaben“ kaum etwas nützen.

Die Pläne der fünf städtischen Straßenbahnen wurden, wie feinerzeit gemeldet, im Juni d. J. von den Aufsichtsbehörden an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückgeschickt, einige Abänderungen in der Linienführung vorzunehmen. Beanstandet wurden namentlich die eine der geplanten Südklinien, Großgörschenstraße-Dönhofsplatz und die Nordlinie vom Wallenplatz nach dem Stettiner Bahnhof. Bezüglich der ersteren bietet, wie erinnerlich, die Ueberführung des Landwehrkanals am Hofenplatz große Schwierigkeiten. In der Ausschüttung vom 14. November v. J. hatte Stadibaurat Krause selbst gesagt: „Sollten aber seitens der Polizei gegen die Benutzung der Augusta-Brücke Schwierigkeiten gemacht werden, so müßte die Bahn aber eine neu anzulegende Brücke am Hofenplatz, die schon früher geplant worden sei, geführt werden.“ In der Tat haben nun die Aufsichtsbehörden mit Rücksicht auf den Engpaß am Landwehrkanal und die steile Anrampung der Königin-Augusta-Brücke empfohlen, die städtische Straßenbahnlinie lieber im Zuge der Köthenerstraße direkt über den Kanal zu führen und das Projekt der erwähnten „neu anzulegenden“ Brücke einzuziehen. Städtischerseits ist nun aber der Bau einer neuen Brücke mit der Begründung abgelehnt worden, die örtlichen Verhältnisse gestatteten einen solchen Brückenbau nicht, namentlich sei eine Anrampung auf der Seite des Schöneberger Ufers nicht ausführbar. In den den Aufsichtsbehörden wieder vorgelegten Plänen ist daher die Linienführung über die Königin-Augusta-Brücke beibehalten worden, nur daß diese jetzt durch den Engpaß unterhalb der Eisenbahnbrücken zweigleisig gedacht und zwecks bequemerer Anfahrt auf die Brücke ein Teil des Vorgartengeländes vor dem Hause Königin-Augustastr. 3/4 in Anspruch genommen worden ist. Bezüglich der Nordlinie war die Verlegung der Petersburgerstraße mit vier Gleisen beanstandet worden. Dort will die Stadt auf die Mitbenutzung der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn, welche zwischen Wallenplatz und Landberger Chaussee liegen, verzichten; eine Mitbenutzung wäre hier auch nur auf Grund freier Vereinbarung möglich, da ja vertraglich nur 400 Meter mitbenutzt werden dürfen und jene Strecke mehr als doppelt so lang ist. Mit viergleisigen Bahnen hat man aber schon vielfache Erfahrungen gemacht: in der Mauerstraße und vor dem Kammergericht sind sie daher auch befreit worden. Auch bezüglich dieses Punktes ist die Stadt bei ihrem früheren Projekte geblieben, so daß auch nach den wieder vorgelegten Plänen die Petersburgerstraße mit vier Gleisen bedacht ist. Die Aufsichtsbehörden müssen nun in eine erneute Prüfung der städtischen Straßenbahnpläne eintreten; bleiben sie, wie eigentlich zu erwarten steht, bei ihrer Ansicht, so dürfte die endgültige Entscheidung dem Minister der öffentlichen Arbeiten zufallen.

Nach den „Amtlichen Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Berlin“ betraf im Juli d. J. die Zahl der neu erhobenen Anträge auf Gewährung einer Invalidenrente auf 535, wozu 624 aus den Vormonaten übernommene hinzutraten. Von diesen 1159 Anträgen wurden bewilligt 372, abgelehnt 67, anderweitig erledigt 3 und 717 blieben unerledigt. Die 372 bewilligten Invalidenrenten fielen 250 Männern und 122 Frauen zu; darunter waren 45 Krankenrenten für 28 Männer und 17 Frauen. Anträge auf Altersrente wurden 27 erhoben und 25 übernommen; bewilligt wurden 15 (10 Männern und 5 Frauen), abgelehnt 4 und 33 blieben unerledigt. Im ersten Halbjahre 1905 sind insgesamt 3291 Anträge auf Invalidenrente erhoben worden gegen 3289 im gleichen Zeitraum des Jahres 1904. Aus dem Vorjahre übernommen wurden 476 (503), bewilligt 2719 (2912), abgelehnt 383 (320), anderweitig erledigt 41 (44) und nicht erledigt 624 (519). Während die Zahl der neu erhobenen Anträge also gegen das Vorjahr nur um zwei zugenommen hatte, ist die Zahl der Bewilligungen um 6,6 Proz. heruntergegangen und die der Ablehnungen um 19,7 Proz. gestiegen. Die Anträge auf Altersrentengewährung haben abgenommen, es wurden 154 (im Vorjahr 177) erhoben, 25 (25) übernommen, 134 (154) bewilligt und 23 (22) abgelehnt. Für die 388 Fälle der Ablehnung von Invalidenrentenanträgen werden als Grund der Ablehnung angegeben: Erlöschen der Anwartschaft in 133 Fällen, noch bestehende Erwerbsfähigkeit in 155 und Nichterfüllung der Wartezeit in 72 Fällen, während in 23 Fällen andere Ursachen maßgebend waren. Bis Ende Juni 1905 war die Zahl der Nummern der Rentenliste auf 42 473 gestiegen; davon waren bis zum gleichen Zeitpunkt weggefallen 17 250, so daß am 1. Juli d. J. die Zahl der laufenden Renten 25 223 betrug. Darunter waren 20 907 Invaliden-, 1785 Kranken- und 2531 Altersrenten.

Dem neuen Krankenhaus. In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbaudeputation erhaltete Stadibaurat Hoffmann über den Stand der städtischen Bauten Bericht. Angesichts der Krankenhausnot sind vor allem seine Mitteilungen über das Virchow-Krankenhaus von Bedeutung. Es sind an diesem Bauwerk 55 Gebäude im Rohbau fertiggestellt worden. Nur mit dem Bau des noch nachträglich verlangten Obduktionshauses der Infektionsbarackenabteilung konnte noch nicht begonnen werden, da die staatliche Genehmigung des Vorentwurfes hierzu erst dieser Tage erfolgt ist. Die inneren Ausbauarbeiten sind bei den meisten Gebäuden schon weit vorgeschritten, der größere Teil der Rohbauten ist ausgeführt und in Arbeit. Mit der Ausführung der Pfasterarbeiten und der Umwahrungen wird dieser Tage begonnen werden und von den Garten- und Parkanlagen dort ist der bei weitem größere Teil schon fertiggestellt worden. Das Krankenhaus soll im nächsten Frühjahr dem Betrieb übergeben werden.

Ferienwanderungen der Volksschüler. Der Deutsche Verein für Volkshygiene, Nostr. 7, schreibt uns: Die Ferienwanderungen der Volksschüler, welche in diesem Sommer zum erstenmal verjudungsweise der Deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin e. V. durchgeführt hat, haben in jeder Beziehung einen ausgezeichneten Erfolg gehabt. Es wanderten 100 Schüler im Alter von 12 bis 14 Jahren in Gruppen von 20 unter Führung je eines Lehrers, und in sechstägiger Wanderfahrt besuchten die Knaben die schätsche Schweiz, die mecklenburgischen Seen, Hamburg und seine Umgebung, wo durch die Güte des Norddeutschen Lloyd eine Seefahrt gemacht wurde, und die heimische Mark bis hinauf zur Seeelste. Mit Ausnahme von Mecklenburg fanden die Knaben bei der Bewöllerung fremdliche Aufnahme und mancherlei Unterfütterung, und sie sind trotz fast täglichen Marsches körperlich und geistig gekräftigt und erfüllt mit neuen Eindrücken nach Berlin zurückgekehrt. Sie haben unterwegs durch ihr bescheidenes und kameradschaftliches Verhalten, aber auch durch ihre offene Heiterkeit und durch ihre Berliner Schlagfertigkeit überall den besten Eindruck zurückgelassen und, was ganz besonders nicht verschwiegen werden soll, ihren führenden

Lehren haben sie für deren aufopferungsvolle Mühe den aufrichtigsten Dank gezeigt. Dieses schöne Aeußere beruht wohl auf dem Wunsche, daß dieser erste Versuch eine ständige Einrichtung in Berlin werden möge und in dem kommenden Jahre nicht nur hundert, sondern tausende unserer Berliner Volksschüler, Knaben sowohl als Mädchen, je nach ihrem Alter, zu mehrtägiger Wanderung hinausgeführt werden möchten in die fernere Umgebung Berlins, damit sie dort wieder mit der Natur in Berührung kommen und unter fachgemäßer, erfahrener Leitung den schönsten Anschauungsunterricht genießen mögen, der denkbar ist.

Eine umfangreiche Betriebsführung besteht seit Montag in einem großen Teil des Fernsprechamts VII. Viele Strahlen, wie die Greifswalder, Chemnitzer, Marienburgerstraße usw. haben seit Montag mittag keinen Anschluß. Wie das Amt bereits am Montag mittag in einem Rundschreiben den Teilnehmern mitteilte, ist die Störung durch Schadhastwerden eines Fernsprechhebels entstanden. Der Schaden sollte nach dortiger Voraussicht in zwei bis drei Tagen beseitigt werden.

Herr v. Bredow auf dem Auto. Der Kraftwagen diebstahl, über den wir kürzlich aus der Ackerstraße berichteten, ist jetzt ganz aufgeklärt. Wie wir schon mitteilten, erschloß sich der eine der Diebe, ein Fensterputzer Ubbig aus der Ackerstr. 34, im Humboldthain, als ihm seine Festnahme drohte. Gestern, Mittwochmorgen, wurde der zweite Täter hier ergriffen, nachdem vor einigen Tagen das verschundene Auto in Habelberg wiedergefunden war. Von dort wurde der hiesigen Kriminalpolizei auf ihre Depeschen an alle Behörden mitgeteilt, daß ein Kraftwagen wie der beschriebene bei einem Schloßmeister zur Ausbesserung stehe. Nur lautete die Nummer 640 statt 1840. Ein Beamter fuhr mit dem Bestohlenen, dem Führer Widmann aus der Ackerstraße, nach Habelberg und B. erkannte seinen Wagen wieder. Der Mann, der ihn zur Ausbesserung gebracht hatte, nannte sich v. Bredow. Der Kriminalbeamte hatte aber gleich die Photographie eines Verdächtigen, des früheren Mechanikers Karl Bredow, mitgenommen und der Schloßmeister stellte fest, daß sein Herr v. Bredow niemand anders war als dieser Bredow. Der hatte erst vor kurzem das Juchthaus verlassen. Gestern morgen wurde er verhaftet, als er ein vorgefunden gestohlenes Fahrrad, dessen Eigentümer noch nicht bekannt ist, verkaufen wollte. Bredow ist geständig. Nach Verbüßung seiner Strafe lernte er eine Plätterin kennen, versprach ihr die Ehe und schwindelte ihr 700 M. ab. Statt dafür eine Wohnung zu mieten und die Einrichtung zu kaufen, verjubelte er das Geld. Dann fuhr er mit Ubbig das Auto, um nach Hamburg zu fahren. Als Mechaniker wußte er einigermaßen damit umzugehen, als Herr v. Bredow aber besahe er sich unterwegs mit seinem Freunde Ubbig und fuhr infolge dessen vor Habelberg in den Chauffeeграben. Das Fahrzeug nach der Ausbesserung abzuholen, wagte er nicht mehr. Die Nummer hatte er geändert.

Die Straßenbahn im Osten. Der Grundbesitzerverein Frankfurter Vorbezirk schreibt uns: Von uns ist an den hiesigen Magistrat eine Petition wegen Verlängerung der Gleise der Straßenbahn bis an die Elbingerstraße abgegangen. Diese Petition weist auf den schreienden Mißstand hin, daß der in den letzten Jahren neu entstandene, voll bewohnte Stadtteil zwischen der Greifswalderstraße und der Landberger Allee bis an die Elbingerstraße durch Verlegung der Konzeption an die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft von dem Verkehr nach dem Innern der Stadt vollständig abgeschnitten ist. Die Erteilung der Erlaubnis als Verlängerung dieser Linie widerspricht nicht dem gefassten Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, nach welchem der Straßenbahn-Gesellschaft keine Erlaubnis zum Bau neuer Linien mehr erteilt werden soll. Unterzeichnet ist diese Petition von 3021 Anwohnern der 17 Straßenzüge dieses Bezirkes und ist gewiß ein Beweis von der allseitig anerkannten Notwendigkeit.

Der Petition, die an sich ja begründet ist, wird schwerlich stattgegeben werden, da die Stadtverordneten-Versammlung bekanntlich auf dem aus den Verhältnissen heraus nur zu erklärenden Standpunkt steht, der Großen Berliner jede Gebietsausdehnung zu verweigern.

Drei Einbrecher wurden in der vorletzten und letzten Nacht in der Waldstraße auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Der Rentner und Hauseigentümer Orloff aus der Wormannstr. 5 hatte sich bei Bekannten einquartiert, während seine Frau in der Sommerfrische weilte. Diebe drangen in der vorletzten Nacht ein, indem sie die Auktentür im Seitenflügel mit einem Nachschlüssel öffneten. Da sie kein Geld fanden, da Orloff alles mitgenommen hatte, so packten sie drei Stand Betten und Kleidungsstücke zusammen, um sie als gute Beute mitzunehmen. Als sie eben mit den großen Bündeln das Haus verließen, sah sie ein Wächter, der sie mit einem Schußmann des 16. Regiments auf ihrer Flucht in der Waldstraße einholte und festnahm. Die ertappten sind beide vorbestraft und wohnungslos. — In der letzten Nacht um 12 Uhr suchten zwei Einbrecher den Schlächtermeister Theodor Wöring in der Rosenthalerstr. 62 heim. Sie schloffen in dem an der Ecke der Waldstraße gelegenen Hause mit einem Nachschlüssel eine kleine Posttür auf, weckten aber durch das Geräusch den Meister und die Gefellen. Diese machten sich sofort an die Verfolgung und ertappten noch den Schmierseiber, einen 25jährigen Arbeiter, während der zweite Epiläube entkam.

Ein guter Anfang. Auf der offiziell noch gar nicht eröffneten neuen Nordbahn in Steglitz hat ein Einbruchdiebstahl stattgefunden. Heute nacht wurde aus der Radlabinen im Kellergehoß eingebrochen. Die Diebe entwendeten eine dem Remfahrer Peter gehörende Maschine im Werte von 300 bis 400 M., die die Nummer 407 327 trägt.

Der Selbstmord eines Rentners wird aus dem Nordosten der Stadt gemeldet. Der 65 Jahre alte Albert Rossow betrieb früher in der Christburgerstraße einen einträglichen Grünkrauthandel. Als vor zwei Jahren seine Frau starb, setzte er sich zur Ruhe. Seitdem lebte er von seinen Renten und wohnte für sich allein in der Marienburgerstraße. Zum Essen ging er zu seiner Tochter, die mit dem Schlächtermeister Piesbig in der Greifswalderstraße verheiratet ist. So hätte er behaglich leben können, wenn ihn nicht ein hartnäckiges Halbleiden geplagt hätte. Er war schon ganz heiser geworden und sah keine Aussicht auf Heilung mehr. Das hat ihm wohl das Leben bis zur Unertüchlichkeit verleidet. Als gestern morgen die Wäscherin keinen Einlaß bekam, ließ der Hauswirt Frau Piesbig rufen, die nun öffnete und ihren alten Vater tot auf einem Stuhle sitzend fand. Er hatte sich durch einen Revolverstoß in die rechte Schläfe getötet. Die Waffe lag neben dem Stahl auf dem Fußboden.

Auch das noch. Die Verzeihungsbitte der Arbeiterfrau Schmitta aus der Witttoderstr. 20 dürfte voraussichtlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Es ist gelungen, bei Frau Sch. die Lebensgefahr zu beseitigen. Auch der älteste Sohn befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die spätere gerichtliche Untersuchung wird ein trauriges Bild einer unglücklichen Ehe entrollen.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern morgen 5 1/2 Uhr in der Schulküchenschänke in Ziboll ereignet. Als der Direktionsrat Emil Gensch seinen Wagen zum Tor hinausfuhr, verlor die Bremsvorrichtung, infolge der Wagen gegen die Mauer stieß. Der Fahrer stürzte infolge des Anpralls vom Bod herab, und zwei volle Bierfässer fielen ihm auf den Rücken. In lebensgefährlich verletztem Zustande wurde Gensch nach der Anstalt am Mariannenuser gebracht. Er ist verheiratet und wohnt in der Pütterdorerstraße.

Die gefährliche Grippe des alten Arbeiters. Der 65jährige Arbeiter Klemm aus der Stallgerstr. 142 hatte in letzter Zeit das Malheur, einen steifen Fuß aufzuweisen. Stellte er sich wegen Arbeit vor, so wurde regelmäßig an dem steifen Fuß Anstoß genommen und A. blieb arbeitslos. Von der Not geplagt, versuchte sich der Bedauernswerte gestern das Leben zu nehmen. Er kaufte sich für die letzten 20 Pf., die er besaß, Whisky und trank das Gift. In bedenklichem Zustande fand der Lebensmüde im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Das leidige Abpringen. Abermals wird uns vom gestrigen Tage ein Straßenbahnunfall, verursacht durch Abpringen vom fahrenden Straßenbahnwagen, gemeldet. Gegen 1/11 Uhr vormittags sprang das neunzehnjährige Fräulein Emma Riese, in Beelitz Brunerstraße wohnhaft, vor dem Hause Kurfürstenstraße 122 vom Hinterrad des Straßenbahnwagens 2766 Linie 93 während der Fahrt ab. Das junge Mädchen kam zu Fall und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Die R. wurde mittels Droschke nach dem Krankenhaus Westend gebracht. — Dies ist nun der vierte Fall innerhalb der letzten drei Tage, wobei weibliche Fahrgäste durch leichtfertiges Abpringen vom Hinterrad sich schwere Verletzungen zugezogen haben.

In den Fahrstuhl schied hinabgestürzt. Der erste schwere Unfall hat sich gestern im neuen kaiserlichen Patentamt in der Gitschinerstraße ereignet. Der in Steglitz wohnhafte Beamte Giered hatte in der Mittagsstunde in der zweiten Etage des Riesegebäudes zu tun gehabt. Er hatte sich hierbei auch dem Fahrstuhl genähert und nicht bemerkt, daß die Türe zu dem Schacht offen stand. Blindlings trat G. in die Öffnung hinein und stürzte mit einem Aufschrei kopfüber in die Tiefe. Mit schweren inneren Verletzungen blieb der Verunglückte betäubt am Boden liegen. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Theater. Im Lessing-Theater wird am Freitag in „Ella“ Irene Trisch die von ihr kreierte Titelrolle nach längerer Pause zum erstenmal in dieser Spielzeit wieder darstellen. Hauptmanns Werk erfährt an diesem Abend seine 80. Aufführung. — Im Theater des Westens wird „Madame Sogo“ am Sonntag nicht zum erstenmal aufgeführt werden. Der Komponist Rossaro ist leider verhandelt, in dieser Woche nach Berlin zu kommen und hat infolgedessen die Direktion die Erstaufführung von „Madame Sogo“ auf Donnerstag, den 14. September, verlegt. Der Spielplan dieser Woche wird in der Weise abgeändert, daß am Sonnabend „Andine“ und am Sonntag der „Zigeunerbaron“ aufgeführt wird. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) findet heute Donnerstag die erste Aufführung der Augenerbrüder'schen Bauernkomödie „Ein W'issenswurm“ statt. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Grillhofer: Max Pategg; Dufrierer: Leopold Thurner; Baffl: Bernhard Herrmann; Horlacherles: Annie Blaha. Die Regie führt Max Pategg. — Apollo-Theater. Am Freitag, den 8. September, ist die 100. Aufführung der amerikanischen Burleske: „Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Tempel“. Die Direktion hat für die bewährten Künstler an ihrem Ehrentage Extraliberalitäten geplant.

Urania-Sternwarte. Auf der Sonne sind mehrere große Flecke, teils einzeln, teils in Gruppen zu sehen. Die Urania-Sternwarte in der Invalidenstr. wird zu deren Beobachtung deshalb auch tagsüber für das Publikum geöffnet sein. Ebenfalls bei Tage kann Venus in der nächsten Zeit beobachtet werden, welche um 2 Uhr früh aufgeht, aber wegen ihrer Helligkeit trotz des Sonnenlichtes sichtbar ist, ebenso wie helle Fixsterne, welche auch bei Tage auf der Urania-Sternwarte gezeigt werden können.

Im Sportpark Steglitz sind, wie uns die Geschäftsleitung meldet, nummehr alle Fahrer für die großen Fliegerrennen am nächsten Sonntag eingetroffen, deren Vorläufe am Donnerstag, den 7. September, abends 8 Uhr, gefahren werden sollen. Am Montag lag außer Arnd, Schenemann, Huber, Bader u. auch der alte Weltmeister Ellegaard bereits dem Training ob, und am Dienstag kam der neue Weltmeister, der Franzose Poullain aus Bordeaux bezw. Paris an. Die Begegnung so herbortragender Fahrer wird natürlich den Steglitzer Kennen einen ganz besonderen Reiz verleihen und den Besuchern guten Sport bieten. Von den Stehern haben Demke und Gantner auf der neuen Bahn sich schon so gut eingefahren, daß sie Runden von 21, 20 1/2 und 20 1/2 Sek. zurücklegen konnten, ja Kobi brachte es gar schon auf 20, 19 1/2 und 19 1/2. Zeiten, die der Bahn das beste Zeugnis für ihre Schnelligkeit ausstellen. Am Donnerstag kommt außer den Flieger-Vorläufen noch ein 15 Kilometerrennen hinter Straßenmotoren, ein Eröffnungs-Prämien- und ein kleines Hauptfahren zur Entscheidung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg. Die Paradeserien haben, wie der „V. Ztg.“ mitgeteilt wird, in den Charlottenburger katholischen Schulen 9 und 10, Goethestr. 22, und namentlich in der 10. Gemeindefschule zu einem ersten Konflikt zwischen Lehrern und Direktoren beziehungsweise der Schulaufsichtsbehörde geführt. Während andere Schulen jetzt drei Paradeserientage gehabt haben, ist in der 10. Gemeindefschule — in der 9. hatte der Rektor ohne Anweisung geschlossen — der Unterricht an keinem Tage ausgefallen und zwar, weil die Benachrichtigung immer erst nach Schluß von der Aufsichtsbehörde eingegangen ist und der Rektor dieser Schule sich nicht berechtigt hielt, ohne die Verfügung der Schule zu fällen. Da die Nachricht schon Montag zu spät eingetroffen war, hielten sich einzelne Lehrer und die Mehrzahl der Schüler am Dienstag für berechtigt, einfach auf Grund der Zeitungsnachrichten den Unterricht fernzubleiben. Darüber ist es bereits zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Lehrern und Rektor gekommen. Die Lehrer waren zu gestern nachmittags 5 Uhr zu einer besonderen Konferenz nach dem Schulgebäude eingeladen. Ein Nachspiel soll die Angelegenheit auch noch für die Schüler und deren Eltern haben, weil die Kinder ohne Entschuldigung aus der Schule fortgeblieben sind.

Die Eltern, deren Kinder man an den verschiedensten Tagen in die Paradeserien geschickt hat, haben vielmehr Veranlassung als die einzelne Schulverwaltung zu einem sehr energischen Protest gegen die jetzt häufig beliebte Aussetzung des Unterrichts aus militärischen und dynastisch-familiären Gründen.

Schöneberg. Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, veranstaltet die Abteilung Schöneberg bei Obst, Weiningerstr. 8, einen Vortrag über: „Vergiftungen und gefährdende Krankheitszustände“.

Rixdorf. Ein beklagenswerter Unglücksfall ereignete sich in der Hermannstraße, Ecke der Thomastr. Das 4-jährige Söhnchen des Dachdeckers Oswald Friedel, Hermannstr. 91 wohnhaft, wollte vor einem elektrischen Straßenbahnwagen über den Fahrdamm laufen und geriet dabei unter die Räder einer Droschke. Diese gingen dem Kinde über Leib und Brust, wodurch der Kleine lebensgefährliche innere Verletzungen davontrug. Während der Droschkentreiber davonjagte und unerkannt entkam, schafften zwei Männer das Kind nach dem Krankenhaus in der Cammerstraße, wo es bald darauf verstarb. Als die bedauernswerten Eltern das Schicksal ihres einzigen Kindes erfuhr, trafen sie nur noch die Leiche ihres Lieblings an.

Auf den Schießständen im Rixdorfer Schützenhause ereignete sich ein schwerer Unfall. Dasselbst waren der Wagemacher Paul Heister und der Kaufmann Bruno Engelbrecht aus Jella-St. Wasi (Thüringen), welche zurzeit im Hotel Holstein am Anhalter Bahnhof in Berlin wohnen, mit dem Einschleichen von Neubauern neuartiger Konstruktion beschäftigt. Es handelte sich um die Verwertung eines Patentes, welches H. auf eine neue Erfindung genommen hatte. Plötzlich entlud sich die von H. gehaltene Waffe verheerend und das Geschoh drang Engelbrecht in den Leib. Schwer verletzt mußte der Betroffene dem Rixdorfer Krankenhaus zugeführt werden.

Oris. Mit knapper Not dem Tode entronnen ist gestern früh der am Testowalmbau beschäftigte Saggermeister Schieber aus Potsdam. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, am Vaggen ein riesiges

eisernes Rammrad mittels Ketten emporzubringen. Als das Rad sich bereits in beträchtlicher Höhe befand, riß plötzlich eine Kette und die schwere Last stürzte in die Tiefe. Schieber stand gerade unter dem Rade und wäre erschlagen worden, wenn es ihm nicht noch rechtzeitig gelungen wäre, in das Rammrad hinabzuspringen, wobei er sich freilich den rechten Fuß brach. Sch. wurde in das hiesige Kreiskrankenhaus geschafft.

Lichtenberg. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie, Abt. 4, hält am Donnerstag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, ihre Übungsstunde in der Schule in der Dorfstraße ab. Herr Dr. Girschfeld hält einen Vortrag, dem sich praktische Übungen anschließen. Gäste willkommen.

Zpandau. Zur Fleischnot! In welchem Grade der Mangel an Schlachtvieh und die damit verbundene Preissteigerung auf den Fleischkonsum einwirkt, das beweist am besten der Mangel an Schlachtungen. Im hiesigen städtischen Schlachthof wurden geschlachtet:

	Schweine	Schafe und Ziegen	Rindvieh
im I. Quartal 1904	5514	681	902
• I. 1905	4767	665	963
• II. 1904	5488	1189	863
• II. 1905	4863	914	869

Während die Schlachtungen von Rindvieh ungefähr gleichblieben, haben sich dieselben bei den Schweinen und Schafen ganz bedeutend vermindert, und zwar in dem Halbjahr 1905 gegen das Vorjahr um 1322 Schweine und 491 Schafe und Ziegen. Dieser Rückgang betrifft einzig und allein die Schlachtungen für die zivile Bevölkerung, da die Militär-lieferanten vertraglich gehalten sind, auch in der Zeit der Fleischnot das nötige Quantum zu liefern.

Auf polizeiliche Anordnung wurden hier die städtischen Fließbadanstalten geschlossen, da das Habelwasser zurzeit stark verunreinigt und mit Typhusbakterien durchsetzt ist. Auch die Militärbadanstalt ist wegen der vorhandenen Ansteckungsgefahr auf Anordnung der Kommandantur geschlossen worden.

Treptow-Dammshulentweg. Mit dem Fleischwucher wird sich auf Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Gemeindevertretung Treptows morgen, Freitag, den 8. September, beschäftigen. Die Sitzung ist öffentlich und findet im Amtshaus nachmittags 6 Uhr statt. Der Antrag steht als letzter Punkt auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung.

Adlershof. In der letzten Gemeindevertretung wurde der Zuschlag für den Bau des Sandfanges zur Kanalisation der Firma Dickerhof u. Widmann erteilt. Als Termin der Fertigstellung wurde der 1. Januar 1906 festgesetzt und im Falle der Nichtfertigstellung den Unternehmern eine Konventionalstrafe auferlegt, welche in den ersten vierzehn Tagen pro Tag 20 M., für jeden weiteren Tag 50 M. beträgt. Der Vorort Grünau beschließt auf dem gemeinsamen Ausschusse Alt-Gliedern auszuschleiden und einen eigenen Amtsbezirk zu bilden. Da aber Grünau fast denselben Beitrag zu den Amtsankosten zu zahlen hat wie Adlershof, aber durch das Ausschleiden Adlershof in seinem Beitrage bedeutend gesteigert würde, gab die hiesige Gemeindevertretung diesem Plane ihre Zustimmung nicht. Der Antrag der Gemeindevertretung auf die Eisenbahn-Verwaltung auf Verlegung des Bahnhofsangesanges an der Rudower Chaussee ist von dem Minister wiederum abgelehnt worden, da der Verkehr nach der Bismarckstraße angeblich nicht stark genug sei. Es wurde deshalb beschlossen, in den Abendstunden eine Zahlung des die Bahn benutzenden Publikums vorzunehmen. Wir würden dem Minister aber empfehlen, des Abends den Ausgang am Adlershof zu benutzen; das Schieben und Drücken würde ihm wohl ein „merkwürdiger“ Beweis für die Ueberfüllung des Ausganges sein. Auf Beschluß der Gemeindevertretung war mit den Leopoldischen Erben über den Ankauf des alten Marktplatzes an der Bismarck- und Helbigstraße verhandelt worden. Der Ankauf zum Preise von 42 000 M. wurde bewilligt.

Zur Cholera-gefahr veröffentlicht der Landrat des Osthavelnischen Kreises folgende Bekanntmachungen: Nachdem in Jantoch, Bezirk Frankfurt a. O. auf zwei Hohen Choleraverdächtige Erkrankungen und zwei Todesfälle festgestellt worden sind, weise ich hiermit auf die durch § 9 der Anweisung des Bundesrats zur Bekämpfung der Cholera vom 25. Januar 1904 vorgeschriebene Anzeigepflicht hin, welche darin besteht, daß jede Erkrankung und jeder Todesfall an Cholera sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Erkrankung erweckt, der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde von dem Arzt oder dem Haushaltungsvorstand oder jeder sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigten Person unverzüglich schriftlich oder mündlich anzuzeigen ist. Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsortes zur Anzeige zu bringen. Als choleraverdächtige Erkrankungen sind insbesondere heftige Durchfälle aus unbekannter Ursache anzusehen. Zur Erleichterung der Anzeigenerteilung können Kartenbriefe benutzt werden, welche bei den Ortsbehörden zu haben sind.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Donnerstag abend 9 Uhr Sitzung in den „Arminshäusern“, Kommandantenstr. 20. — Gäste sind willkommen. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Freizeugehilfen Deutschlands. (Zweigverein Rixdorf.) Donnerstag, den 7. September cr., abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinstr. 14, Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 6. September 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	762	SB	2	bedeckt	Haparanda	755	G	4	bedeckt
Hamburg	761	SB	2	bedeckt	Petersburg	759	SB	1	Dunst
Berlin	763	SB	1	bedeckt	Seilb.	753	SB	1	bedeckt
Frankfurt a. M.	763	D	2	bedeckt	Werdsee	755	B	1	wolkig
München	764	SD	2	wolkig	Paris	759	SB	2	bedeckt
Wien	766	SO	1	wolkig					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. September 1905. Etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden und langsam zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 5. September. Elbe bei Ruffig — 0,00 Meter, bei Dresden — 1,26 Meter, bei Ragnitz — 0,85 Meter. — Uckeritz bei Stralsund + 2,00 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,41 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,79 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,76 Meter, bei Frankfurt + 1,04 Meter. — Weichsel bei Grabenmünde + 2,44 Meter. — Warthe bei Posen — — Meter. — Rode bei Uff — — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

C. P. Steglitz. Eine Verbotsvorschrift besteht nicht. Eine öffentliche Kritik des Verlaufs ist abhängig von der Kenntnis einzelner Fälle, aus denen zu ersehen ist, ob Verleihen daraus Recht zu empfangen ist. Besteht kommen Sie in die Lage, uns solche Fälle zu unterbreiten.